

# RUNDBRIEF

Forum für Mitglieder und Freunde des Pazifik-Netzwerkes e.V.

Nr. 54/02

November 2002

## *Editorial*

Kia orana,

so lautet der Gruß (dt. Mögest Du weiter leben) auf den Cook-Inseln, die ich im Rahmen einer Dienstreise besuchte. An meinen Bericht schließt sich Glenine Hamlyns Artikel über einen workshop der World Association for Christian Communication an.

Annette Groth, Pazifik-Netzwerkmitglied und engagiert in der Attac-Bewegung, erläutert die Gefahren von GATS. Von der Dritten Internationalen Solidaritätskonferenz zu Westpapua in London berichtet Lorenz Gonschor. Christel Fensterseifer, Lorenz Gonschor, Klaus Schilder und Volker Böge erstatten Bericht vom diesjährigen ECSI EP-Seminar in Strassburg.

Im „Bericht aus anderen Vereinen“ geht es um die IPPNW- Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges. Heide Lienert rezensiert „Ethnologie lesen“ von Prof. Christoph Antweiler aus Trier.

Stephanie Schüller von Missio München, seit Januar 2001 Mitglied im Ausschusses der Pazifik-Infostelle, berichtet aus ihrem Arbeitsalltag und Pfarrer Thomas Paulsteiner erklärt, was es eigentlich mit dem Missionswerk auf sich hat. Die Infostelle ist räumlich beim Missionswerk angesiedelt.

Im Feuilleton diskutieren wir den politisch korrekten Sprachgebrauch in unseren Publikationen. Hier sind alle LeserInnen aufgefordert, sich per Brief oder Email an der Diskussion zu beteiligen.

Wie immer gibt es auch Neuigkeiten aus den Regionalgruppen unseres Vereins. Die gute Nachricht: Es gibt jetzt auch einen Stammtisch in der Bundeshauptstadt Berlin, er wird von Netzwerkmitglied Monika Berg organisiert.

Die üblichen „Kleinigkeiten“ wie Mitteilungen aus dem Netzwerk, Termine, Literaturtipps, neue Dossiers und Audios/Videos, Internetadressen und der Bericht aus der Infostelle dürfen nicht fehlen. Anstelle des Wochenendtipps gibt es jedoch passend zur Jahreszeit einen Geschenktipp.

Ich möchte noch einmal auf die Rubrik „Von Mitglied zu Mitglied“ hinweisen. Hier können (Kino, Buch, Theater-) Tipps aufgegeben werden, Bücher o.ä. zum Verkauf/ zum Verschenken aufgelistet werden, Glückwünsche stehen, Fragen formuliert werden, etc.

Ein frohes Weihnachtsfest und erholsame Tage zwischen den Jahren wünscht euch/I hnen

Julia Ratzmann



## Berichte aus dem Pazifik

„Iss mal mehr, Skinny!“ - Von einer, die auszog, den Pazifik zu erkunden

### 7. September bis 19.9.2002: Avarua/Rarotonga, Cook-Inseln

Was für ein herrliches Leben in einem Land, in dem Frauen unter 80 Kilogramm Gewicht gar nicht erst als attraktiv wahrgenommen werden. Endlich einmal ohne schlechtes Gewissen und dauerndes Kalorienzählen in Taro, Hühnchenfleisch und Kokosnüssen schwelgen, immer die Kommentare der mitleidigen Gastgeber im Ohr: „Iss doch noch etwas, Skinny, Du bist zu dünn!“ Wie sehr habe ich dies während meiner knapp sechswöchigen Reise durch den Südpazifik genossen. Anlass dieser Dienstreise war natürlich nicht, das winterliche „Kampfgewicht“ schon im Oktober zu erreichen, sondern die Teilnahme als internationale Übersee-Beobachterin an der 8. Generalvollversammlung der Pazifischen Kirchenkonferenz (PCC), die vom 11. bis 19. September in Avarua, der Hauptstadt der Cook-Inseln auf der Insel Rarotonga, stattfand. Die PCC ist ein Zusammenschluss von 26 christlichen Kirchen im Pazifik und weiteren ökumenischen Einrichtungen zur Verbesserung der ökumenischen Arbeit aller Mitglieder. Alle fünf Jahre findet die Vollversammlung der PCC statt. In diesem Jahr waren 220 offizielle Delegierte sowie rund 20 Beobachter von internationalen Förderorganisationen auf die Cooks (so der Spitzname) gekommen. Thema der Konferenz war „Holy Spirit, weave us together in your peace“. Auf der Konferenz ging es überwiegend um Formales, so z.B. die Neustrukturierung der PCC, die neue Verfassung, die Leitlinien der Arbeit für die nächsten fünf Jahre sowie auch um „Theologisches“. Fachlich konnte ich also in dieser Hinsicht nichts beisteuern. In meiner Doppelfunktion als Vertreterin einer „donor agency“ (Missionswerk Bayern) und einer europäischen NRO (Pazifik-Netzwerk) hatte ich ja nur Beobachtungsrecht. Wichtiger waren für mich die Gespräche am Rande der Konferenz mit Menschen aus Regionen, zu denen wir als Pazifik-Netzwerk bisher noch keine persönlichen Kontakte hatten (wie Niue, Nauru, Pohnpei, Tuvalu). Zu erleben, was diese Menschen bewegt und wie sie mit den Auswirkungen von Globalisierung und Technologisierung in ihren Kleinststaaten umgehen, hat mich beeindruckt. Zum Teil wurden Probleme diskutiert, die wir auch in Europa zur Kenntnis genommen haben, z.B. der Klimawandel auf den niedrigen Atollinseln. Zum Teil ging es um Themenfelder, die sich in unserem kulturellen Kontext nicht stellen, z.B. wie das Schulgeld für die Kinder beschafft werden kann, wenn durch Missernten kein Gemüse auf dem Markt verkauft werden kann. Mir fiel das lokal ausgerichtete Denken der Menschen besonders auf. Obwohl Entwicklungen außerhalb des pazifischen Raumes durch die Medien zur Kenntnis genommen werden (z.B. Krieg gegen den Terrorismus), wurde darüber kaum diskutiert. Erörtert wurden eher die Entwicklungen in den direkten Anrainerstaaten, so der wachsende Einfluss von China und Taiwan auf die melanesischen Länder. Die kulturell-religiösen Traditionen der Delegierten konnte ich bei den täglichen Gottesdiensten vor Beginn und zum Abschluss jeden Konferenztages erleben. Hier wurde deutlich, wie wichtig Gesungenes, Gespieltes und Vorgeführtes ist.

### 19. September bis 26.9.2002, Pacific Theological College, Suva/ Viti Levu/ Fiji

In Fiji lebte ich auf dem Campus des Pacific Theological College, ca. vier Kilometer außerhalb von Suva. Marie-Pierre Hazera, vielen Netzwerkmitgliedern als Übersetzerin bei den Ecsiep-Tagungen bekannt, hatte mir ihr Gästezimmer zur Verfügung gestellt. Marie-Pierre hat einen Dreijahres-Vertrag mit Dienste in Übersee und arbeitet als Übersetzerin für das Pacific Concerns Resource Centre, so dass jetzt das *Pacific News Bulletin* in Französisch erscheinen kann. Mein „Nachbar“ auf dem Campus war Netzwerkmitglied Dr. Manfred Ernst mit seiner Familie, die sich wirklich sehr um mich und meine „Mitreisende“, Pfarrerin Dr. Sabine Plonz vom EMW, gekümmert haben. Immerhin hatte Manfred so Verstärkung, als bei der Kava-Zeremonie zum Abschied traditionelle Lieder angestimmt wurden! Doch was singt man als Deutscher im Ausland, um den Einheimischen traditionelles Liedgut näher zu brin-

gen? Wir entschieden uns für das klassische „Die Gedanken sind frei“, das Kinderlied „Auf der Mauer, auf der Lauer“ und das fetzige „Eisgekühlter Bommerlunder“, das letztere fand unser Publikum natürlich am lustigsten!

Als bedrückend empfand ich den allgegenwärtigen Rassismus zwischen den indigenen Fijianern und den Indu-Fijianern. Statistisch sind beide Bevölkerungsgruppen ungefähr gleich groß (42 % Indu-Fijianer bei 840.000 Einwohnern). Das angespannte ethnische Verhältnis zeigte sich in täglichen Artikeln zu dem Thema in den großen Tageszeitungen und auch „auf der Straße“ bei Gesprächen mit Taxifahrern, Marktfrauen, Verkäufern. In Suva lebt eine große expatriate community, die in ihren eigenen Kreisen verkehrt, z.B. in exklusiven Restaurants, in Golf- und anderen Clubs. Meiner Beobachtung nach unternehmen die expatriates innerhalb ihrer Gruppe viel, haben aber außerhalb des Berufslebens wenig mit der einheimischen Bevölkerung zu tun. Dies zeigte sich auch auf dem Universitätscampus. Alle Dozenten leben mit ihren Familien in einer Ecke des Campus dicht nebeneinander. Sie treffen sich regelmäßig zu privaten Barbecues und Feiern. Zu meiner Verabschiedung am letzten Abend in der Privatwohnung des Principals Dr. Fele Nokise waren zwar Studierende eingeladen, bezeichnenderweise verbrachten die Frauen jedoch den Abend in der Küche mit der Vorbereitung des Essens. Expatriates werden in Suva bevorzugt behandelt. So war der Eintritt in öffentliche Einrichtungen niedriger, wenn man sich als local bzw. expatriate ausgab. Das Verhalten junger Männer auf der Straße änderte sich von einem „Anbaggern“ zu einem freundlichen Gruß, sobald ich das PTC erwähnte und so tat, als arbeitete ich dort als Dozentin. In einem Reisebüro wurden Sabine und ich zuerst bedient, obwohl vor uns eine einheimische Frau wartete. Sie wurde mit den Worten „Erst kommen die Europäer dran“ vertrieben. Dies hat mich schockiert.

Gut gefallen hat mir die rege NRO-Szene, von der ich mir bei den verschiedenen Besuchen ein Bild machen konnte. Um nur einige Namen der von mir besuchten NROs zu nennen: ECREA, Ecumenical Centre on Research, Education and Advocacy (Aisake Casimira), Citizens' Constitutional Forum, CCF (Akuila Yabaki), Pacific Concerns Resource Centre (Hilda Lini), Fiji Women's Crisis Centre, Fiji Women's Rights Movement, Pacific Foundation for the Advancement of Women, Greenpeace Pacific.

Ebenfalls beeindruckt hat mich die Medienlandschaft mit ihrem Angebot an Print- und Hörfunkmedien. Die Tageszeitungen kommentieren politische Ereignisse ausführlicher als bei uns, sie beziehen klar Stellung zu kontroversen Themen und diskutieren Themen täglich aus einem anderen Blickwinkel. Durch das Zeitungslernen konnte ich mir einen Überblick über das politische, soziale und kulturelle Leben in Suva verschaffen.

#### 26. September bis 2. Oktober: Port Vila/Vanuatu:

In Port Vila „kümmerten“ sich Heike und Hans Schmidt aus Hamburg um mich. Es ist doch immer wieder nett, abends bei Landsleuten zum Essen eingeladen zu sein und zu erfahren, wie es sich als deutsche Familie in Vanuatu so leben lässt. In Vanuatu gibt es drei offizielle Sprachen: Französisch, Englisch und Bislama, die lingua franca. Bislama wird von 90 % der Einwohner verstanden. Auf Vanuatu herrscht mit 105 austronesischen Sprachen die größte Sprachendichte der Welt. Viele ni-Vanuatus (indigene Bevölkerung) sind fünf- oder sechssprachig. Auf dem Emalus Campus, einem Zweig der University of the South Pacific, forscht Hans in der Abteilung für Linguistik zu diesen Lokalsprachen. Mit Hilfe von „Feldforschern“ sammelt er Wörter in den Sprachen der Außeninseln und betreibt vergleichende Sprachwissenschaft. Die Uni in Vanuatu hat mir noch besser als die USP in Fiji gefallen, weil sie kleiner und überschaubarer ist (nicht zuletzt auch wegen des leckeren und preisgünstigen Essens in der Mensa). Die Bibliothekarin Margaret Austrai-Kailo führte mich durch die Universitätsbibliothek. Alle Bücher sind online katalogisiert. Es gibt eine spezielle „Vanuatu-Sammlung“. In der öffentlich zugänglichen Lesesaal liegen Tageszeitungen und Fachzeitschriften aus dem Pazifik aus. Die Computer der Bibliothek haben Internetzugang, allerdings wird hier durch eine Aufsicht streng darauf geachtet,

dass das Internet nicht zu privaten Zwecken genutzt wird. (Aber wenn die Aufsicht weggeschaut hat, haben alle mal ganz schnell und heimlich ihre Emails abgerufen!)

Während meines Aufenthaltes wurde der erste Aids-Fall (eine Krankenschwester, die in PNG gelebt hatte) öffentlich. Die Regierung veranstaltete eine Pressekonferenz und in der Tageszeitung „Trading Post“ erschienen Hintergrundartikel zu Aids. Wenige Tage nach Bekanntgabe des Falles lief im Television blong Vanuatu (TBV) ein Film, der im Krankenhaus von Port Vila gedreht wurde. Thema: Der erste Aids-Patient wird ins Krankenhaus eingeliefert und stirbt dort. Die Politiker verschweigen dies zunächst, werden aber durch eine an Aids erkrankte Frau gezwungen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Der Film endet mit der Gratisverteilung von Kondomen. Parallel wird die Geschichte einer Krankenschwester erzählt, die diese Aidspatienten betreut. Ihr Freund ist untreu und benutzt keine Kondome, bis sie ihn dazu auf Initiative der Oberärztin zwingt. Hier wird der Film anschaulich, es wird gezeigt, wie Kondome aussehen, wie man sie benutzt etc. Ich fand diesen Film äußerst mutig und erfuhr, dass er von der Theatergruppe *Wan Smolbag Theatre* (WST) gedreht wurde. Da 50 % der Bevölkerung Analphabeten sind, läuft ein Großteil der Aufklärung über das Fernsehen, wo konkrete Handlungsanweisungen aufgezeigt werden. Das Wan Smolbag Theatre hat sich hier verdient gemacht. Es ist nicht nur für die für TBV gedrehten Filme bekannt, sondern vielmehr für die in Dörfern aufgeführten Theaterstücke zu Alltagsthemen wie gesunde Ernährung, Bau eines Toilettenhäuschens, Reinigung von Wasser, Gefahren durch Abholzung des Regenwaldes, Umweltschutz etc. Über das Medium Theater leistet die Truppe um den Australier Peter Walker Aufklärungs- und Bildungsarbeit auf der grassroot-Ebene. Das WST gibt es seit 1989, es ist eine NRO und hat inzwischen mehr als 15 Mitarbeiter/Schauspieler.

Auf der Gesundheitsebene arbeitet die NRO „Vanuatu Family Health Association“ (VFHA). Sie ist zuständig für Familienplanung und Programme zur sexuellen Aufklärung und Gesundheit auf den Dörfern. Dazu arbeiten mehr als 100 im Zentrum der VFHA ausgebildete Frauen als Beraterinnen für Schwangerschaft, Geburt und Familienplanung in den Dörfern auf den Außeninseln. Die VFHA bietet in ihrem Büro in der Stadt eine kostenfreie Beratung durch eine ausgebildete Krankenschwester an. Hier kann man zum Preis von 1.000 Vatu (7,50 € - überteuert!) auch Schwangerschaftstests durchführen lassen. Die Familien in Vanuatu sind kinderreich, 45 % der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt. Die Geburtenrate liegt bei 2,8 Kindern. Verhütungsmittel (mit Ausnahme von Kondomen) dürfen nur durch das *Ministry for Health Service* verschrieben und verteilt werden. Die Hemmschwelle ist wegen der Tabuisierung von Sexualität in der traditionellen Gesellschaft der Ni-Vanuatus („Kastom“) sehr hoch, so dass viele Frauen lieber in das VFHA-Büro kommen. Hier erhalten sie gratis Kondome und können sich anhand von „Bilderbüchern“ über Verhütung, den weiblichen Zyklus etc. informieren. Die NRO wird von der Regierung unterstützt und arbeitet mit dem Gesundheitsministerium zusammen.

Endlich konnte ich in Port Vila auch Henry Vira kennenlernen, der zu meinen regelmäßigen „Briefpartnern“ mit Übersee gehört. Henry ist Koordinator bei PIANGO (Pacific Islands Association of Non-Governmental Organisations). PIANGO ist die Anlaufstelle (Clearinghaus) regionaler NROs (sogen. National Liaison Units) in 20 (von 23) pazifischen Ländern. Sie wurde 1991 in Vanuatu eingerichtet, um die Arbeit der NROs im pazifischen Raum zu unterstützen. Piango sieht sich als Katalysator für Kampagnen und Aktionen, die zeitgleich von mehreren zum Netzwerk gehörenden NROs in verschiedenen pazifischen Ländern durchgeführt werden. Ziel der Arbeit ist die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements auf der Grundlage einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung von Mensch und Umwelt. Henry Vira beschreibt die Mission von Piango wie folgt: networking der NROs im Pazifik auf allen Ebenen, Informationsvermittlung und -weitergabe innerhalb der NROs, Unterstützung der NROs auf struktureller Ebene (Organisationsstruktur, Programme), Unterstützung von Programmen mit Schwerpunkt auf Frauen und Jugend, Kooperation mit anderen Netzwerken in der Region und weltweit. Piango

sieht sich als Sprachrohr der einzelnen Länderbüros und will durch seine Arbeit zur Identitätsstiftung als „Pacific Islander“, unter Berücksichtigung der nationalen kulturellen Identitäten, beitragen.

Bei der „Foundation for the Peoples of the South Pacific (FSP)“ lernte ich ein Projekt zur Einkommensbeschaffung kennen: das „Natangura Carving Project“. Im Hinterhof des Bürogebäudes befindet sich eine Schnitzwerkstatt. Hier bildet ein Mastercarver einen Lehrling aus. Mit Hilfe weiterer Schnitzer stellen die Männer Schmuck (Ohringe, Schlüsselanhänger) aus einer Baumfrucht (Natangura Palme, ähnlich einer Nuss) her. Der Schmuck wird in einem shop auf dem Flughafen verkauft. Das Geld fließt u.a. in die Dorfgemeinschaften der Schnitzer. Der mastercarver bietet workshops an, so dass es sich um einen kleinen Ausbildungsbetrieb handelt. Der Schmuck ist - im Vergleich zur Ware auf dem lokalen Markt - teuer, aber die Ware ist hochqualitativ verarbeitet. Die Schnitzer gehen nach den workshops zurück in ihre Dörfer und arbeiten dort weiter. Bisher wurden 200 Jugendliche zu Schnitzern ausgebildet. Ein zweites wichtiges Projekt der FSP sind die „Youth Drop in“-Zentren, von denen gerade eines auf der Insel Tanna eröffnet worden war. Es handelt sich um Zentren für arbeitslose Jugendliche und Schulabbrecher, die keine Berufsperspektiven haben. Im Zentrum werden sie von Sozialpädagogen betreut, sie können Kurse (Gesundheit, Handwerk, Lesen, Schreiben, Sprachen) belegen und sich qualifizieren.

In Port Vila mischen sich Einflüsse aus britischer und französischer Kolonialzeit. Auch hier beherrscht die expatriate community das Stadtbild. Viele wichtige Positionen in Handel, Industrie, Wirtschaft und in der Regierung werden von ‚Weißen‘ eingenommen. Meiner Beobachtung nach haben sich diese jedoch besser in das Alltagsleben der Einheimischen integriert als in Fiji. Der „Club of Vanuatu“, eine Art Treffpunkt mit Kino, Bar, Restaurant, Konferenzräumen etc., wurde von allen Bevölkerungsschichten besucht und war nicht einem exklusiven ‚weißen‘ Publikum vorbehalten. Auffallend war die Freundlichkeit der Menschen. Man grüßte sich auf der Straße, kam schnell ins Gespräch. Vanuatu wurde bisher vom Massentourismus verschont.

Konflikte (der ehemalige Premier wurde gerade zu drei Jahren Haft wegen Veruntreuung von Geldern verhaftet, es gab eine Meuterei bei der Polizei) sind für den auswärtigen Besucher nicht spürbar. So hat sich Vanuatu den Ruf als eines der sichersten Reiseländer im Pazifik erhalten. Port Vila ist eine Kleinstadt, wo jeder jeden kennt, so dass die Beziehungen zwischen den einzelnen NROs eng sind. Ich hatte den Eindruck einer guten Zusammenarbeit untereinander, da kurze Wege, unbürokratisches Verhalten und ähnliche Ziele diese erleichtern. Die Koordinatoren der NROs kannten sich persönlich.

#### 5. Oktober bis 12. Oktober: Pape'ete/Tahiti/Französisch-Polynesien

In Pape'ete lebte ich im „Foyer des jeunes filles“, also im Wohnheim für unverheiratete junge Frauen bis 25 Jahre. Das Wohnheim wird von der evangelischen Kirche unterhalten. Es dient der Beherbergung von jungen Frauen der Außeninseln, die zum Studium oder zur Berufsausbildung nach Pape'ete gekommen sind.

Unser stärkster Partner in Französisch-Polynesien ist die NRO „Moruroa e tatou“. Sie hat heute rund 1.200 Mitglieder. Es handelt sich um die Vereinigung der ehemaligen Arbeiter auf den Atomtestgeländen der Atolle Moruroa und Fangataufa. Ziel der NRO ist die Beschaffung von Informationen über die gesundheitlichen Konsequenzen der Atomtests auf die Arbeiter und ihre Familien. Zu der NRO gehören heute ehemalige Arbeiter sowie Witwen und Kinder bereits an Krebs verstorbener Arbeiter. Großes Ziel ist die Öffnung der Archive im französischen Gesundheitsministerium zur Überprüfung der gesundheitlichen Schäden, die durch Atomtests verursacht wurden. Von der Akzeptanz der Krankheiten (überwiegend Leukämie, Missbildungen bei Kindern, Fehlgeburten, Unfruchtbarkeit) durch die frz. Regierung hängt die Höhe der Rente ab, die an die ehemaligen Arbeiter ausgezahlt wird. Viele Arbeiter haben einige Zeit in frz. Krankenhäusern zur Behandlung von Blutkrebs und anderen Krankheiten

(Verbrennungen der Haut etc.) verbracht, und zwar auf Kosten der frz. Regierung. Trotzdem argumentiert Frankreich, die Atomtests seien „*sehr sicher gewesen und hätten keine negativen gesundheitlichen Konsequenzen.*“ Ein ehemals für die Regierung tätiger Militärarzt hat jedoch herausgefunden, dass die Krebsrate in einem Umkreis von 700 km um Moruroa 34 % beträgt im Vergleich zu 17 % im Mutterland. „Moruroa e tatou“ arbeitet mit Atomtestveteranenvereinigungen in Fiji, Neuseeland und Japan zusammen. Die Eglise Evangelique in Pape'ete hat der NRO ein Büro zur Verfügung gestellt und finanziert u.a. die Auslandsreisen des Koordinators John Doom. Ein Großteil der Arbeit wird vom Pacific Desk des ÖRK in Genf getragen. Der Mitgliedsbeitrag für Moruroa e tatou beträgt 1.000 Französische Pazifikfrancs (ca. 10,- Euro) jährlich.

Spannend fand ich mein Treffen mit Celine Hoiore. Sie ist die erste weibliche Generalsekretärin der Evangelischen Kirche in Französisch-Polynesien (EPPF) und verheiratet mit Pfarrer Joel, der das Pastoralkolleg in Pape'ete leitet. Die EPPF ist aus der London Missionary Society hervorgegangen, die erstmals 1897 Missionare nach Tahiti sandte. Französisch-Polynesien besteht aus acht Dekanaten. In den 92 Gemeinden arbeiten 60 Pfarrer, darunter sieben Frauen. Die Synode entschied 1995, Frauen zu ordinieren - eine Seltenheit im Pazifik. Am Pastoralkolleg studieren heute sechs Männer und sechs Frauen. Die Ausbildung dauert zwei Jahre, anschließend nochmals drei Jahre am PTC in Fiji bis zum ersten theologischen Examen. 50 % der Bevölkerung in Polynesien gehören der evangelischen Kirche an. Die zweite große Kirche sind die Katholiken. Beide Kirchen arbeiten zusammen, obwohl es keinen übergeordneten Nationalen Kirchenrat gibt. Die evangelische Kirche setzte sich verstärkt seit 1995 (Ende der Atomtests 1996 unter J. Chirac) gegen die frz. Atomtests ein. Drei Personen aus der kirchlichen Führungsebene sind im Ausschuss von „Moruroa e tatou“.

In meiner Freizeit hatte ich die Gelegenheit zu einem Besuch der Insel Moorea. Dort befindet sich mit dem *Tiki Village Theatre* das einzige Museumsdorf des Pazifiks. Es wird von dem Franzosen Olivier Briac geleitet, der zuvor ein Kabarett in Paris geführt hat. Briac hat eine Truppe von Sängern, Tänzern und Schauspielern angestellt, die abendlich mit 60 Personen traditionelle Tänze und Gesänge aufführen. Das Interessante: Die Darsteller leben in einem Musterdorf, die Häuser sind nach traditionellen Methoden erbaut. Sie verdienen ihren Lebensunterhalt durch Handwerkskunst, die vor Ort gefertigt und verkauft wird. Als Besucher kann man den Menschen bei der Produktion zusehen (Tatouieren, Matten flechten, Körbe herstellen, Steinbildhauer, Holzschnitzer etc.). Obwohl das Dorf für Touristen konstruiert ist, ist die Atmosphäre recht „authentisch“.

Gemessen an der Aufregung war mein Besuch beim französisch-tahitianischen Radio das Highlight der Reise. „Radio Tefana“ ist ein regierungskritisches Radio. Die Berichterstattung ist investigativ. John Doom und ich waren zur Hauptnachrichtensendung um 12:00 Uhr als Interviewpartner eingeladen. Radioredakteur Ben Hahe interviewte uns zum Pazifik-Netzwerk, zur Europäischen Pazifiknetzwerksolidarität und zum EPS-Seminar in Strassburg. Es war ein besonderes Erlebnis, im Aufnahmestudio „cool“ auf Fragen des Journalisten zu antworten, obwohl ich mir meiner Schwächen in der Aussprache und Grammatik des Französischen voll bewusst war. John tröstete mich später mit den Worten, ich hätte genauso gut - oder auch schlecht- Französisch gesprochen wie manche ältere einheimische Tahitianer!

Pape'ete könnte eine typische Vorstadt von Paris sein. Obwohl die Einwohner von Französisch-Polynesien rein rechtlich frz. Staatsbürger sind, bezeichnen sich viele zuvorderst als Tahitianer/Polynesier. Auf die kulturellen Eigenheiten der Polynesier ist man stolz und äußert dies auch. Mit dem Begriff „Metropole“ umschreibt man (oft pejorativ) das frz. Mutterland. Knapp 1.500 Soldaten sind in Pape'ete stationiert, davon sehr viele auf dem Militärgelände, von dem aus die frz. Atomwafentests auf den Atollen geplant wurden. Wichtige Positionen im Dienstleistungs- und Gesundheitssek-

tor werden von „echten“ Franzosen eingenommen. Dies führt zu Neid und Missgunst. Tahiti erhält pro Jahr zig Millionen Euro vom frz. Mutterland für Projekte (Ausbau der Infrastruktur, Bau eines neuen Krankenhauses etc.). Die in Tahiti lebenden Franzosen erhalten durch Auslandszulagen ein um ein Drittel höheres Gehalt als in vergleichbaren Positionen in Frankreich. Dies und die hohe Einfuhrsteuer haben das Preisniveau dermaßen in die Höhe getrieben, dass Tahiti inzwischen als das teuerste Land der Welt gilt. Auf alle importierten Waren wird eine hohe Importsteuer gelegt, so dass „Luxus“produkte wie z.B. Yoghurt der Firma Nestlé für Einheimische nicht bezahlbar sind (Beispiel: 4 Yoghurts kosten 760 frz. Pazifikfrancs = 7 Euro).

Die Unabhängigkeitspartei unter Vorsitz von Oscar Temaru betreibt starke Lobbyarbeit gegen die pro-französische Politik des Territorialpräsidenten Gaston Flosse. Der politische Status Französisch-Polynesiens ist täglich Gesprächsthema in Printmedien und Hörfunk. Zwangsläufig mündet jedes Gespräch in dem Thema „Unabhängigkeit“. Während ich in den anderen Ländern eine Art „Vermeidungstaktik“ bei dem Thema Politik beobachten konnte (vor allem in Fiji), ist die frz. und die territoriale Politik in Tahiti beliebtes Diskussionsthema auch „auf der Straße“. Je nachdem, ob man als Ausländer Partei für oder gegen die Unabhängigkeit von Frz.-Polynesien ergreift, wird man von bestimmten „linken“ Gruppierungen schnell als „guter“ oder „schlechter“ Besucher eingestuft. Da einige unserer Netzwerkmitglieder mit der Unabhängigkeitsbewegung sympathisieren, wurde ich ohne weitere Nachfrage meist in die Gruppe der „Guten“ gesteckt. Da ich nur mit regierungskritischen Menschen zu tun hatte bestand der Nachteil darin, keinen Kontakt zu den Pro-Flosse-Anhängern gefunden zu haben, um sich ein objektives Bild machen zu können.

Mein Fazit: Für das zu absolvierende Besuchsprogramm war die Reise zu kurz. Oft hatte ich bis zu drei Termine am Tag. Rein zeitlich lagen diese Termine zwar im Rahmen eines normalen Arbeitstages, jedoch sind die Herausforderungen bei Gesprächen mit fremden Menschen in einer fremden Sprache ungleich höher als bei vergleichbaren Treffen in Deutschland. Sich auf die verschiedenen Kulturen und Gesprächspartner einzulassen, erfordert diplomatisches Geschick und eine hohe Flexibilität, gerade auch bei der Einhaltung von Terminen („pacific time“). Alle Treffen fanden in Großstädten statt, so dass wenig oder keine Zeit zur Erkundung des Hinterlandes oder der Außeninseln war. Gerne hätte ich die Menschen auf der grassroot-Ebene in ihrem Dorfalltag kennengelernt. Gefragt war Eigeninitiative, um nicht nur über die formale und „akademische“ NRO-Ebene Zugang zu Themen des Pazifiks zu finden. Deshalb habe ich mich bemüht, mit Menschen „auf der Straße“ ins Gespräch zu kommen. Nicht immer war es möglich, die smalltalk-Ebene zu verlassen und hintergründige Diskussionen über spezifische Probleme von „Otto-Normalverbraucher“ im Pazifik zu führen. Zu Gute kamen mir jedoch meine theoretischen Vorerfahrungen in der Region sowie meine berufsbedingte Offenheit für das „Fremde“. Eine Fremderfahrung im Sinne eines Kulturschocks habe ich nicht erlitten, da mir viele beobachtbare Phänomene im kulturellen Kontext durch Hörensagen oder Lektüre bekannt waren. Trotz innerlichen Widerstrebens kam ich nicht umhin, einige der Klischeevorstellungen vom „irdischen Paradies“ erfüllt zu sehen: Der Pazifik ist wirklich so schön wie in den Reiseprospekten, die Menschen sind tatsächlich überaus hilfsbereit und gastfreundlich, es wird viel in traditioneller Kleidung getanzt und gesungen, die Natur bietet wirklich alles, was man zum Überleben braucht etc. Diesen positiven Eindrücken konnte ich mich trotz meines Wissens um die zahlreichen Probleme pazifischer Staaten auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene leider nicht entziehen.

Auf sachlicher Ebene schätze ich die Reise als Erfolg ein. Die meisten NROs kannten das Pazifik-Netzwerk vom Hörensagen oder hatten bereits einige Mitglieder kennengelernt. Die Menschen haben sich offensichtlich über den Besuch der Infostellenleiterin (in ihrer Funktion als Öffentlichkeitsreferentin des Pazifik-Netzwerks) gefreut. Es ist m.E. nach wichtig, vor Ort mit der persönlichen Anwe-

senheit das Interesse des Pazifik-Netzwerkes an dieser Region und seinen Menschen zu zeigen. Viele Menschen sagten mir, sie fühlten sich bei Kampagnen und Aktionen einfach „sicherer“ bei dem Gedanken, dass sich Organisationen am anderen Ende der Welt ebenfalls für Ziele wie Völkerverständigung, Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einsetzen.

Inwiefern sich die Kooperationsebene zwischen Pazifik-Netzwerk und pazifischen NROs ändern wird, ist schwer einzuschätzen. Zumindest kennt man nun die „Gesichter“ hinter den Computerbildschirmen. Für viele Pazifikinsulaner ist die Kommunikation über Email oder Fax zu unkonkret, deshalb bekommt man oft auf Anfragen keine oder nur sehr spät eine Antwort. Sobald man sich jedoch einmal „live“ gesehen hat, können die Menschen der Email ein Gesicht/einen Charakter zuordnen und die Kommunikation verbessert sich.

Für meine Arbeit in der Infostelle habe ich viele Impulse bekommen, die sich hoffentlich auf unsere Publikationen auswirken werden. Ich habe nun im Blick, was die Menschen vor Ort bewegt und kann durch meine Medienarbeit versuchen, diese Themen auch in der deutschen Öffentlichkeit zu verankern. Die Reise hat mich motiviert, mich noch mehr für die Belange der Pazifikinsulaner einzusetzen.

Julia Ratzmann, Neuendettelsau

Über die Autorin: Julia Ratzmann ist nun bereits seit zweieinhalb Jahren in der Infostelle. Dies war ihre erste große Dienstreise in die Region. Mit ihren 77 Kilogramm in der deutschen Kultur eher als vollschlank betitelt und von mitleidigen Verkäuferinnen in Ulla-Popken-Übergrößengeschäfte verwiesen, hat sie das Schönheitsideal des Pazifiks voll genossen und sich erstmals in figurbetonten Kleidern ohne Scham der pazifischen Öffentlichkeit präsentiert.



### Die „Pacific Solution“: 1,500 Geschichten, die gehört werden wollen

Die verzweifelte Situation der im August 2001 über Indonesien nach Australien geflohenen Flüchtlinge und die Weigerung Australiens, sie anzunehmen, hat in der ganzen Welt für Schlagzeilen gesorgt. Man hat in den Medien eine Menge über die Flüchtlinge gehört, über die Rettung einer großen Flüchtlingsgruppe durch den norwegischen Frachter „Tampa“, über deren Zurückweisung durch Australien und Abschiebung in hastig aufgebaute Flüchtlingslager in Nauru und Papua-Neuguinea (dort auf Manus Island). Hat man jedoch damals oder seither in den Medien Stimmen der Betroffenen gehört?

Die *World Association for Christian Communication* (WACC) hat angesichts dieser Ereignisse im Rahmen ihres globalen Programms *Communication for Human Dignity* („Kommunikation für eine menschenwürdige Entwicklung“) im Mai d.J. in Fiji einen Workshop zu diesem Thema veranstaltet. WACC ist ein globales Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen, die sich in ihrer Arbeit mit sozialen Fragen im Hinblick auf die Medien befassen und für das Recht benachteiligter Bevölkerungsgruppen auf Kommunikation eintreten. Zu dem dreitägigen Workshop in Nadi kamen VertreterInnen von Medien, Journalistenausbildungsstätten, ökumenischen Einrichtungen und Kirchen aus Kiribati, den Salomonen, Papua-Neuguinea, Tonga, Neuseeland und Australien.

Wie werden Flüchtlinge, Asylsuchende und *internally displaced persons* (IDPs, die es z.B. innerhalb Fijis und in den Salomonen gibt) in den Medien dargestellt? Welche politischen und sonstigen Wirkungen hat die „Pacific solution“? Wie wurde sie der Öffentlichkeit in den Medien präsentiert? Wie ist die Medienberichterstattung über dieses Thema unter qualitativen Gesichtspunkten zu beurteilen? Mit solchen Fragen haben sich die Teilnehmenden auseinandergesetzt. Auf den Salomonen, so wurde

berichtet, herrscht eine von der Angst genährte „Kultur des Schweigens“, die eine umfassende Analyse der Situation erschwert. Diese Analyse bildet aber eine wichtige Voraussetzung für einen offenen Dialog zwischen den vom Konflikt betroffenen Menschen. Ein Zeichen der Hoffnung war auf dem Seminar zumindest darin zu sehen, dass Studierende des Journalismus an der *University of the South Pacific* (USP) in Fiji großes Interesse an einer ausgewogenen Berichterstattung zu diesem Thema äußerten.

Hauptreferent der Tagung war Nic Maclellan, der einige Jahre beim Pacific Concerns Resource Centre (PCRC) mitgearbeitet hat. Er ging auf die Darstellung der Ereignisse in den australischen Medien (negativer Sprachgebrauch, Verschleierung der Tatsachen) und Versuche der australischen Regierung ein, Geschehnisse zu verheimlichen. Als Beispiel nannte Maclellan eine Meldung, die während der Wahl in Australien im Jahr 2001 zu lesen war. Es ging um ein in der Nähe der australischen Nordküste entdecktes Fischerboot voller Flüchtlinge. In dieser Meldung, die auch über die Grenzen Australiens hinaus für Aufregung sorgte, hieß es, einige Flüchtlinge seien dabei, ihre Kinder über Bord zu werfen. Als Beleg wurde ein Foto von Kindern im Wasser vorgelegt. Die Meldung wurde von der Regierung, die sie vom Militär aufgenommen hatte, weit verbreitet. Einige Medienanstalten zweifelten an der Echtheit des Berichts, fanden aber kein Gehör. Nach der Wahl kam heraus, dass das Bild der Kinder mit Rettungsringen im Wasser einen Tag nach dem Untergang des Bootes, bei dem Hunderte von Menschen starben, aufgenommen worden war. Die konservative Regierung von John Howard hatte aber bereits zu diesem Zeitpunkt einen glänzenden Sieg errungen und saß wieder fest im Sattel der Macht.

Maclellan hat zudem auf die empfindlichen Reaktionen der australischen Regierung angesichts kritischer Berichterstattung über ihre Behandlung von Flüchtlingen hingewiesen. Die Australian Broadcasting Corporation (ABC) wurde beispielsweise von der Regierung beschuldigt, eine Kampagne gegen sie zu betreiben. Anlass war die Ausstrahlung eines Videos in einer Fernsehdokumentarsendung, das die verzweifelten Proteste von Flüchtlingen zeigte, die im Curtin-Lager in Westaustralien auf unbestimmte Zeit interniert waren.

Maclellan appellierte an Journalisten und Journalistinnen, keine Aussagen - ob von der Seite der Regierung oder von Nichtregierungsorganisationen - ungeprüft und unkritisch zu übernehmen. Er wies auf die Verantwortung von Medienschaffenden hin, Hintergründe so zu präsentieren, dass sich die ZuschauerInnen, LeserInnen und ZuhörerInnen selbst ein Bild über den Kontext einer Meldung machen können. "Ich meine, dass wir als ReporterInnen und als BürgerInnen in der Pflicht stehen herauszufinden, was sich hinter dem Stacheldraht abspielt - d.h. das aufzudecken, was in unserem Namen gemacht wird." Sein Fazit: *„There are over 1,500 refugees in detention in Nauru and Papua New Guinea. That's 1,500 stories waiting to be told.“*

Die Teilnehmenden haben einen Brief an die Staatsoberhäupter mehrerer Länder des Pazifiks sowie an den Generalsekretär des *South Pacific Forum* geschickt, in dem sie ihre Sorge über die mangelnde Beachtung des Rechtes der Flüchtlinge auf Informationen und Kommunikation zum Ausdruck bringen. Hier einige Auszüge:

*„Als Journalistinnen und Journalisten der Region sind wir besorgt, dass die Medien daran behindert werden, umfassend und genau über Flüchtlingsfragen zu berichten, insbesondere über die Flüchtlingslager auf Manus Island und Nauru, welche Australien im Rahmen der „Pacific Solution“ eingerichtet hat. Wir fordern die Regierungen der betroffenen Pazifikstaaten auf, Journalisten/-innen ausreichenden Zugang zu den Lagern zu gewähren, inklusive Visen für ausländische Berichterstattende.“*

Es wurde an die Regierungen von Pazifikstaaten appelliert, die Rechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und IDPs im Hinblick auf Information und Kommunikation zu fördern. Konkret gehe es, so die VerfasserInnen des Briefes, um:

„Das Recht von Flüchtlingen, Informationen über ihren Status zu bekommen, entsprechend nationaler und internationaler Gesetzgebung... Das Recht von Flüchtlingen, von der Regierung des Landes, in dem sie Aufnahme suchen, eine menschenrechtlich angemessene Behandlung zu erwarten, nach den Richtlinien internationaler Konventionen wie der *Universal Declaration of Human Rights* und der Konvention über den Status von Flüchtlingen von 1951... Das Recht von Flüchtlingsgruppen, Meinungen zu äußern und weiterzugeben sowie andere Meinungen über alle Medien zu empfangen; und das Recht, Zugang zu eigenen Medien zu haben... Das Recht von Flüchtlingen, absichtlich propagierte Falschdarstellungen in nationalen und ausländischen Medien anzufechten.“ (Übersetzung durch die Verfasserin des Artikels).

Im Brief wurden die RegierungsvertreterInnen außerdem gebeten, dieses Anliegen auf dem nächsten Treffen des Südpazifikforums im August 2002 zur Sprache zu bringen. Neuseeland hat seinerseits geantwortet und versichert, das Anliegen der VerfasserInnen des Briefes auf die Tagesordnung des Forums zu setzen. WACC ist noch dabei zu eruieren, welchen Widerhall diese Aktion hatte.

In der nächsten Ausgabe ihres vierteljährlich erscheinenden Journals *Media Development* soll der Beitrag von Nic Maclellan erscheinen. Er ist jetzt bereits im Internet zu lesen: [www.wacc.org.uk/publications/md/md2002-4/maclellan.html](http://www.wacc.org.uk/publications/md/md2002-4/maclellan.html). Die Website von WACC ist insgesamt eine gute Quelle von Informationen über die Organisation und deren Arbeit und ist mit reichlichen Links versehen.

Glenine Hamlyn, Bonn

Über die Autorin: Das langjährige Pazifik-Netzwerkmitglied Glenine Hamlyn aus Australien arbeitet beim Evangelischen Entwicklungsdienst in Bonn. Sie hat berufsbedingt an dem Treffen in Fiji teilgenommen. Als native speaker wird Glenine ab und zu von Infostelle und Vorstand angefragt, wenn es um die korrekte englische Fassung unserer Faltblätter und anderer Informationen geht. Bisher hat sie sich noch nie gescheut, unsere derben Übersetzungsfehler charmant zu korrigieren!



## *Handel .... und mehr!*

### GATS – eine Attacke auf die Demokratie

„GATS ist die größte Bedrohung für die Demokratie.“ Für Susan George, amerikanische Schriftstellerin und Vize-Präsidentin von Attac Frankreich, ist der Fall klar: Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, kurz GATS) der Welthandelsorganisation WTO bedroht die Demokratie, indem es das Ziel einer sozial und ökologisch verträglichen Entwicklung den kommerziellen Interessen einiger weniger multinationaler Konzerne unterzuordnen droht.

Das GATS-Abkommen ist - obwohl seit dem 1. Januar 1995 in Kraft - der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt. Ziel von GATS ist die weitreichende Liberalisierung des weltweiten Handels mit jeder erdenklichen Dienstleistung. Seine Regeln sind für alle Entscheidungs- und Regierungsebenen bindend. Das Abkommen ist nicht auf grenzüberschreitenden Handel beschränkt, sondern bezieht sich auch auf die kommerzielle Präsenz multinationaler Konzerne auf dem Territorium von WTO-Mitgliedern, also auch auf internationale Investitionen. Im Rahmen des derzeitigen Mandats laufen seit Anfang 2000 weitere Verhandlungen, die bis Ende 2004 abgeschlossen sein sollen. Der Zeitplan der Verhandlungen sieht vor, dass alle WTO-Mitgliedstaaten bis zum 31. März 2003 ihre Liberalisierungsangebote (die sog. „offers“) einreichen müssen. Die Liberalisierungsforderungen sind bereits bei der WTO eingereicht worden. Für einen Skandal hatte gesorgt, dass der weitreichende EU-interne Forderungskatalog im Juni kurz vor Ablauf der Einreichungsfrist an die Öffentlichkeit gelangt war.

Die seit Januar 2000 laufenden Verhandlungen kommen nun in die entscheidende Phase. Internen Dokumenten aus der EU-Kommission zufolge bleibt den nationalen Parlamenten nach Eingang der Liberalisierungsangebote („offers“) lediglich ein Monat zur Beratung über die Liberalisierungsforderungen anderer Länder, die bei der EU eingegangen sind (Mitte Januar bis Mitte Februar 2003). Durchgesickert ist auch, dass einige Länder von der EU verlangen, die „Dienstleistungs-Märkte“ für Gesundheit, Bildung und audio-visuelle Medien zu öffnen. Eine Öffnung der Märkte alleine birgt eine Reihe von potentiellen Gefahren für diese elementaren öffentlichen Dienstleistungssektoren. Beängstigend ist aber zudem, dass das GATS die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, in- und ausländische Anbieter auf dem Dienstleistungsmarkt gleich zu behandeln; d.h. eine inländische Bevorzugung bei der Vergabe von Subventionen an Universitäten und Rundfunkanstalten, Bibliotheken und Museen nach den Regeln der WTO ist nicht zulässig. Jeder inländische Konzern wird dann also mit den ausländischen Dienstleistungsunternehmen um nationale Subventionen (Unterstützungen) konkurrieren. Die möglichen Auswirkungen: Insbesondere kleine und mittlere Anbieter werden dem Wettbewerbsdruck der großen multinationalen Konzerne nicht standhalten können und vom Markt verdrängt werden, wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende soziale Unsicherheit sind nur zwei der gravierendsten möglichen Folgen.

Das GATS-Abkommen ist völkerrechtlich bindend. Zuwiderhandeln wird vor dem WTO-Konfliktregelungsmechanismus mit drakonischen Strafen geahndet. Jeder Staat, der eine GATS-Verpflichtung zurückziehen möchte, muss drei Jahre nach Eingang der Verpflichtung abwarten und dann den anderen WTO-Mitgliedern eine akzeptable Entschädigung anbieten, bevor die Rücknahme erfolgen kann. Mit anderen Worten: Es ist praktisch unmöglich, die nationale Entscheidungshoheit über öffentliche Basisdienste zurückzufordern, nachdem sie einmal liberalisiert wurden. Aus diesem Grund spricht sogar der ehemalige Direktor der WTO, Renato Ruggiero, seine Befürchtung deutlich aus: *„Das Dienstleistungsabkommen GATS umfasst Bereiche, die noch nie zuvor als Handelspolitik angesehen wurden. Ich vermute, dass weder die Regierungen noch die Geschäftswelt die volle Reichweite und den Wert der eingegangenen Verpflichtungen erkannt haben.“*<sup>1</sup>

In der britischen Zeitschrift „The Observer“ vom 15. April vergangenen Jahres erschien ein Artikel, in dem aus einem vertraulichen Dokument des WTO-Sekretariats zitiert wird. Demzufolge ist die Schaffung einer internationalen Agentur geplant, die gegenüber Entscheidungen einzelner Staaten oder Parlamente über Umweltregeln, Gesundheit, Bildung etc. ein Vetorecht haben soll, sofern diese Entscheidungen Verstöße gegen die durch GATS festgeschriebene Handelsliberalisierung darstellen. Dies sei, so der Observer, offensichtlich ein Plan, die *„altmodische politische Idee der Demokratie“*

---

<sup>1</sup> M.Hochuli: Die WTO zu wessen Diensten? Ein Positionspapier der Erklärung von Bern zum WTO- Dienstleistungsabkommen GATS: <http://www.evb.ch/wtodienstleistungen.htm>

völlig zu beseitigen. In der Tat fürchten viele Kritiker, dass GATS sich zersetzend auf nationale Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitiken auswirken könnte.

Im Rahmen der Anti-GATS-Kampagne haben in Großbritannien bereits 262 Parlamentarier ihre Besorgnis über das GATS-Abkommen zum Ausdruck gebracht und fordern eine unabhängige und umfassende Untersuchung über die möglichen Auswirkungen von GATS. Gerade die Briten haben äußerst schlechte Erfahrungen mit der Privatisierung einiger öffentlicher Dienstleistungs-Sektoren gemacht. Als Folge der bereits 1988 eingeleiteten Privatisierung der Wasserversorgung sind die Versorgungspreise drastisch gestiegen und immer wieder gibt es Schadensersatzklagen wegen schlechter Wasserqualität. Angesichts der skrupellosen Bereicherung durch die zehn großen Wasserkonzerne sprach die Daily Mail 1994 von der „größten Aktion eines staatlich lizenzierten Raubes in unserer Geschichte“.

Als Bedingung für Kreditvergabe an Entwicklungsländer fordern der IWF (Internationaler Währungsfond), die Weltbank und andere internationale Finanzierungsinstitutionen zunehmend von den Entwicklungsländern, staatliche Grunddienstleistungen wie Wasserversorgung, Gesundheitsversorgung und das Bildungswesen zu privatisieren. Als Folge steigen die Preise, so dass die armen Bevölkerungsschichten sich kein sauberes Wasser, keine gute Bildung sowie keine ausreichende medizinische Versorgung leisten können. Auch deutsche Wasserkonzerne wie RWE Aqua, Berlinwasser oder Eon / Gelsenwasser drängen verstärkt auf den Weltmarkt, denn das Geschäft mit dem Wasser verspricht hohe Profitraten. Das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) unterstützt die Expansions-Bemühungen der deutschen Industrie aktiv durch das Konzept der „Öffentlich-Privaten-Partnerschaft“ (Public-Private-Partnerships, kurz PPP). Deutsche Steuermittel aus dem Entwicklungshaushalt werden für diese „innovativen Finanzierungskonzepte“ eingesetzt, um quasi als „Hebel“ für die Mobilisierung privaten Kapitals zu dienen. Anders ausgedrückt, ist dies eine indirekte staatliche Außenwirtschaftsförderung für private Unternehmen aus Mitteln, die eigentlich der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern zugute kommen sollten.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Expansion und Sicherung privatwirtschaftlicher Gewinne ein wesentlicher Grund für die zunehmende Liberalisierung und Kommerzialisierung des Dienstleistungssektors zu sein scheint. Der ehemalige Direktor der WTO-Dienstleistungsabteilung, David Hartridge, bestätigt diese Vermutung indirekt: „Ohne den enormen Druck, der von dem US Finanzdienstleistungssektor, insbes. von American Express und Citicorp ausgeübt worden ist, wäre das GATS nicht zustande gekommen“<sup>2</sup>. Deutlicher ist der Zweck des GATS-Abkommens nicht zu beschreiben.

Derzeit werden 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts (BSP) im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet, wobei der Gesundheitssektor der profitabelste Sektor ist: Die globalen Ausgaben in diesem Bereich übersteigen 3,5 Milliarden US Dollar, für Erziehung sind das „nur“ zwei Milliarden und für die globale Wasserwirtschaft eine Milliarde Dollar. In den USA ist die Gesundheitsversorgung ein großes Geschäft, das fest in der Hand von gigantischen Gesundheitsversorgungsunternehmen ist. Der Präsident von Columbia, dem weltweit größten Krankenhausunternehmen, will jedes öffentliche Krankenhaus in Nordamerika zerschlagen, da Ärzte einfach keine ‚guten Unternehmer‘ seien, so die einfache Begründung. Kapitalanlagefirmen wie Merrill Lynch sagen voraus, „dass das Erziehungssystem innerhalb des nächsten Jahrzehnts global privatisiert“ werden wird. Die EU hat kürzlich angekündigt, dass jede öffentlich betriebene Schule in Europa bis zum Ende des Jahrzehnts eng mit einem Unternehmen verbunden werden muss, will sie rentabel sein. Das dann wie selbstverständlich Coca-Cola und

---

<sup>2</sup> The Guardian, 18.04.2002

Hamburger Pausenbrot und Milchmixgetränk verdrängen, bedarf fast keiner Erwähnung. *„Die Eroberung ausländischer Märkte ist jetzt überall auf der Welt zu einer gemeinsamen Schlüsselstrategie unter Instituten der Hochschulausbildung geworden.“*<sup>3</sup> Die Dienstleistungsabteilung der WTO hat ein Unternehmen namens „Globale Allianz für Transnationale Erziehung“ beauftragt, weltweit diskriminierende Praktiken zu dokumentieren, die „ausländische Erziehungs-Provider im Inland benachteiligen“. Die Ergebnisse dieser Studie sollen dann benutzt werden, um auf die Länder politischen Druck auszuüben, die noch einen öffentlichen Erziehungssektor aufrechterhalten. Liberalisierung des Bildungssektors und damit die Öffnung dieses Sektors für den Weltmarkt ist das erklärte Ziel der Initiative.

Es steht zu befürchten, dass auch Umweltstandards und andere Umweltschutzmassnahmen, die in den letzten Jahren durchgesetzt wurden, durch das GATS stark unter Druck geraten werden, weil sie in den Augen der WTO-Wettbewerbspropheten unzulässige Handelsbarrieren darstellen.

Übrigens: Im Artikel 4 des GATS-Abkommens wird ausdrücklich gefordert, die Belange und Bedürfnisse von Entwicklungsländern zu berücksichtigen. Dort findet sich auch ein Hinweis auf die besonderen Bedürfnisse kleiner Dienstleistungsanbieter in wirtschaftlich schwachen Ländern, wie z.B. den kleinen Inselstaaten. Diese können nicht mit den transnationalen Dienstleistungsunternehmen im Norden konkurrieren. Daher sollten sich die Liberalisierungsverpflichtungen, die besonders kleine Ökonomien eingehen, an deren Kapazitäten, Entwicklungsniveaus und der Größe der Volkswirtschaft orientieren.

Man muss keine große Phantasie aufbringen, um zu erkennen, dass GATS entscheidend auf unser aller Leben Einfluss haben wird, wenn die derzeitigen Verhandlungen beendet sind. Doch weder im Pazifik noch bei uns findet eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit den möglicherweise katastrophalen Folgen des GATS-Abkommens statt. Zwar hat die EU-Kommission letzte Woche überraschend ein neues öffentliches Anhörungsverfahren zu den laufenden WTO-Verhandlungen über Dienstleistungsliberalisierungen eröffnet, doch die herausgegebenen Informationen bleiben unvollständig und es ist nicht erkennbar, wie die Anhörungen auch nur einen Deut die EU-Politik verändern können. Eine öffentliche Debatte in den Medien und in den Parlamenten muss erzwungen werden, damit der Bevölkerung klar wird, welche weitreichenden Folgen GATS hat. Wie die Parlamentsabgeordneten in Großbritannien müssen auch wir unabhängige und umfassende Untersuchungen über die Auswirkungen von GATS auf nationaler und internationaler Ebene fordern. Bis zum Abschluss solcher Studien sollten weitere Verhandlungen ausgesetzt werden. Attac Deutschland wird mit vielen anderen Organisationen zusammen im kommenden Jahr eine große Öffentlichkeitskampagne zum Thema GATS starten.

Annette Groth, Attac-Stuttgart

Weitere Informationen zum Thema GATS finden sich im Internet bei Attac Deutschland (<http://www.attac-netzwerk.org>) und auf den Seiten von Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (Weed) unter <http://www.weedbonn.org>.



---

<sup>3</sup> Maude Barlow: "GATS - The last frontier" in The Ecologist, 2/2001, S.4

## Tagungsberichte

### Die Dritte Internationale Solidaritätskonferenz zu Westpapua 4. bis 6. Oktober 2002 in London

Nach dem ersten Treffen der internationalen Westpapua-Solidarität 2000 in den Niederlanden und dem zweiten letztes Jahr in Neuendettelsau fand das diesjährige dritte Treffen vom 4.-6. Oktober in London statt. Da ich bereits letztes Jahr an dem Treffen teilgenommen hatte und somit viele der Aktivisten schon kannte, nahm ich als Vertreter des Pazifik-Netzwerks an der Konferenz anstelle von Julia Ratzmann teil, die während dieser Zeit auf ihrer Dienstreise im Pazifik war. Organisiert wurde das Treffen von der britischen Westpapua-Solidarität (West Papua Action – UK als Sammelverband mehrerer Organisationen), wobei für die Organisation vor Ort die Französin Anne Bouvier zuständig

war, die für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung ein großes Lob verdient.



Es waren insgesamt etwa 45 Teilnehmer anwesend (siehe Photo). Aus Westpapua waren Agus Alua und Jerry Imbiri als Vertreter des Papua-Präsidiums (PDP, der Vorstand der zivilen Unabhängigkeitsbewegung Westpapas), Theo Sitokdana von der Menschenrechtsorganisation ELSHAM in Vertretung von John Rumbiak, der aus organisatorischen Gründen nicht kommen konnte, sowie die Frauenrechtlerin Yusan Yeblo gekommen. Verstärkt wurde die papuanische Delegation durch Victor Kaisiepo (PDP-Mitglied für Europa),

Ottis Simopiaref und Grace Rumbiak, die aus dem niederländischen Exil angereist waren. Im Gegensatz zum letzten Jahr waren auch mehrere Vertreter von NGOs aus anderen Teilen Indonesiens, aus Aceh und den Molukken, gekommen, darunter Emmy Sahertian von der neugegründeten indonesischen Westpapua-Solidaritätsbewegung. Unter den Vertretern der europäischen Solidaritätsgruppen kamen die meisten aus Großbritannien, wobei insbesondere Carmel Budiardjo und Paul Barber von Tapol, Carolyn Marr von Down to Earth, Nick Angelopoulos, Eben Kirksey und John Saltford zu nennen wären. Einige Teilnehmer waren auch aus anderen europäischen Ländern, den USA und Australien gekommen, darunter Mark Doris aus Irland und Johan Bosman aus Belgien. Die einzigen Vertreter aus Deutschland neben mir waren Siegfried Zöllner und Dietrich Weinbrenner vom Westpapua-Netzwerk. Leider gab es am Anfang der Konferenz keine systematische Vorstellungsrunde, so dass man bei Gesprächen immer wieder sein Gegenüber nach Namen und Organisation fragen mußte.

Das Treffen fand im Southwell House statt, einer katholischen Jugendherberge im Nordwesten Londons. Lage und Einrichtung des Hauses waren sehr schön, nur leider war der Konferenzraum zu klein für die relativ große Zahl von Teilnehmern, die alle dicht gedrängt sitzen mussten und keine Schreibpulte zur Verfügung hatten. Demgegenüber waren die Einrichtungen in Neuendettelsau letztes Jahr natürlich ideal. Entsprechend dem Geschmack der indonesischen und papuanischen Teilnehmer kochte die Kantine des Hauses ausschließlich scharfes asiatisches Essen. An den Abenden nach Ende des for-

malen Programms traf man sich wie üblich zum geselligen Beisammensein, nur leider gab es hier keinen dafür richtig geeigneten Raum wie in Neuendettelsau, sondern nur eine Bar, die aber viel zu klein für alle Teilnehmer war.

Ähnlich wie bei der zweiten Konferenz war auch diesmal das Programm in die drei großen Blöcke Selbstbestimmung, Menschenrechte und Umwelt unterteilt. Allerdings waren diesmal keine Arbeitsgruppen vorgesehen, sondern die Themen sollten alle im Plenum erörtert werden, was zu erheblichem Zeitdruck führte und am letzten Tag schließlich entschieden wurde, doch noch für kurze Zeit Arbeitsgruppen zu bilden, bevor die Ergebnisse und Resolutionen am Ende vorgetragen wurden.

Nach einer kurzen Einführung von Paul Barber und einem Grußwort des britischen Abgeordneten Jeremy Corbyn, der im britischen Parlament zusammen mit einigen Kollegen Lobbyarbeit für Westpapua betreibt, berichteten Agus Alua und Victor Kaisiepo zunächst von der aktuellen Situation in Westpapua.

Obwohl Westpapua seit Anfang 2002 sogenannte „Spezielle Autonomie“ besitzt, hat sich nichts wirklich zum Positiven gewandelt. Das von der Provinzregierung vorgeschlagene Autonomiegesetz, das theoretisch eine starke Verbesserung der Situation gebracht hätte, wurde im Parlament von Jakarta so verwässert, dass der politische Status der Provinz Papua letztendlich so bleibt wie er war. Beispielsweise wurde die in der Gesetzesvorlage vorgeschlagene zweite Kammer des Provinzparlaments als Vertretung von traditionellen Räten, Kirchen und Frauenorganisationen in dem von Jakarta beschlossenen Gesetz zu einem nur noch „beratenden“ Gremium herabgewürdigt. Auch wurde die Morgensternflagge bisher nicht wie geplant als offizielle Flagge der Provinz Papua zugelassen. Der einzige Vorteil des „Autonomie“-Gesetzes scheint zu sein, dass damit die ursprünglich geplante Aufteilung Westpapas in drei Provinzen verhindert wurde, was die Militärpräsenz nochmals deutlich erhöht hätte. Trotz des neuen Status werden diese Aufteilungspläne aber immer mal wieder diskutiert.

Während also so gut wie keine politischen Zugeständnisse gemacht werden, geht die Gewalt unvermindert weiter. Der Aufruf der indonesischen Präsidentin Megawati an die Militärs, im Kampf gegen „Separatisten“ sich um Menschenrechte nicht zu scheren, verfehlt offensichtlich seine Wirkung nicht. Nach der Ermordung des PDP-Vorsitzenden Theys Eluay im November letzten Jahres vermutlich durch Soldaten der militärischen Sondereinheit Kopassus versucht jetzt die indonesische Armee verstärkt, durch den Aufbau von Milizen Konflikte zu schüren. An mehreren Orten wurden nach osttimoresischem Vorbild pro-indonesische Milizen unter dem Namen Satgas Mera Putih (rot-weiße Miliz, nach den Farben der indonesischen Flagge) gegründet, die sich aus Transmigranten und scheinbar pro-indonesischen Papuas zusammensetzen. Gleichzeitig gibt es auch immer wieder Hinweise, dass Einheiten der mit Gewalt für die Unabhängigkeit kämpfenden OPM/TPN (Organisation freies Papua/Nationale Befreiungsarmee) von der indonesischen Armee mit Waffen versorgt werden, um den Konflikt weiter anzuhetzen. Sehr beunruhigend sind auch die Aktivitäten der radikal-islamistischen Miliz Laskar Jihad, die sich von den Molukken aus im muslimisch geprägten Nordwesten Westpapas etabliert hat. Auch hier werden Militärs als Drahtzieher und Finanziere vermutet. Gleichzeitig haben sich nach molukkischem Vorbild an einigen Orten mit christlicher Bevölkerung als Gegenkraft sogenannte Laskar Kristen-Milizen gebildet. Offenbar soll der politische Konflikt in einen Religionskrieg nach Art der Molukken verwandelt werden, wobei dann das Militär als „Ordnungsmacht“ um so stärker eingreifen könnte. In diese Kategorie der vom Militär geschürten Provokationen gehört wahrscheinlich auch der Zwischenfall im September in Timika in der Nähe der Freeport-Mine, als Unbekannte bei einem Überfall mehrere US-amerikanische Minenangestellte erschossen und das indonesische Militär sofort ohne jede Ermittlungen behauptete, OPM/TPN-Guerillas hätten den Anschlag ausgeführt.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken versucht seit einiger Zeit das PDP gemeinsam mit ELSHAM, anderen NROs sowie den Kirchen und islamischen Gemeinden, Frieden und Versöhnung zu propagieren. In Kooperation mit der Provinzregierung soll eine „Zone des Friedens“ in Westpapua verkündet wer-

den, in die man versucht auch die OPM/TPN-Guerilla zu verpflichten, die man zu einem Waffenstillstand überreden will. Ebenso versucht man, auf die pro-indonesischen Gewalttäter zuzugehen und auch sie in den Waffenstillstand einzubinden, und die muslimischen Gemeinden versuchen, die Laskar Jihad zum Abzug aus Westpapua zu überreden. Die Initiative der „Zone des Friedens“ scheint deshalb erfolgversprechend, weil sie die indonesische Herrschaft über Westpapua nicht in Frage stellt und insofern die Regierung eigentlich gar nicht anders kann, als diese Idee zu unterstützen.

Emmy Sahertian aus Jakarta präsentierte eine ganz neue Dimension der Westpapua-Solidarität. Im Laufe des letzten Jahres hat sich nämlich in Indonesien ein nationales Solidaritätsnetzwerk für Westpapua gebildet, das zahlreiche Menschenrechts- und Friedensgruppen umfasst und mit ELSHAM sowie Verbänden papuanischer Studenten in Jakarta zusammenarbeitet. Nach dieser Stimme Westpapas in der indonesischen Gesellschaft suchte man lange Zeit vergeblich, so dass die Gründung dieses Netzwerkes sehr zu begrüßen ist. Insbesondere die Aufklärung der indonesischen Öffentlichkeit über die wahre Situation in Westpapua ist von zentraler Wichtigkeit. Solange nämlich die indonesische Bevölkerung an die Propagandalügen Sukarnos über die rechtmäßige Integration Westpapas glaubt, weiß die Regierung die Volksmeinung in dieser Frage hinter sich.

Nach diesen Einführungen wurden nacheinander die drei Themenblöcke behandelt:

### 1. Selbstbestimmung

Letztes Jahr war in Neuendettelsau beschlossen worden, eine internationale Kampagne für die Korrektur der Geschichte zu starten mit dem Ziel, eine Revision des Act of Free Choice<sup>4</sup> (AoFC) durch die UN zu erreichen, und ein Aktionsplan formuliert. Seitdem hat sich einiges auf diesem Gebiet getan, wovon Mark Doris berichtete. Der britische Historiker John Saltford hat seine Forschungsergebnisse aus den Archiven der UN, die die Unrechtmäßigkeit des AoFC belegen, abgeschlossen und in einem Buch veröffentlicht. Eine ähnliche Dokumentationsarbeit läuft gerade mit den jetzt deklassifizierten vertraulichen Dokumenten der US-Diplomatie aus dieser Zeit. Mit Vertretern der UN in New York wurde bereits Kontakt aufgenommen und die Reaktionen waren zumindest nicht völlig ablehnend. Mehrere ehemalige UN-Mitarbeiter, die damals involviert waren, haben die Art der Durchführung des AoFC als Unrecht verurteilt und sich für eine Revision des Verfahrens ausgesprochen. Inzwischen haben sich viele NROs in aller Welt der Kampagne angeschlossen. Auch zahlreiche Parlamentarier aus unterschiedlichen Ländern konnten überzeugt werden, sich für diese Kampagne zu engagieren. Insbesondere in Irland gibt es immer mehr Politiker, die sich für Westpapas Recht auf Selbstbestimmung einsetzen. Ähnliche Tendenzen zeichnen sich auch in Australien und Neuseeland ab. In Australien gibt es allerdings auch eine starke Gegenlobby seitens der konservativen Regierung und ihr nahestehender Wirtschaftskreise, die Indonesien kompromisslos unterstützt und versucht die Westpapua-Solidarität zu behindern.

NROs und einzelne Politiker reichen aber für einen Erfolg der Kampagne allein nicht aus. Der UN-Generalsekretär ließ die Westpapua-Aktivisten wissen, dass er ein Revisionsverfahren dann in die Wege leiten wird, wenn dies von Mitgliedsstaaten gefordert wird. Eine UN-interne Revision wäre zwar möglich, hätte aber wahrscheinlich kaum Auswirkungen. Erst wenn entsprechende Resolutionsentwürfe in den Gremien der UN von Mitgliedsstaaten eingebracht werden, bringt dies die Vereinten Nationen wirklich zum Handeln. Wichtig ist dabei auch, der UN klarzumachen, dass Westpapua ein aktuelles sicherheitspolitisches Problem darstellt, wo Menschenrechte verletzt werden und permanent Gewalt droht, so dass es also dem Zweck der UN, Frieden und Sicherheit zu schaffen, dient, wenn das Westpapua-Problem gelöst wird. Von den drei Staaten im Pazifikraum, die vor zwei Jahren ihre Unterstützung für Westpapua zugesagt hatten, ist nur Vanuatu klar und eindeutig auf dieser Linie geblieben,

---

<sup>4</sup> Act of Free Choice: die 1969 von Indonesien durchgeführte einstimmige Abstimmung eines ernannten Gremiums papuanischer Repräsentanten für die Integration, die von der UNO seinerzeit als rechtmäßig anerkannt wurde.

wobei aber eine gewisse Grundsympathie für Westpapua bei den meisten Pazifikstaaten vorhanden ist. Beim letzten Treffen des Pacific Islands Forum konnte nur durch den starken Einfluss Australiens und Papua-Neuguineas eine Resolution zu Westpapua verhindert werden. Weiteres Lobbying in den Pazifikstaaten lohnt sich also auf jeden Fall. Was bisher noch nicht getan wurde, ist Lobbyarbeit bei afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Insbesondere unter afrikanischen Ländern könnte sich dies lohnen, denn einige von ihnen waren es, die 1969 in der UN-Generalversammlung gegen die Annahme des AoFC stimmten.

Nach teilweise hitzigen Debatten zwischen Idealisten und Realisten über die richtige Strategie wurde folgender Aktionsplan aufgestellt:

- Die Bemühungen, weltweit so viele NROs und Parlamentarier wie möglich für die Unterstützung der Kampagne für die AoFC-Revision zu gewinnen, sollen verstärkt werden. Bis zum nächsten Solidaritätstreffen in einem Jahr wurde das Ziel von 200 Parlamentariern und 200 NROs gesetzt.
- Um die gezielte Lobbyarbeit bei Regierungen besser zu koordinieren, wird für jedes Land eine Kontaktperson bestimmt. So ist beispielsweise Rex Rumakiek für die Lobbyarbeit im Pazifik zuständig. Für Deutschland ist die Kontaktperson Siegfried Zöllner.
- Die bisher vernachlässigte Lobbyarbeit in afrikanischen Staaten soll in die Wege geleitet werden. Das gleiche gilt für Lateinamerika.
- Ebenfalls konzentriert werden soll die Lobbyarbeit auf die Niederlande, die als ehemalige Kolonialmacht eine besondere Verantwortung gegenüber Westpapua haben, diese aber bisher nicht wahrgenommen haben (im krassen Gegensatz zum Verhalten Portugals gegenüber Osttimor).
- Das Thema Westpapua soll unter den NROs Asiens besser bekannt gemacht werden, so beispielsweise auf dem NRO-Parallelforum der ASEAN-Staaten.
- Da es in der Vergangenheit oft Finanzierungsprobleme gab, wenn papuanische Aktivisten zu wichtigen internationalen Veranstaltungen fahren wollten, soll ein Treuhandfond eingerichtet werden, der dann in solchen Fällen Geld Verfügung steht.
- Nachdem bereits einige Male Medienberichte über Westpapua Aufsehen erregten, sollen sich alle Westpapua-Aktivisten bemühen, Kontakte zu Journalisten zu suchen, um so viel wie möglich über Westpapua in die Medien zu bekommen.
- Die verschiedenen papuanischen Gruppen sollten sich stärker zusammentun und mit einer Stimme sprechen, wobei die Rolle des PDP als legitime Vertretung Westpapas zwar zentral, aber nicht exklusiv gegenüber anderen Gruppen sein soll.

## 2. Menschenrechte

Zum Thema Menschenrechte berichtete Theo Sitokdama vom Sekretariat der Menschenrechtsorganisation ELSHAM. Die Menschenrechtsslage in Westpapua hat sich im Laufe des letzten Jahres nicht verbessert. Schwere Menschenrechtsverletzungen wie in Abepura Ende 2000, letztes Jahr in Wasior, sowie der Mord an Theys Eluay vom November 2001 sind immer noch nicht aufgeklärt. Kaum jemand musste sich jemals für Menschenrechtsverletzungen in Westpapua vor Gericht verantworten. Auch ELSHAM selbst, das solche Taten dokumentiert und öffentlich bekannt macht, wird immer wieder schikaniert und die Mitarbeiter sogar schon öfters mit dem Tod bedroht. Der Vorwurf lautet, ELSHAM sei ein Organ der OPM. In Wirklichkeit hat ELSHAM bei Kontakten mit der OPM/TPN immer versucht, diese zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Zur Zeit arbeitet ELSHAM unter anderem an der Aufklärung der Hintergründe des Timika-Attentats und wird auch deswegen wieder bedroht. Es existiert ein Plan der Sicherheitskräfte, alle papuanischen Bewegungen systematisch zu zerschlagen und ihre Anführer auszuschalten. Viele Leute befürchten, Theys Eluays Ermordung könne der Auftakt zur Umsetzung dieses Planes gewesen sein.

Die Frauenrechtlerin Yusan Yeblo berichtete über die Situation der Frauen in Westpapua. Insbesondere sie sind es, die unter der Brutalität des indonesischen Militärs zu leiden haben. Immer wieder kommt es zu Vergewaltigungen, wobei die Soldaten mit perfiden Tricks vorgehen. So erhielten beispielsweise in einem Fall die Opfer nach ihrer Vergewaltigung eine Mahlzeit, damit nachher behauptet werden konnte, sie hätten sich aus Hunger prostituiert. Doch das Problem sind nicht nur die indonesischen Soldaten. Es ist bekannt, dass Papua-Neuguinea weltweit eine der höchsten Raten von Gewalt gegen Frauen aufweist. Obwohl es keine vergleichbare Statistik für Westpapua gibt, kann man davon ausgehen, dass dort die Situation nicht viel anders ist. Häusliche Gewalt gegen Frauen wird durch patriarchalisch geprägte traditionelle Gesellschaftsordnungen begünstigt. Auch sind Frauen in den meisten politischen Gremien nicht vertreten. Das PDP geht dabei eher mit fortschrittlichem Beispiel voran, denn dort sind immerhin 2 von 31 Mitgliedern des Präsidiums sowie viele Mitglieder des legislativen Rates Frauen. Da sie gesellschaftlich bisher eine Randgruppe bilden, beginnen immer mehr Frauen sich zu organisieren. Während große und mächtige politische Organisationen wie das PDP von den Alltagschikanen der indonesischen Sicherheitskräfte eher verschont bleiben, haben gerade die Frauengruppen extrem unter Schikanen und Drohungen zu leiden. Um den Rechten der papuanischen Frauen Geltung zu verschaffen, ist also auch nach innen noch viel zu tun. Viele Leute sind allerdings der Meinung, man sollte zuerst das politische Problem der Unabhängigkeit lösen, bevor man gesellschaftliche Missstände im inneren angeht.

Zum Thema Menschenrechte wurden als Ergebnis folgende Forderungen und Aktionen beschlossen:

- Eine Eilaktion zugunsten der bedrohten Menschenrechtler in Westpapua soll gestartet werden.
- Als erster Schritt zur Entmilitarisierung Westpapas soll Indonesien aufgefordert werden, die Spezialtruppen Kopassus und Brimob abzuziehen.
- Indonesien wird aufgefordert, den Operationsplan zur Zerschlagung der politischen Opposition in Westpapua zu stoppen.
- Sicherheit und öffentliche Ordnung sollten ausschließlich Aufgabe der Polizei sein, die unter zivile Kontrolle zu stellen ist.
- Die bisherigen Fälle von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Biak 1998, Abepura 2000, Wasior 2001 und die Ermordung von Theys Eluay 2001 sollen von einer unabhängigen Institution untersucht werden und die Täter in einem fairen Verfahren bestraft werden.
- Die Vorfälle in Timika im September sollen von der US-Regierung und Freeport (nicht vom indonesischen Militär) untersucht werden.
- Eine Mission der UN soll nach Westpapua reisen, um sich ein Bild über die Menschenrechtslage zu machen.
- Die Frauenrechtsbewegung Westpapas erhält die volle Unterstützung in ihrem Anliegen, gegen staatliche und häusliche Gewalt gegen Frauen anzukämpfen.

### 3. Umwelt

Das dritte große Thema war die Problematik von Umweltschutz und Entwicklung, wobei letztendlich auch bei diesem Thema die Menschenrechte der Betroffenen im Zentrum stehen.

Im Mittelpunkt stand diesmal, ähnlich wie schon letztes Jahr, das Projekt von BP, in der Bucht von Bintuni im Westen Westpapas Erdgas zu fördern. Inzwischen sind die Planungen dieses Projekts sehr konkret geworden, wie die britische Studentin Katie Wilson berichtete, die vor kurzem die Gegend besucht hatte. Ein Dorf, das den Förderanlagen im Weg steht, soll bereits nächstes Jahr umgesiedelt werden, wofür die Einwohner hohe Entschädigungen bekommen sollen. Im Gegensatz zu ähnlichen Projekten in der Vergangenheit verhält sich BP bei diesem Projekt auffallend offen und kooperativ und versucht damit zu belegen, dass es keinerlei Risiken für die lokale Bevölkerung, sondern nur Vorteile für alle gebe. Bei dieser geschickten PR-Taktik ist es für NROs sehr schwierig, etwas dagegen zu sa-

gen. Große Probleme bestehen auch darin, die lokale Bevölkerung zu informieren, da die Warnungen von NROs für sie ebenso schwierig nachvollziehbar sind, wie die Versprechungen der Firmen. Sie sind hin- und hergerissen zwischen dem Reiz des Geldes das ihnen BP in Aussicht gestellt hat und der Angst, ihren traditionellen Lebensstil zu verlieren, ohne sich aber der langfristigen Konsequenzen bewusst zu sein.

Carolyn Marr von der britischen Umweltschutzorganisation Down to Earth meinte, es sei illusorisch, den völligen Stopp solcher Projekte zu fordern. Man müsse vielmehr versuchen, durch konstanten Druck BP dazu zu bringen, sich respektvoll gegenüber der lokalen Bevölkerung zu verhalten. BP sollte wissen, dass man seine Anlagen beobachtet, und dass eine Ausbeutung der Ressourcen zum Schaden der Einheimischen sofort dokumentiert wird und damit zur Schädigung des internationalen Ansehens der Firma führen würde. Genau aus diesem Grund hat BP es auch von Anfang an abgelehnt, seine Anlagen vom indonesischen Militär bewachen zu lassen, sondern versuchte statt dessen, Wachmannschaften aus der einheimischen Bevölkerung zusammenzustellen. Das indonesische Militär war damit allerdings nicht zufrieden und zwang sich schließlich als Bewacher regelrecht auf, was zeigt, dass solche wirtschaftlichen Großprojekte zwangsweise immer zur Militarisierung führen.

Neben dem BP-Projekt in Bintuni sind es auch andere Arten der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die in Westpapua Probleme bereiten: Das Staudammprojekt am Mamberamo, die Mine auf der Insel Gag, die in einem Naturschutzgebiet angelegt worden ist, sowie die bekannte Freeport-Mine, die nach wie vor täglich tonnenweise giftigen Abraum ausstößt. All diese Unternehmungen sind faktisch Instrumente kulturellen Genozids, weil damit der indigenen Bevölkerung die Lebensgrundlagen zerstört werden. Ein weiteres schwerwiegendes ökologisches Problem ist der Holzeinschlag, dem immer mehr Urwald zum Opfer fällt. Insbesondere in dieses Geschäft sind auch die Militärs verwickelt. Man sagt, dass die indonesische Armee einen Großteil ihres Einkommens durch illegale wirtschaftliche Aktivitäten erhält. Da der Holzeinschlag somit meistens vom Militär betrieben wird, das in Westpapua sowieso allmächtig ist, ist der Willkür natürlich Tür und Tor geöffnet. Das neue „Autonomie“-statut hat zusätzlich eine neue Dimension des Holzeinschlags ermöglicht, da nun die Bupatis (Distriktvorsteher) dazu bevollmächtigt sind Konzessionen an Holzfirmen zu verkaufen.

Schließlich wurden folgende Aktionen zum Thema Umwelt beschlossen:

- Zur Aufklärung der von dem BP-Projekt betroffenen Bevölkerung sollte man bereits bestehende ähnliche Anlagen von BP in anderen Teilen der Welt studieren und die Ergebnisse den neu betroffenen präsentieren.
- BP sollte intensiv und konstant beobachtet werden, damit die Firma von Anfang an weiß, dass sie in Bintuni ihr Ansehen aufs Spiel setzt.
- Lokale NROs sollten unterstützt und geschult werden, damit auch sie selbst das BP-Projekt effektiv überwachen können.
- Die Aufmerksamkeit der großen international einflussreichen Umweltorganisationen sollte auf die Projekte in Westpapua gelenkt werden.
- Man sollte den Kapitalverkehr von und nach Westpapua studieren und dokumentieren, um mehr Klarheit über die dortigen Wirtschaftsprojekte und ihre Finanzierung zu bekommen.

Am Ende der Konferenz wurde ein abschließendes Kommuniqué erstellt. Darin wird das Recht der Bevölkerung Westpapas auf Selbstbestimmung bekräftigt. Die indonesische Regierung wird aufgefordert, mit den Vertretern Westpapas inklusive des PDP in Verhandlungen zu treten, die von einer neutralen Kraft vermittelt werden sollen. Die Initiative, Westpapua zu einer „Zone des Friedens“ zu machen, wird unterstützt und Indonesien zum Abzug der Armee und der Sonderpolizei (Brimob) aufgefordert.

Mein Eindruck von dem Treffen war insgesamt positiv. Ein intensiver Austausch über eine große Bandbreite von Themen war möglich, und es wurden wichtige neue Schritte für die internationale Westpazifik-Solidarität beschlossen. Allerdings habe ich die Organisation der Tagesordnung als recht unsystematisch im Gegensatz zum letzten Treffen in Neuendettelsau erlebt. Hätte man von Anfang an Workshops eingeplant, hätte man über die einzelnen Themen intensiver diskutieren können. Trotz allem muss ich aber auch sagen, dass trotz dieser Ungereimtheiten am Ende ein sehr konkreter Aktionsplan herausgekommen ist, der in manchen Punkten viel genauer ist als derjenige, der vor einem Jahr in Neuendettelsau beschlossen worden war.

Lorenz Gonschor, Tübingen

---

Das Elfte Treffen der Europäischen Pazifik-Netzwerk-Solidarität (EPS)  
11. bis 13. Oktober 2002 in Strassburg

Vom 11. bis zum 13. Oktober nahmen in Strassburg Mitglieder des Pazifik-Netzwerks am Jahrestreffen der Europäischen Pazifik-Netzwerk-Solidarität teil. Sie haben ihre Eindrücke und die Ergebnisse der Workshops protokolliert:

Das EPS-Seminar startete am Samstag Vormittag nach einem ersten Abend intensiver Gespräche an der Bar mit kurzen Briefings über aktuelle Entwicklungen im Pazifik. Zuerst schilderten John Doom und Bruno Barrillot die aktuelle Situation der Vereinigung der Arbeiter auf den französischen Atomtestgeländen. Im Juli 2001 nahm die Vereinigung der Atomtest-Veteranen „Moruroa et tatou“ ihre Arbeit in Französisch-Polynesien auf. Inzwischen gibt es, dank der Bemühungen von Sue Roff und in Zusammenarbeit mit der Universität von Neuseeland, eine neue radiobiologische Untersuchungsmethode, die die Folgen der Atomtests bei 150 ehemaligen Atom-Arbeitern medizinisch untersucht hat. Bis heute haben 1.280 eine Aussage über ihre damaligen Tätigkeiten bei der Vereinigung Moruroa et tatou abgegeben, bis zum Jahresende sollen es 2000 sein. Insgesamt arbeiteten an die 30.000 Personen auf den französischen Testgeländen, davon ca. 4.000- 5.000 Tahitianer. Zwar steht die französische Regierung einer Öffnung der Militärarchive immer noch ablehnend gegenüber, aber die Unterstützung für polynesischen und auch für algerische Veteranen ist in den Medien stark angewachsen. Und politische Unterstützung kommt auch von der Grünen Partei. Gleichzeitig werden die Veteranenvereinigungen ungeduldig und fordern Klagen gegen Frankreich aufgrund seiner Desinformationspolitik. Die französische Veteranenvereinigung steckt allerdings in finanziellen Schwierigkeiten, um Reisekosten, Kosten der Untersuchungen und auch für weitere Studien zu decken. Sie fordern auch die französische Regierung auf, ihre Arbeit zusammen mit den Kirchen, Ärzte ohne Grenzen, der japanischen Opfer-Vereinigung und Spenden aus der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Der Weg ist noch weit, aber John Doom und Bruno Barrillot waren zuversichtlich, dass die Wahrheit über die Folgen französischer Nukleartests nun bald ans Licht der Öffentlichkeit dringen werden. Allerdings geht die französische Regierung davon aus, sich mit einer Zahlung mehrerer Mill. Franc an Französisch-Polynesien von jeglicher Verantwortung freigekauft zu haben.

Im folgenden Kurzbeitrag erläuterte Akuila Yabaki vom Citizens Constitutional Forum (CCF) in Fiji die aktuelle Situation im Land. Er sagte, die Gründe für den Putsch lägen in der ethnisch-fijianischen Gesellschaft selbst, die die Inder im Lande immer als Sündenböcke benutzt hätten, um die Übernahme der demokratisch legitimierten Regierung zu überspielen. CCF sieht seine Rolle vor allem darin, die Weltöffentlichkeit darüber zu informieren. Die Lösung der Krise liegt darin, den Putsch endlich vor

Gericht untersuchen zu lassen. Die Lösung der Landrechtsfrage (83 % des Landes ist in fijianischem Besitz), aber auch die Zukunft der Zuckerindustrie, sind die vorrangigen Herausforderungen in Zukunft. Eine der Lösungen ist die Schaffung einer Regierung, die alle wesentlichen Kräfte auf der Insel vereint, also einer Regierung der nationalen Einheit, die auch die lokalen Gemeinschaften und Minderheiten (Mauritius) repräsentiert. Zudem muss die Rolle des Parlamentes gestärkt werden. Auch die Bedeutung der Zivilgesellschaft ist nach dem Putsch gestiegen. Frauenorganisationen und Gewerkschaften setzen sich kritisch mit neuen Gesetzesvorlagen auseinander und werden vom CCF in dieser Arbeit aktiv unterstützt. Auch die Verfassung aus dem Jahr 1997 hat bereits die multi-ethnischen Wurzeln der Gesellschaft in Fiji unterstrichen. Da die Karte der ethnischen Unterschiede nicht ständig gespielt werden kann, muss auch die Regierung jetzt umdenken. Die Zivilgesellschaft muss sich daher für eine Mehr-Parteien-Regierung und größere Transparenz der Regierenden einsetzen. Auch der internationale Druck, z.B. durch die UN, sollte erhöht werden. Bei seinem Besuch im letzten Monat sagte EU-Entwicklungskommissar Paul Nielson, dass EU-Entwicklungsgelder nur verfügbar würden, wenn der Oberste Gerichtshof endlich über eine neue Regierung entscheidet. In den Augen von Akuila Yabaki ist dies der internationale Druck, der nötig ist. Der Preis für seine engagierte Arbeit ist, dass dem CCF aus politischen Gründen kürzlich die Lizenz entzogen wurde. Das CCF versucht nun, sich als Nichtregierungsorganisation registrieren zu lassen, und setzt sich auch hier für eine Überarbeitung der existierenden Rechtsgrundlage ein. Mehr Informationen unter <http://www.ccf.org.fj/>.

Im nächsten Bericht schilderte Heinz Schürmann-Zeggel von amnesty international die Lage auf den Salomonen. Von Februar bis März 2002 besuchte er im Auftrag der EU Bougainville und die Salomonen. Er war erstaunt über die Fortschritte des Friedensprozesses auf Bougainville in den letzten zwölf Monaten. In 10-15 Jahren wird die Möglichkeit für ein politisches Referendum bestehen, in dem über eine Unabhängigkeit der Insel entschieden werden kann. Dies sendet ein wichtiges Signal zu anderen Inselstaaten, die sich im Prozess der Dekolonialisierung befinden. Die Bewohner der Insel sind fest entschlossen, die Insel ökonomisch wieder aufzubauen und aus dem Gedanken der Unabhängigkeit auch politische Realität zu machen. Nötig ist nun, aus dem Friedensabkommen einen Rahmen für eine neue Verfassung zu entwickeln. Vielversprechend ist auch, dass sich in der Region um die Panguna-Mine die Ältesten trafen, um über eine Entspannung der Lage zu beraten. Der Aufbau auf der Insel ist überall spürbar. So werden Bootsanleger repariert, neue Straßen gebaut und auch Kakao-Plantagen wieder aufgebaut.

Ganz anders dagegen die Situation auf den Salomonen. Dort ist der Staat, ähnlich wie in Afghanistan oder Somalia, völlig zusammengebrochen. Kompensationszahlungen aus Taiwan haben die Konflikte über die Verteilung der Mittel nur zusätzlich angeheizt, und sind zum großen Teil in die Taschen der Täter geflossen. So hat der ehemalige Premierminister alleine 800.000 Dollar für sich behalten. Korruption ist allgegenwärtig, ebenso wie bewaffnete Gewalt. 2.000 ehemalige Söldner sind mittlerweile in Polizeidiensten, und tragen zur Verlängerung des Konfliktes bei. Die Kirchen nehmen bei der Versöhnung in den konfliktreichsten Regionen im Süden von Guadalcanal eine wichtige Position ein. Trotzdem setzt sich die Gewalt fort, u.a. durch die Ermordung eines Ministers sowie den ungeklärten Tod der neuseeländischen Botschafterin.

Im folgenden Bericht schilderten Kees Lancaster, unabhängiger Berater, und Sandra Tarte von der Universität des Südpazifiks die Situation der Fischerei im Pazifik. Kees Lancaster schilderte anhand eines strukturierten Vortrages die Rolle der South Pacific Forum Fisheries Agency (FFA) sowie der wichtigsten Fischereinationen Japan, Korea, China, Taiwan, USA, Spanien, Philippinen sowie der EU (siehe dazu auch den ausführlichen ECSI EP-Bericht). Die EU hat kürzlich mit Kiribati ein Fischereiabkommen für Tunfisch unterzeichnet, das die Rolle der nachhaltigen Fischerei, zumindest in der Theorie, unterstreicht. Trotzdem besteht die akute Gefahr der Überfischung, dadurch dass neue Abkom-

men mit der EU den Druck auf die Bestände steigern, statt diesen zu senken. Die EU führt zudem derzeit ähnliche Verhandlungen mit Papua-Neuguinea. Sandra Tarte ergänzte, dass die EU (v.a. Spanien) befürchtet, von multilateralen Fischereiabkommen in der Region ausgeschlossen zu werden. Daher versucht die EU derzeit, Zugangsabkommen auszuhandeln, um ihre zukünftigen Interessen in der Region zu sichern. Begründet wird dies durch die EU aber durch eine Kombination aus wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessen. Aber der Ruf der EU in der Region ist nicht gut. Die Inselstaaten befürchten, dass mit der EU ein weiterer mächtiger Spieler an Bord kommt, und sie so zusätzlich an Einfluss verlieren. Derzeit gibt es jedoch nur zehn EU-Fischereiboote in der Region. Diese Zahl wird sich auch nicht wesentlich erhöhen, da es eine Obergrenze für die max. Anzahl von Fischereiboote in der Region gibt.

Im fünften Kurzbeitrag berichtete Joan Brooks vom Development Resource Centre in Neuseeland über eine neue Internet-Initiative, das Pacific Development Directory. Es zielt darauf ab, Informationen über den Pazifik zu sammeln, zu organisieren, zu verbreiten und ein Mittel zur Bildungsarbeit in Schulen, Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen zu bieten. Derzeit sind 1.100 Organisationen aus 45 Ländern aufgeführt. In Kürze soll auch eine elektronische Bibliothek eröffnet werden. Weitere Einzelheiten auf der Homepage des neuseeländischen Dienstes unter [www.dev-zone.org/pdd/](http://www.dev-zone.org/pdd/).

In einem weiteren Kurzbericht informierte Dieter Friedrichs vom Pazifik-Referat (C4) des Entwicklungskommissariats in der Europäischen Kommission über die Arbeit der EU im Pazifik. Das Referat ist mit vier Mitarbeitern und einem Leiter in Brüssel klein. Seine Arbeit deckt 14 Länder im Pazifik ab. Er betonte, dass die Interessen des Entwicklungskommissariats nicht immer deckungsgleich mit den Interessen anderer europäischer Ministerien (z.B. Handel oder Landwirtschaft) seien. Weitere Informationen im Internet unter [http://europa.eu.int/comm/development/country/paci\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/development/country/paci_en.htm).

Am Sonntagmorgen wurden die Kurzberichte nach einer Andacht mit einem Vortrag über Neukaledonien fortgesetzt. Basile Citre und Pastor Sailali Passa berichteten, dass der rechtliche Status Neukaledoniens in Folge des 1998 unterzeichneten Abkommens von Nouméa nach wie vor ungeklärt ist. Die kanakische Bevölkerung ist nicht in den Follow-Up Prozess eingebunden, ihre Mitwirkung im Interesse einer stabilen Zukunft des Landes aber unabdingbar. Besonders die Bestimmungen zur Landrechtsfrage sind im Abkommen nur vage, eine Anerkennung traditioneller Besitzverhältnisse fehlt völlig. Die Kanaken fordern daher, unter dem Vorsitz der UN eine Diskussion über den Menschenrechtsbegriff in der UN-Menschenrechtscharta und dem Matignon-Abkommen aus dem Jahr 1988 zu beginnen, die Konsequenzen für das Nouméa-Abkommen hat. Diese Diskussion ist besonders vor dem Hintergrund der von 1994 -2004 laufenden „Dekade der Rechte der kanakische Bevölkerung“ wichtig. Die Zeit wird knapp, Fragen der Landrechte und der Nutzungsrechte für kommunale Flächen, dem Zugang zu marinen Ressourcen, der kanakischen Beteiligung und andere Fragen ins Nouméa-Abkommen zu integrieren. Das Abkommen ist ein politischer Rahmen, aber es muss so gestaltet werden, dass es das tägliche Leben des kanakischen Volkes positiv beeinflusst, soll es nicht von der Mehrheit der Kanaken abgelehnt werden.

Im folgenden Beitrag stellte Christophe Barbey kurz die Arbeit der Schweizer Association pour l'étude, la promotion et le respect de la démilitarisation (APRED) vor. Die Vereinigung erstellt Studien und Analysen zu Fragen der Demilitarisierung weltweit. Jeder siebte Staat besitzt keine eigene Armee, abhängig vom Entwicklungsstand. Demilitarisierte Staaten geben mehr Geld für Erziehung und andere soziale Sektoren aus. Im Pazifik haben sich Studien der Weltbank und des Commonwealth Sekretariats mit der Frage der militärischen Sicherheit, auch in Konfliktsituationen, auseinandergesetzt, aber die Frage der Demilitarisierung früherer Kolonien ausgeklammert. Im Pazifik gibt es elf Staaten,

die über keine eigene Armee verfügen. Die Grenze zwischen einer regulären Armee und Polizeitruppen ist jedoch oft unscharf. Weitere Informationen zur Arbeit von ARPED unter [www.demilitarisation.org](http://www.demilitarisation.org).

Im vorletzten Bericht gab Lorenz Gonschor einen kurzen Überblick über die Westpapua-Konferenz, die vom 4. -6. Oktober 2002 in London stattfand. Schließlich berichteten John Doom und Fei Tevi, derzeit im Pazifik-Referat des Ökumenischen Rates der Kirchen (WCC) in Genf, über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. John Doom hob besonders die vom 11. -19. September 2002 veranstaltete Pacific Conference of Churches hervor, die 250 Delegierte der großen Konfessionen zusammenbrachte. Fei Tevi stellte fest, dass das Ergebnis der Konferenz enttäuschend war. Während der Konferenz wurde die Dekade zur Überwindung der Gewalt auch im Pazifik offiziell eröffnet, PCRC wird sich besonders für die Diskussion der Frage der Gewalt im Pazifik einsetzen, Fragen der Geschlechtergleichstellung wurden behandelt, eine Anmerkung zur Frage der Gerechtigkeit wurde von Hilda Lini (Direktorin des PCRC) ins Abschlussdokument eingebracht, eine engere Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Protestanten soll gestärkt werden, und auch die Kooperation mit anderen regionalen Organisationen soll gestärkt werden. Konkret heißt das, mit dem Pacific Partners Forum, dem Pacific Theological College GPP Programm und NFIP enger zusammenzuarbeiten. Das Pazifik-Referat des WCC wird diese Arbeit nach Kräften unterstützen. Eine eigene PCC-Website ist im Aufbau, das Programm „Islands of Hope“ soll fortgesetzt und ausgebaut werden. Den Schlusspunkt der Präsentationen am Sonntag Vormittag bildete der jährliche ECSIEP-Bericht, der auf Nachfrage direkt von ECSIEP erhältlich ist. Schwerpunkte der Arbeit von ECSIEP in der Berichtsperiode und auch im neuen Jahr umfassen die französischen Atomtests und Moruroa et tatou, Fischereiabkommen im Pazifik, Gewalt und Konflikte, sowie neben administrativen Tätigkeiten beim Abschluss des Kooperationsprojektes mit dem PCRC die Herausgabe der ECSIEP-Publikationen, Begleitung von Besuch aus dem Pazifik in Europa und die Wiederbelebung des französischen Pazifik-Netzwerkes. In Zukunft sollte ECSIEP stärker die Schnittstellenfunktion zwischen pazifischen und europäischen Organisationen wahrnehmen, sich als Vermittler, Ansprechpartner und Koordinator für pazifische Initiativen und Kampagnen in Europa einsetzen, und Partner für pazifische Organisationen in Europa sein, der verschiedene Mitglieder der Zivilgesellschaft in konkreten Initiativen und Projekten zusammenbringt. (Klaus Schilder, Bonn)

#### Arbeitsgemeinschaft zu Fischerei:

Während der diesjährigen ECSIEP-Konferenz fanden sehr interessante und wichtige workshops statt, diesmal zu den Themen 1) Konflikte im Pazifik: Verknüpfung von Initiativen und Wissen, 2) Europäische Fischerei in der Südpazifischen Region und 3) Anerkennung der Opfer der Atomtests im Pazifik. Am liebsten hätte ich an allen drei workshops teilgenommen. Letztlich habe ich mich für die Veranstaltung Konflikte im Pazifik entschieden, während der Aufteilung der Protokolle unter den anwesenden Netzwerkmitgliedern aber meine Bereitschaft erklärt, die schriftliche Fassung des Referats über die Europäische Union und die Thunfisch-Fischerei im Westlichen und Zentralen Pazifik der Sachverständigen Sandra Tarte von der University of the South Pacific (USP), Fiji, für den Rundbrief zusammenzufassen und durch einige Fakten und Erklärungen zu ergänzen.

#### Hintergrundinformation:

Die 22 Staaten und Territorien des Südpazifiks bestehen aus ca. 200 hohen Inseln und ca. 2500 niedrigen Inseln und Atollen. Die Verhandlungen der Konvention der Vereinten Nationen zum neuen Seerecht 1982, das erst 1994 ratifiziert werden konnte, verankerten das Nutzungsrecht der Inselstaaten hinsichtlich der Meeresressourcen innerhalb eines Gebietes von 200 Meilen, ausgehend von der Küstenlinie der äußersten Inseln des jeweiligen Staates oder Territoriums. Dieses Gebiet wird als exklusive Wirtschaftszone (Exclusive Economic Zone = EEZ) bezeichnet. Für diejenigen Staaten mit ei-

ner starken insularen Fragmentierung und größeren Entfernungen zwischen den einzelnen Inseln ergab sich hierdurch die Kontrolle über riesige Meeresimperien, in denen die Meeresfläche die Landmasse um einen durchschnittlichen Faktor von 300:1 übertrifft.

Die Pazifischen Inselstaaten verfügen über die weltweit wichtigste Fischereiregion. Allein die 14 AKP-Staaten haben eine gesamte EEZ von 20.1 Millionen km<sup>2</sup>. Ein Drittel der insgesamt angelandeten Thunfische stammen aus der Region, davon werden 40- 60 % in Konservenfabriken weiterverarbeitet und 30% dem japanischen Markt für den begehrten Rohfisch (sashimi) zugeführt.

Die Pazifischen Inselstaaten erhalten bisher nur einen vergleichsweise geringen wirtschaftlichen Erlös aus dem Fischfang. Etwa 90 % der gesamten Fischmenge von jährlich ca. 1 Million mt mit einem Anlandungswert von fast US\$ 1,7 Billionen werden von den Fernfischfangnationen gefangen. Aufgrund von noch bestehenden Verhandlungsschwächen bei der Vergabe von Fischfanglizenzen und den geringen Möglichkeiten zur Überwachung illegaler Fischerei haben die Länder bisher nur geringe Einnahmen aus ihrer Hauptressource.

Sandra Tarte gab einen Überblick über die Rolle der Europäischen Union in der Thunfischfischerei im Gebiet des westlichen und zentralen Pazifik unter besonderer Berücksichtigung der Annäherungsbestrebungen der EU, an den Verhandlungen teilzunehmen. Ziel der Verhandlungen war, ein "Fisheries-Management and Conservation Regime" in der Region zu etablieren und das Interesse, eine Fischerei-Präsenz in der Region aufzubauen. Die Antworten der Pazifischen Staaten auf diesen Annäherungsprozess wurden untersucht, sowohl auf regionaler als auch auf bilateraler Ebene.

#### Die Fischerei

Die Pazifischen Inselstaaten führen ihre Fischereipolitik über verschiedene Kanäle durch und zwar auf nationaler Ebene, subregionaler Ebene und auf regionaler Ebene. Koordiniert wird die Fischereipolitik einerseits durch subregionale Gruppen unter dem Nauru Agreement (PNA) und der regionalen South Pacific Forum Fisheries Agency (FFA). Eine weitere regionale Organisation, das Secretariat der Pacific Community, stellt die wissenschaftliche und technische Hilfe bereit.

Die Thunfisch-Fischerei im westlichen und zentralen Pazifik besteht hauptsächlich aus industrieller Fischerei mittels Purseiner-, Pole and Line- und Longline-Schiffen. (Anmerkung: Purseiner sind sehr große Schiffe, die mit riesigen Netzen fischen und die Fischfanggebiete nur selten verlassen. Die Fänge werden auf hoher See auf Transportschiffe umgeladen; auf Longline-Schiffen wird mit zahlreichen sehr langen Leinen, die mit vielen Haken und Ködern versehen sind, gefischt und auf den kleineren Pole- and Line- Schiffen wird selektiv mit zahlreichen Angeln gefischt. CF). Gefischt wird sowohl in den exklusiven Wirtschaftszonen der Pazifischen Inselstaaten, als auch auf hoher See. Ziele der Fischerei sind die Thunfischarten skipjack, yellowfin, bigeye und albacore. Nach Aussage des Oceanic Fisheries Program der Pacific Community, die ihren Sitz in Noumea, Neukaledonien, hat, nahm der Fischfang dieser vier Hauptfischarten seit 1998 signifikant zu und belief sich auf geschätzte 1.862.269 mt. (Purseiner: 56 %, Pole and Line: 19 %, Longline: 12 % und sonstige Fischerei: 13 %)

#### Die Flotten

Aufgrund von Schätzungen belief sich der Fischfang mit Purseiner-Schiffen 2001 auf 835.000 mt, gefangen von Fernfischfangflotten, die aus insgesamt 162 Schiffen bestehen (Taiwan 41, Amerika 29, Japan 35, Korea 27, Spanien 14 und Philippinen 10). Die einheimische Fischerei mit Purseinern ergab geschätzte 136.000 mt. (PNG: 19, FSM: 5, Marshall Islands: 5, Kiribati: 1, Vanuatu: 2, Neuseeland: 3).

Nach Angaben der FFA fing die spanische Flotte 2001 nur 2.400 mt, eine Reduzierung um 10.000mt. Nur 10 Schiffe hatten eine 2001 eine Lizenz. Die spanische Flotte, die sporadisch in der EEZ von Kiribati fischt, besteht aus Schiffen, die unter den Flaggen von Guatemala, Ecuador, Panama und Spanien fahren. Das Abkommen wurde zunächst zwischen einer spanischen Purseiner-Organisation OPAGAC und der Regierung von Kiribati 1999 geschlossen. Die Schiffe haben Ecuador als Heimathafen und versorgen den amerikanischen Fischkonservenmarkt.

Der Thunfischfang mit Longline-Schiffen machte 2000 etwa 217.000 mt aus, eine Rekordfangmenge für diese Region. Der größte Teil dieses Fangs wurde von Fernfischfangflotten aus folgenden Ländern gefischt: Japan (216), Korea (166), Taiwan (149). Außerdem waren 108 chinesische Longliner unter dem Regionalen Register der Forum Fisheries Agency für 2000/2001 registriert. Es gab auch eine beträchtliche Zunahme der einheimischen Longline-Fischerei in Ländern wie FSM, Fiji, Palau, PNG, Samoa, Solomon Islands und Tonga. Einige davon wurden durch die South Pacific Project Facility unterstützt, die Longline-Schiffe und Küsteninfrastruktur finanziert. In Fiji bekam über das EU-finanzierte EBAS-Programm Unterstützung für den Entwurf und den Bau einer wertsteigernden thunfischverarbeitenden Fabrik.

Ein großer Teil des Pole and Line Fangs wurde von der aus 40 Schiffen bestehenden japanischen Fernfischfangflotte gefangen und zwar ca. 65.000 mt. Pole and Line Flotten gibt es aber auch in Indonesien, Solomon Islands und Französisch-Polynesien. Es zeichnet sich ein allgemeiner Trend ab, dass die Anzahl der Pole and Line Schiffe aufgrund wirtschaftlicher Faktoren und technologischer Fortschritte in der Purseiner-Fischerei abnimmt.

#### Der Status des Fischbestands

Die Wissenschaftliche Koordinierungsgruppe gab hinsichtlich des Fischbestandes der Hauptthunfischarten folgende Bewertung ab:

Skipjack: Es zeichnen sich bei den derzeitigen Fangmengen keine nachteiligen Folgen auf den Gesamtbestand ab.

Yellowfin und Big Eye: Die Bestände nähern sich der vollständigen Ausbeutung. Jeder Anstieg der Fischsterblichkeit von Jungfischen wird wahrscheinlich zum Status der Überfischung führen.

Südpazifischer Albacore: diese Fischart scheint nur leicht ausgebeutet zu werden, so dass sich noch keine Gefahr für den Fischbestand abzeichnet.

Insbesondere hinsichtlich Yellowfin- und Bigeye-Thunfisch sind diese Aussagen aufgrund des noch immer bestehenden Mangels an Überwachung des Purseiner-Fanges von Jungfischen ungesichert. Ein weiterer Grund der unsicheren Einschätzung ist der Einfluss des Klimawandels, insbesondere das periodische Auftreten von El Nino/Southern Oscillation.

#### Marktbedingungen

Neben der Besorgnis über das Erreichen biologischer Grenzen, zumindest hinsichtlich bigeye und yellowfin, gibt es Befürchtungen in Bezug auf das Überschreiten ökonomischer Grenzen. Es gibt bereits Überkapazitäten und ein globales Überangebot an Thunfisch, besonders auf dem Fischkonservenmarkt. Als Resultat haben einige Betreiber von Schiffen den Fang bereits reduziert, um das Rohmaterial für die Konservenfabriken zu beschränken und die Preise ansteigen zu lassen.

Die meisten Bewertungen bringen zum Ausdruck, dass es zu viele Purseiner-Schiffe gibt, die Thunfisch-Fischfang im westlichen und zentralen Pazifik betreiben. Der Anstieg der Kapazitäten bezieht sich auf neue Konkurrenten, wie die spanischen Schiffe und auf die Einführung größerer Schiffe. Au-

ßerdem gibt es einen Anstieg einheimischer Schiffe, einhergehend mit der Entwicklung von küstennaher Weiterverarbeitung. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Profitabilität der Purseiner- und Longline-Fischerei bei einer Reduzierung des Einsatzes um 20 % auf das Doppelte hinsichtlich der Fangrate gesteigert werden könnte.

Status von Zugangsvereinbarungen zwischen Pazifischen Inselstaaten und Fernfischfang-Nationen  
Als größte der Hochseefischerei-Nationen der Region hat Japan eine seit langem etablierte Präsenz in pazifischen Gewässern und verfügt über bilaterale Fischereiabkommen mit acht Pazifischen Inselstaaten. Fast der gesamte Fisch wird in Japan angelandet.

Bilaterale Vereinbarungen existieren auch zwischen Pazifischen Inselstaaten und Flotten von Korea und Taiwan. Taiwan baut seine Fischfangflotte noch immer aktiv aus. Nach Aussage der FFA ist die Flotte am schwierigsten zu kontrollieren. Der Purseiner-Fang der taiwanesischen und koreanischen Flotten wird in den Konservenfabriken von Fiji und American Samoa weiterverarbeitet. Weiterer Fang wird in den Häfen der Pazifischen Inseln zur Versorgung der Märkte mit Frisch- und Tiefkühlfisch angelandet.

Die Vereinigten Staaten haben als einzige Hochseefischerei-Nation multilaterale Zugangsvereinbarungen in der Region und zwar zwischen der amerikanischen Regierung und den Mitgliedsstaaten der FFA (seit 1987). Die bereits verlängerte Vereinbarung läuft 2003 aus und soll dann bis 2013 verlängert werden. Die Fangmenge wird hauptsächlich in den beiden US-Konservenfabriken in American Samoa verarbeitet.

Im Juli 2002 wurde ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Union und Kiribati geschlossen und zwar als Folge einer bilateralen Vereinbarung Ende 1999 zwischen Kiribati und einer spanischen Industriegruppe. Es wird erwartet, dass aufgrund günstiger Konzessionen die europäisch geflaggen Schiffe aus dem Industrie-Abkommen zukünftig auch unter dem EU-Abkommen operieren werden. Das für zunächst drei Jahre geltende Abkommen erlaubt Purseinern und Longline Schiffen den Fischfang in der Exklusiven Wirtschaftszone von Kiribati. Zunächst werden dort nur Purseiner Schiffe zum Einsatz kommen. Das Abkommen wird stark durch finanzielle Unterstützung der EU subventioniert (546.000 Euro im ersten Jahr für 8.400 mt Thunfisch). 19 % dieses Beitrages sollen für zielgerichtete Maßnahmen eingesetzt werden, um die Teilnahme von Kiribati in Fischereiorganisationen und institutionelle Kapazitäten zu unterstützen.

Die Entwicklung der EU Fischerei-Interessen in der Pazifischen Inselregion

Bis zur Mitte der 1990er Jahre war die EU in der regionalen Fischerei nur über regionale Finanzierungsprogramme, wie z.B das South Pacific Marine Resources Development Program involviert.

Die Pläne für ein Fischerei Abkommen zwischen den Pazifischen Staaten und der EU wurden 1997 initiiert. Zunächst wurden sie mit den regionalen Fischerei-Organisationen (FFA und PNA) 1998 diskutiert. Zwei große Entwicklungen in dieser Zeit haben wahrscheinlich den Prozess der Annäherung beeinflusst. Die erste war der Vorstoß (1997) der pazifischen Staaten und der Fernfischfang-Nationen, ein Management-Regime für die Thunfischbestände der Region zu etablieren, gemäß den neueren Entwicklungen im Internationalen Seerecht. Dieses wurde bekannt als Multilateral High-Level Conference (MHLC-Prozess). Es sei zu vermuten, dass die EU, vor allem Spanien, sehr daran interessiert waren, einen Stützpunkt in der Region zu haben und daran, ein reales Interesse an der pazifischen Thunfisch-Fischerei zu etablieren und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Fischerei Gegenstand eines internationalen 'Management and Conservation Regime' wurde.

Die zweite Entwicklung zu dieser Zeit war der Beginn der Verhandlungen für das Nachfolgeabkommen der 4. Lomé-Konvention zwischen der EU und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten. Es schien die Ansicht unter offiziellen Vertretern des Handels der Pazifischen Inselstaaten zu geben, eine Verbindung zwischen dem Zugang zur Fischerei und der Post-Lomé Handels- und Entwicklungskooperation herzustellen – eine Sichtweise, die möglicherweise von den EU-Verhandlungspartnern unterstützt wurde. Eine solche Verbindung wurde jedoch von den Vertretern der Fischereipolitik der Pazifischen Inselstaaten nachdrücklich bei den Treffen 1998 und 1999 abgelehnt.

Während die EU 1998 anlässlich der Jahresversammlung des Forum Fisheries Committee zu Verhandlungen über ein vorgeschlagenes Fischereiabkommen eingeladen wurde, konnte noch kein präzises Angebot vorgelegt werden. Zur gleichen Zeit stellte eine Delegation des französischen Territoriums Neukaledonien einen separaten Antrag, um für französische Schiffe Zugang zu den Gewässern mehrerer Forum-Staaten zu erlangen, da Frankreich eine Fischindustrie in Neukaledonien entwickeln wollte.

Während der Folgeverhandlungen bestand weiterhin eine große Zurückhaltung gegenüber Neuankömmlingen, die bisher noch nicht über Fischerei-Präsenz in der Region verfügten. Andernfalls hätte dies möglicherweise zu einer vollen Teilnahme der EU am MHLC-Prozess geführt. Die EU änderte ihr Ziel an diesem Prozess partizipieren zu können dahingehend, dass nun ein Abkommen zwischen der EU und einigen Pazifischen Inselstaaten angestrebt wurde. Erreicht wurde bei der 4. MHLC Sitzung 1999 nur ein Beobachter-Status der EU. Hingegen erreichte die FFC die Annahme einer Resolution, die alle Staaten dazu aufforderte, zukünftig von weiterer regionaler Expansion bezüglich Einsatz und Kapazität abzusehen. Es wurde beschlossen, die Anzahl der Mitglieder im MHLC-Prozess nicht zu erhöhen. Weitere starke Bemühungen der EU bei der 5. und 6. Sitzung wurden enttäuscht.

Trotz der Resolutionen vereinbarte Kiribati auf der Grundlage spezifischer wirtschaftlicher Probleme ein Abkommen mit der spanischen Fischereigesellschaft OPAGAC – das erste Abkommen mit einer europäischen Fischereiflotte. Die EU schwenkte im Jahr 2000 auf bilaterale Verhandlungen um und zwar mit PNG, FSM, Marshall Islands, Kiribati, Tuvalu und Solomon Islands, die bis auf Marshall Islands positiv reagierten. Zur gleichen Zeit verhandelte Frankreich getrennt mit PNG und Solomon Islands und schloss mit PNG 2000 einen Vertrag über den Zugang zu den Gewässern.

Im Verlauf der auf den MHLC-Prozess folgenden PrepCon Treffen errang die EU schließlich einen politischen Sieg. Auf der Grundlage des Beitrages zu einheimischer und regionaler Fischereiforschung, Management und Entwicklung in der Region, demonstrierter verantwortlicher Fischereipraktiken, etc. wurde der EU auf der PrepCon2 Sitzung schließlich ein Sitz am Verhandlungstisch gewährt.

Das Kiribati Abkommen und zukünftige Themen der Fischereiaktivitäten der EU im Pazifik

Der Abschluss der Zugangsvereinbarung zwischen der EU und Kiribati hatte direkte Konsequenzen für die Vergabe von Purseiner-Lizenzen unter dem sogenannten Palau Agreement, das ein Minimum von sechs und ein Maximum von elf Purseinern vorsieht.

Nun hat die EU auch die Möglichkeit, Zugangsabkommen mit den anderen Pazifikstaaten abzuschließen, allerdings müssen dieselben Schiffe, die unter dem Kiribati Vertrag lizenziert wurden, genutzt werden. Ein entsprechendes Interesse einiger Staaten scheint zu bestehen, denn sie sind selbstverständlich interessiert an der Einnahme von Zugangsgebühren und an Möglichkeiten, ihre einheimische Industrie zu entwickeln. Unter Fischereifachleuten wird das EU-Kiribati Abkommen als besser eingestuft als andere bilaterale Verträge. Es wird von EU-Offiziellen als Modellabkommen bezeichnet, da es auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit, guter Regierungsführung, wissenschaftlicher Beobachtung und regionaler wissenschaftlicher Beratung basiere.

Neben diesen positiven Bewertungen ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass sich mit dem EU-Eintritt in die Fischerei des Westlichen und Zentralen Pazifik die Flottenkapazität, vor allem der Purseiner erhöht. Die Reduzierung der US Purseiner Flotte wurde durch die Neuankömmlinge wieder aufgehoben und zeigt die Schwachstellen des regionalen Kontrollregimes auf. Der Grund für den Misserfolg bei dem Versuch der EU mit den pazifischen Staaten ein multilaterales Abkommen zu schließen, liegt zum Teil an den nationalen Interessen der jeweiligen pazifischen Staaten und der Ablehnung, ihre bilateralen Vorteile aufzugeben. (Dr. Christel Fensterseifer, Ronnenberg)

#### Arbeitsgemeinschaft zu Gewaltkonflikten:

Thema waren die Konflikte in Kanaky, Fiji, Solomon Islands und Bougainville. Aus der Region waren als resource persons Vertreter der kanakischen Unabhängigkeitsbewegung und Aquila Yabaki vom CCF (Citizen's Constitutional Forum) aus Fiji anwesend. Weitere inputs gaben Heinz Schürmann-Zeggel (amnesty international London), Fei Tevi (World Council of Churches, Genf), Volker Böge (Pazifik-Netzwerk).

Zu Kanaky: Zwischen indigenen Kanaken und Zugewanderten aus Wallis und Futuna gibt es einen gewaltsam ausgetragenen Konflikt um Land (mehrere Tote). Die anwesenden Freunde aus Kanaky sahen die Verantwortung hierfür vor allem bei den französischen Kolonialherren, die die Leute von Wallis und Futuna nach Kanaky geholt haben. Nun würden die daraus resultierenden Probleme auf dem Rücken der Kolonisierten ausgetragen. – Ebenfalls ist der Kolonialismus verantwortlich für Ressourcenkonflikte: Traditionale Rechte auf Ressourcen, traditionale Autoritäten und die kulturelle Identität der Kanaken würden von den Kolonialbehörden immer noch missachtet. Das sei auch künftig – trotz Nouméa Accord – weiter konfliktträchtig.

Zu Fiji: Die Folgen von Putsch und Meuterei in 2000 sind noch lange nicht überwunden; die gegenwärtige Regierung spielt immer noch die rassistische Karte (indigene Fijianer versus indischstämmige), um von internen Konflikten der indigenen fijianischen community abzulenken. Doch sei die Zivilgesellschaft stärker geworden; andere pazifische Konfliktregionen könnten von Fiji in Hinsicht auf die Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft lernen.

Zu Bougainville: Im letzten Jahr hat es große Fortschritte im Friedensprozess gegeben, sowohl auf der politischen Ebene (Bougainville Peace Agreement) als auch auf der ökonomisch-sozialen (Wiederaufbau der Infrastruktur, wirtschaftlicher Aufschwung, Versöhnungsprozesse). Auch das weapons disposal – Programm läuft langsam, aber kontinuierlich weiter. Problem ist, dass die Zentralregierung ihre finanziellen Zusagen für Bougainville nicht einhält (und angesichts der Haushaltsmisere auch nicht einhalten kann). Vieles hängt jetzt davon ab, dass der im BPA abgesteckte politische Rahmen hält und dass die geduldige internationale Unterstützung aufrecht erhalten wird.

Zu Solomon Islands: Hier war das letzte Jahr desaströs. SI heute sind ein „failed state“. Die staatlichen Dienstleistungen sind weitgehend zusammen gebrochen, Korruption und Missmanagement schreien zum Himmel. In der Gesellschaft herrscht eine Kultur der Gewalt. Zivilgesellschaftliche Kräfte, insbesondere die Kirchen, versuchen dagegen zu halten, sind aber relativ schwach.

Ein Vergleich der Friedensprozesse auf Bougainville und den Solomons ergibt folgende fünf Punkte, die entscheidend dafür sind, dass B'ville bisher zu einer Erfolgsgeschichte von Friedenskonsolidierung und SI zu einer Misserfolgsgeschichte geworden ist: 1. Zeit (B'ville langfristiger Prozess, SI quick fix); 2. Partizipation (Einbeziehung von grassroots hier, nur „Führer“ dort); 3. traditionale Konfliktregelung (Einbeziehung von „kastom“ hier, Pervertierung von „kastom“ dort); 4. Versöhnung (tiefgreifende und langdauernde Versöhnungsprozesse hier, oberflächliche dort); 5. externe Unterstützung (Neuseeland, UN und PMG hier als geduldige facilitator, Australien als ungeduldig und druckvoll dort – bei Abwesenheit der UN).

Nicci Simmonds (European Centre for Conflict Prevention, Utrecht) fasste die AG-Ergebnisse wie folgt zusammen: Konfliktursachen: Kolonialherrschaft, Ressourcen (Land, Bergbau,...), Identitätsfragen. Kontext: schwache Staaten, hierarchische Strukturen, schwache Zivilgesellschaft. Konfliktbearbeitungsoptionen: Verbindung von traditionellen und modernen Verfahren; von Versöhnung und Gerechtigkeit; prozess- statt ergebnisorientiert; externe Unterstützung in Maßen und mit kultureller Sensibilität. – Aufgaben von ECSI EP sollten sein: als Scharnier zwischen Europa und dem Pazifik fungieren, Informationen beschaffen und die europäische Öffentlichkeit aufklären, Geberorganisationen hier in Europa ausfindig machen, die an conflict resolution im Pazifik interessiert sein (werden) könnten und diese beraten; Konfliktbearbeitungsexpertise im Pazifik anbieten, etwa im Kontext der Dekade zur Überwindung der Gewalt. (Volker Böge, Bonn)

#### Arbeitsgemeinschaft zu den Folgen der französischen Atomwaffentests:

Das dritte große Thema des Seminars waren die Folgen der französischen Atomtests in Polynesien. Ressource Persons waren hier John Doom, Generalsekretär der polynesischen Atomtestveteranenvereinigung *Moruroa e tatou* (Moruroa und wir), und Bruno Barillot vom *Centre de documentation et de recherche sur la paix et les conflits* (CDRPC, Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung) in Lyon.

John Doom berichtete vom zunehmenden Gewicht der Vereinigung *Moruroa e tatou*. Im Juli letzten Jahres von 160 Mitgliedern gegründet, ist die Mitgliederzahl inzwischen auf über 1200 angewachsen. Immer mehr ehemalige Testarbeiter und Bewohner der Nachbarinseln Moruroas werden sich der Ursache ihrer Gesundheitsschäden bewusst und brechen ihr Schweigen, das ihnen seinerzeit verordnet worden war, zumal viele Spätfolgen erst jetzt auftreten.

Seit dem letzten EPS-Seminar, wo John Doom in Begleitung von Michel Arakino die Vereinigung vorgestellt hatte, wurden viele erfolgreiche Aktivitäten für die Testopfer unternommen. Nach dem die schottische Dundee-Universität ein neuartiges radiobiologisches Verfahren zur Diagnose von Strahlenschädigung entwickelt hat und dies inzwischen auch an der neuseeländischen Massey-Universität durchgeführt wird, sollen in Zusammenarbeit mit diesen Universitäten alle Testveteranen systematisch untersucht werden, wobei die Universität Massey auch Geld für die Untersuchungen zur Verfügung stellt.

Der bisherige Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit von *Moruroa e tatou* war sicherlich die Konferenz über die Folgen der Atomtests in den Räumen des Pariser Senats im Januar 2002 mit etwa 250 Teilnehmern (worüber im Rundbrief ausführlich berichtet wurde), im Zuge derer das „*Paris International Network on Nuclear Testing*“ als übergeordnetes internationales Netzwerk von Atomtestopferverbänden und Solidaritätsgruppen aus aller Welt gegründet wurde. Weitere wichtige Veranstaltungen waren die erste Generalversammlung von *Moruroa e tatou* Ende Juli, an der auch zahlreiche ausländische Experten und Unterstützer teilnahmen, sowie eine internationale Konferenz über französische Atomtests in Hiroshima im August.

Leider zeigt sich aber der französische Staat immer noch nicht kooperativ und hält die Krankenakten der betroffenen weiterhin unter Verschluss. Auch Entschädigungen haben die Betroffenen bislang im Gegensatz beispielsweise zu den Opfern US-amerikanischer Tests auf den Marshall-Inseln nicht erhalten. Frankreich zahlt zwar Ausgleichszahlungen in Milliardenhöhe an die autonome Territorialregierung Französisch-Polynesiens, aber die Testopfer erhalten davon nichts. Auch die Vereinigung selbst erhält keinerlei staatliche Unterstützung, weder vom französischen Staat noch von der Territorialregierung Französisch-Polynesiens, und Mitglieder der Vereinigung werden nach wie vor von ihren Arbeitgebern unter Druck gesetzt. Wichtige Unterstützung kommt dagegen von der protestantischen Kirche Frankreichs und der japanischen Hiroshima-Opfervereinigung.

Zum wiederholten Mal wurden die Testveteranen von Vertretern der französischen Staatsmacht vor den Kopf gestoßen, als die neue Ministerin für Überseegebiete Brigitte Girardin Ende August Tahiti besuchte und eine Delegation von *Moruroa e tatou* sie sprechen wollte und nicht gehört wurde. Obwohl ein einstündiges Gespräch mit der Ministerin vorgesehen war, worauf sich die Vertreter der Testopfer mit präzisen Fragen vorbereitet hatten, durften sie schließlich nur 17 Minuten mit ihrem Sekretär sprechen, der ihnen auf keine ihrer Fragen eine Antwort gab. Ähnlich erging es ihnen einige Wochen später beim Besuch des Senatspräsidenten Christian Poncelet, der sich zwar auf ein Gespräch einließ, aber als Antwort auf ihre Fragen nur entgegnete, er könne ihr Anliegen nicht verstehen. Trotz dieser ablehnenden Reaktionen hatte zumindest der Besuch von Brigitte Girardin einen positiven Effekt, da das französische Fernsehen über ihre Weigerung, die Testopfer zu empfangen, berichtete und damit die Problematik der Atomtests in Polynesien für kurze Zeit wieder in den Blickpunkt der französischen Öffentlichkeit rückte.

Parallel zu *Moruroa e tatou* hat sich Mitte 2001 auch in Frankreich eine Vereinigung von Atomtestveteranen (Association des Vétérans des Essais Nucléaires, AVEN) gegründet, von der Bruno Barillot berichtete. Es handelt sich dabei vor allem um ehemalige Soldaten und Zivilangestellte der Atomtestzentren in Algerien und Polynesien, von denen ebenfalls viele an Strahlenkrankheiten leiden. Auch sie stehen einer feindseligen Regierung gegenüber, die sich im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern weigert, ihnen Unterstützung und Entschädigungen zukommen zu lassen. Statt dessen versucht die mächtige militärische Nomenklatura, die Arbeit solcher Vereinigungen zu behindern, wie dies beispielsweise während der Konferenz im Pariser Senat geschah, als ein Provokateur versuchte, die Veranstaltung zu stören.



Im Workshop zum Thema Atomtests vertieften John und Bruno zunächst ihre Berichte über die Atomtestopfer. In einer aufwendigen Bilddokumentation stellte John die Vereinigung nochmals in allen Details vor und berichtete über eine Mission von *Moruroa e tatou* auf dem Atoll Tureia, mit etwa 100 km Entfernung die *Moruroa* am nächsten gelegene bewohnte Insel. Die dortige Bevölkerung leidet in besonderem Maße an Strahlenkrankheiten; in drei Jahren starben sieben Menschen an Krebs, bei einer Gesamtbevölkerung von nur etwa 100 Einwohnern. Lange Zeit wagte es niemand darüber zu sprechen, aber auch dort

wollen die Leute jetzt wissen was mit ihnen geschehen ist. Selbst der Bürgermeister der Insel setzt sich inzwischen für die Anliegen der Testopfer ein und begrüßte das Engagement von *Moruroa e tatou*, obwohl er der regierenden Partei von Gaston Flosse angehört, welche die Atomtests immer befürwortet hat. Ein Grund, warum sich auf dieser Insel bis vor kurzem kaum Protest erhob, ergibt sich daraus, dass die Einwohner der von der Verstrahlung direkt betroffenen Inseln im Umkreis von *Moruroa* alle katholisch sind und die katholische Kirche in Französisch-Polynesien im Gegensatz zur protestantischen leider keine klare Position zugunsten der Atomtestopfer einnimmt. (Photo v.l.n.r: Lorenz Gonschor, John Doom und Bruno Barrillot in Strassburg)

Erörtert wurde nun, welche nächsten Schritte zu tun sind, um den Anliegen der Testopfer weiter zum Erfolg zu verhelfen. Neben der radiobiologischen Untersuchung durch die Universität Massey ist auch eine systematische medizinische Untersuchung aller Testopfer, sowohl der ehemaligen Arbeiter als auch der Anwohner der benachbarten Inseln, notwendig. Innerhalb des existierenden medizini-

schen Systems Französisch-Polynesiens ist dies aber nicht möglich, da die medizinische Versorgung auf den äußeren Inseln mangelhaft ist und die offiziellen Ärzte nicht unabhängig sind, sondern das System der Desinformation über Strahlenkrankheiten mitgetragen haben. Statt dessen sollte die Untersuchung durch eine unabhängige Gruppe international anerkannter auf Strahlenkrankheiten spezialisierter Ärzte durchführen.

Was für erschreckende Ergebnisse eine systematische medizinische Untersuchung aller Veteranen ergeben würde, zeigte Bruno Barillot mit der Präsentation statistischer Daten, die die französische Veteranenvereinigung AVEN aufgrund der Angaben ihrer Mitglieder erstellt hatte. Danach sind 28,4% der Veteranen an Krebs erkrankt, während die Krebsrate in der Durchschnittsbevölkerung nur bei 17% liegt. Hinzukommt, dass nur 6,6 % der Veteranen völlig gesund ist, während fast alle an irgend einer Krankheit leiden.

Neben diesen statistischen Werten kommt aber auch immer mehr Beweismaterial in Form von Fotos ans Licht, die Veteranen während ihres Dienstes in den Testanlagen verbotenerweise aufgenommen hatten und in vielen Fällen bislang umstrittene Aussagen belegen können.

Wenn durch diese Untersuchungen erst einmal genügend Beweise erbracht sind, könnte man als nächsten Schritt Frankreich auf Schadensersatz verklagen. Auch der Zugang zu den Gesundheitsakten der Veteranen müßte gerichtlich einklagbar sein, garantiert doch ein neues Gesetz seit diesem Jahr allen Patienten Einsicht in ihre Akten.

Das Kernproblem bleibt aber schließlich immer noch die offizielle französische Staatsdoktrin, die davon ausgeht, die französischen Atomtests seien im Gegensatz zu denen der USA und Großbritanniens „sauber“ gewesen, weshalb es auch keine gesundheitlichen Probleme geben könne. Nur wenige französische Politiker sehen das anders und insofern ist auch das weitere Lobbying von Parlamentariern eine wichtige Aufgabe der Solidarität mit den Testopfern. (Lorenz Gonschor, Tübingen)



### *Bericht aus anderen Vereinen*

#### IPPNW - Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung

Julia Ratzmann bat mich, etwas über die IPPNW zu schreiben. In einem zurückliegenden Gespräch hatte sie erfahren, dass wir, meine Frau Reingard und ich, seit 1980 Mitglieder in dieser Organisation sind. Die IPPNW hat uns fasziniert, weil in ihr Mediziner auf beiden Seiten des sogenannten eisernen Vorhangs, der damals die Blöcke Ost und West teilte, für eine Welt ohne atomare Bedrohung kämpften, eine atomare Bedrohung, die von den Atomsprenköpfen der Waffen und von der zivilen Atomkraft ausgeht. Es ging und geht der IPPNW um die Prävention von Kriegen und deren gesundheitliche, soziale und politische Auswirkungen weltweit und um die Aufklärung der Bevölkerung über diese Risiken. Inzwischen ist sie eine Organisation mit ca. 250.000 Mitgliedern in 85 nationalen Sektionen. Hervorgegangen ist sie aus einer amerikanischen Ärzteorganisation „Physicians for social responsibility“, 1961 in Boston gegründet, die sich mit den medizinischen Auswirkungen des Atomkriegs beschäftigte. Dieser Organisation war es maßgeblich zu verdanken, dass 1963 ein überseeischer Atomwaffenstopp-Vertrag von Amerika unterzeichnet wurde. 1979 ereignete sich einen Tag nach Erscheinen einer Anzeige dieser Organisation, in der sie die Abschaffung der Atomwaffen und die Stilllegung von Atomkraftwerken forderte, die Atomreaktorkatastrophe von Three Mile Island. Das war der Beginn einer US-amerikanischen Ärztebewegung mit einer großen Aufklärungsveranstaltung und Briefen an Carter

und Breschnew. Der Brief an Breschnew wurde damals auf der ersten Seite der *Prawda* veröffentlicht. Der Kardiologe Prof. Lown, dessen Gradeinteilung von Rhythmusstörungen des Herzens jedem Mediziner ein Begriff ist, wandte sich mit Kollegen an den Moskauer Kardiologen Prof. Chazov, der auch persönlich betreuender Kardiologe des Präsidenten Breschnew war, mit dem Vorschlag eine gemeinsame Organisation zu gründen. 1980 gründeten drei US- Kardiologen und drei Sowjet- Kardiologen, unter ihnen Lown und Chazov, die IPPNW - International Physicians for the Prevention of Nuclear War. Jährliche Kongresse wurden verabredet, solange die nukleare Bedrohung weiter bestehe. Hauptziel war unter anderem die Durchsetzung eines internationalen Atomwaffen- Teststops. Eine IPPNW- Analyse hatte ergeben, dass nur dadurch der Rüstungswettlauf zum Stehen gebracht werden könne. Die IPPNW trat außerdem für das individuelle Recht auf Asyl ein und beteiligte sich 1997 an einer internationalen Anti- Personen- Landminen- Kampagne. 1998 sprach sich die IPPNW gegen die zivile Nutzung der Atomenergie aus. Für ihre Arbeit hat die Organisation 1984 den Friedenspreis der UNESCO und 1985 den Friedensnobelpreis bekommen. Der Schwerpunkt der IPPNW- Arbeit ist auch für die Zukunft die Verhinderung von Kriegen und die Bearbeitung und Lösung von Konflikten auf friedlicher Basis. Sie hat sich in diesem Sinne in Bosnien- Herzegowina und Kroatien engagiert. Ein zentraler Vermittler bei der Lösung solcher Probleme war von Beginn an der Psychoanalytiker Horst- Eberhard Richter. Zur Zeit beschäftigt sich die IPPNW mit der Konfliktbearbeitung der Amerikaner unter dem Motto "Krieg ist keine Lösung um Terror zu überwinden". Im Bereich der Atomenergie ist insbesondere die Firma Siemens im Blickfeld. Ganz aktuell ist die Kritik am weltweit führenden Atomkraftwerk- Hersteller Siemens-Framatom, der sich bemüht, Finnland zwei angeblich supersichere Reaktortypen aufzudrängen.

Kontaktadresse: IPPNW Sektion Deutschland, Körtestr.10, 10967 Berlin

Helmut Pantlen, Hamburg

Über den Autor: Das Arztehepaar Dr. Reingard und Helmut Pantlen war im Jahr 2000 erstmals auf einer Mitgliederversammlung des Pazifik-Netzwerkes in Hannover. Beide sind seit dieser Zeit Mitglieder unseres Vereins und gern gesehene Gäste beim Hamburger Pazifikstammtisch.



### *Buchrezension*

Christoph Antweiler 2001/\_2002: Ethnologie lesen. Ein Führer durch den Bücher-Dschungel. Arbeitsbücher: Kulturwissenschaft Band 1; 260 S., br., 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, LIT Verlag Münster-Hamburg-London, 17.90 €, ISBN 3-8258-5608-9, <http://www.litverlag.de/reihe/abkuwi>

Im Herbst 2001 begründet der Lit-Verlag die neue Reihe Arbeitsbücher: Kulturwissenschaft mit Band 1 „Ethnologie lesen“. Drei Monate nach Erscheinen war die erste Auflage des „Führers durch den Bücher-Dschungel“ bereits vergriffen, ein Kompliment für Autor und Verlag, die prompt eine erweiterte Neuauflage auf den Markt brachten.

Christoph Antweiler unterrichtet seit 1996 als Professor für Ethnologie an der Universität Trier im Nebenfach praxisorientiert - gegenwartsbezogen - interdisziplinär mit Schwerpunkten wie internationale Beziehungen, Entwicklungsländer, Geschlechterkonstruktion und Interkulturalität.

Mit seinem Führer durch den Bücher-Dschungel serviert Christoph Antweiler einem kulturwissenschaftlich interessierten Leserkreis eine Bibliographie zur breitgefächerten ethnologischen Literatur auf dem Silbertablett und als Kompass das Inhaltsverzeichnis frei Haus dazu: <http://userpage.fu-berlin.de/~ethnolog/studium-antweilerbuch.htm>.

Die Auswahl zu „Ethnologie lesen“ hat Antweiler nach seiner persönlichen Erfahrung in Forschung und Lehre getroffen. Der universitären Alltagspraxis angemessen, hat er die Bibliographie in 10 Abteilungen organisiert, also in 1. Allgemeine Ethnologie: Einführungen, Lehrbücher, Zeitschriften, 2. Allgemeine Ethnologie: Nachschlagewerke, Kompendien, Hilfsmittel, 3. Fachgeschichte, Theorien, Methoden und Kontroversen, 4. Sachgebiete, 5. Regionen, 6. Aktuelle Themen aus anthropologischer Perspektive, 7. Anwendung der Ethnologie, 8. Populärethnologie mit Einführungen die für eine breite Leserschaft geschrieben sind, 9. Über den Tellerrand hinaus: Einblicke in andere Wissenschaften und 10. Basiswissen (Neuaufgabe).

Didaktisch klug hat Antweiler die komplexe Fachliteratur innerhalb der Kapitel in Einstieg, Grundlagen und Überblick, Vertiefung und heutiger Forschungsstand, Sammelbände und Zeitschriften von Themen her organisiert. Der Führer durch den Bücher-Dschungel legt Ethnologen nahe, durch das wissenschaftliche Gebäude hindurch, in die einzelnen Abteilungen zu gehen oder sich populärwissenschaftlich anhand von Sachbüchern (8.2) und pseudoethnologisch über Romane (8.4.) der Disziplin zu nähern.

Die bibliographischen Angaben enthalten ganze Autorenvornamen, Verlage und Reihentitel sowie Hinweise auf Originalausgaben und frühere Auflagen. In kursiv gedruckten Kommentaren beschreibt der Autor den Inhalt, nennt Besonderheiten, liefert Bewertungen sowie Hinweise auf das Niveau und Subregionen.

Der Pazifik gehört aus europäisch-ethnologischer Perspektive - wie Amerika 5.2.1, Afrika 5.2.2, Mittlerer Osten und Nordafrika 5.2.3, Asien 5.2.4 und die Polargebiete 5.2.6 - in die Abteilung 5.2 Weltregionen. Europa wurde in der ersten Auflage in Abteilung 6. Aktuelle Themen präsentiert, in der Neuaufgabe 5.3 wie die Weltregionen in einem eigenen Kapitel aufgefächert.

Mit einem Faibles für den Pazifik suchte ich den Einstieg in das 250 Seiten umfassende, gebundene Rezensionsexemplar der ersten Auflage zunächst in der Abteilung 5. Regionen, 5.2.5 Pazifik. Die Lese-Liste zum Pazifik enthält Sammelbände und Fallstudien zur gesellschaftlichen Entwicklung, zum sozio-politischen Wandel, zu modernen Fragen der kollektiven Identität, sowie zur Geschichte Ozeaniens vom Pleistozän bis zur Gegenwart, unterteilt in: Überblicke zu Ozeanien insgesamt (12 Titel), Polynesien (4 Titel), Mikronesien (3 Titel), Melanesien (4 Titel) und Australien (9 Titel).

Auf der Suche nach relevanter ethnologischer Literatur für die inhaltliche und programmatische Arbeit des Pazifik-Netzwerkes, ging ich die per Email zugestellte, 350 seitenlange Neuaufgabe der Bibliographie durch, setzte Titel und Kommentare in Bewegung und entdeckte im Bücher-Dschungel weitere, thematisch, methodisch, angewandt oder global verhängte Fallstudien, Aufsätze und Literatur zur „Samoa-Kontroverse: Freeman vs. Mead“ (3.8-2001:44f), zur „Kontroverse um Umweltverhalten indigener Völker“ (3.8-2001:49), der „Debatte um lokales Wissen und geistiges Eigentum“ (3.8-2001:50) sowie zur „Debatte über Captain Cooks Tod auf Hawaii 1778/79“ (3.8-2001:52).

Die folgenden Beispiele fand ich über Suchbegriffe Neuguinea und Pazifik, in der Neuauflage: „Beyond the Second Sex. New Directions in the Anthropology of Gender, 1990; einer klassischen Diskussion anhand neuer Fallbeispiele, u.a. aus den USA, Afrika und Neuguinea.“ (4.15-2002) oder „Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gemeinschaften. „..ein ethnologisch gebildeter Evolutionsbiologe mit viel Felderfahrung im Pazifik untersucht Wirkungen geographischer Konstellationen und klimatische Bedingungen in der Geschichte des Menschen ... informativ, spannend geschrieben, zum Denken anregend und antirassistisch; insgesamt ein großer Wurf.“ (Antweiler 10.7-2002).

Die kommentierte Bibliographie erschließt die ethnologische Fach- und Populärliteratur einer breiten Öffentlichkeit. Wir waren uns auf der Tagung „Aus der Ferne in die Nähe - Neue Wege der Ethnologie in die Öffentlichkeit“ (Rundbrief Nr. 51/02) einig, dass sich die Vorstellung des „Führers durch den Bücher-Dschungel“ für sozial und kulturwissenschaftlich engagierte Menschen in jedem Fall lohnt.

Von der Gesamtauswahl angetan, von einigen Kommentaren irritiert, griff ich beim Lesen der Bibliographie ins Regal, entstaubte, blätterte, sortierte aus, stellte Bücher um und las nach – kurzum der Führer durch den Bücher-Dschungel motiviert und verführt zum Nachschlagen und zu mehr „Ethnologie lesen“!

Heide Lienert-Emmerlich, Norderstedt



### *Aus dem Arbeitsalltag von Stephanie Schüller, Missio München*

Missio München ist einer der beiden deutschen Zweige des Päpstlichen Missionswerkes und als solches zuständig für die bayerischen Diözesen und das Bistum Speyer.

Missio München hat die Aufgabe, missionarisches Bewusstsein zu fördern, Brücken weltkirchlicher Solidarität und Geschwisterlichkeit zu bauen und die pastoralen Aufgaben der Ortskirchen in Afrika, Asien und Ozeanien finanziell zu unterstützen. So hilft Missio mit, die christliche Frohbotschaft bis an die „Grenzen der Erde“ zu verkünden.

Missio München versteht sich in weltkirchlicher Verbundenheit als Partner der Jungen Kirchen, die vor vielfältigen Herausforderungen stehen: In vielen Regionen leben sie als Minderheit, leiden unter gesellschaftlicher Benachteiligung oder gar Unterdrückung. Sie sind weitgehend eine Kirche der Armen und können die finanziellen Lasten der Seelsorge noch nicht aus eigener Kraft tragen.

Missio München orientiert sich am neuen Missionsverständnis der Kirche, das v.a. durch das II. Vatikanum und die nachfolgenden Missionszyklen (EN, RM) grundgelegt wurde. Ebenso handlungsleitend sind die Prinzipien der Katholischen Soziallehre, insbesondere der Grundsatz der Subsidiarität. Entsprechend hat die Eigeninitiative der Partnerkirchen Vorrang, deren Dienste ein Zeichen der gelebten Option für die Armen ist.

Die von Missio München gewährte finanzielle Unterstützung ist grundsätzlich Hilfe zur Selbsthilfe, die sich an den Bedürfnissen und Prioritäten der Ortskirchen Afrikas, Asiens und Ozeaniens ausrichtet.

Missio München kann die Pastoralarbeit der Ortskirchen dank der Spenden vieler engagierter Katholiken, nach Maßgabe der jeweils vorhandenen Mittel, in folgenden Bereichen unterstützen:

- *Ausbildung von Mitarbeitenden in der Seelsorge* (z.B. Aus- und Fortbildungsprogramme für Laien, Katechisten, Schwestern, Brüder und Priester)
- *Verkündigungsdienst* (z.B. Evangelisierungsprogramme, Inkulturationsprogramme)
- *Strukturelle Stärkung der Ortskirchen* (z.B. Aufbau und Stützung Kleiner Christlicher Gemeinschaften und Pfarrgemeinderäte, Unterstützung einzelner Kommissionen und Büros auf diözesaner, nationaler und regionaler Ebene, Zusammenschluss von Ordensgemeinschaften)
- *Bibelapostolat* (z.B. Bibelübersetzungen, Biblische Unterrichtsmaterialien, Bibelkurse)
- *Pastoralprogramme* (z.B. Ehe- und Familienpastoral, Frauenpastoral – "Empowering of women", Jugendpastoral, Randgruppenpastoral (Waisen, Straßenkinder, Flüchtlinge, Häftlinge,...), Aidspastoral)
- *Medienapostolat* (z.B. Religiöses Schrifttum, Arbeit mit Presse, Rundfunk, Fernsehen, Produktion von Audio- und Videokassetten, Ausbildung in Medienarbeit und Kommunikation)
- *Ökumene und Interreligiöser Dialog* (z.B. Förderung des Interreligiösen Dialogs durch Begegnungsprogramme, Durchführung ökumenischer Projekte, Aus- und Fortbildung kirchlichen Personals für den Interreligiösen Dialog)
- *Einsatz der Kirche für Menschenrechte* (z.B. Unterstützung von Menschenrechtskommissionen, Verteidigung der Rechte von Verfolgten sowie von religiösen und kulturellen Minderheiten, Bewahrung der Schöpfung)
- *Bereitstellung der nötigen Infrastruktur für die Pastoralarbeit* (z.B. Kirchliche Bauten, Einrichtungsgegenstände, Kommunikationsmittel, Technische Hilfsmittel, Wasserversorgung für kirchliche Einrichtungen, Fahrzeuge)
- *Weitergabe von Mess-Stipendien* (für Diözesen und religiöse Gemeinschaften)
- *Not- und Katastrophenhilfe* (in begrenztem Rahmen)

Von der Förderung ausgeschlossen sind:

- Schuldentilgung
- Nachfinanzierungen
- Gehälter und laufende Kosten
- Zahlungen an Fonds der Projektpartner

Welche Informationen sollte ein Projektantrag enthalten?

- Auskunft über den Antragsteller
- Situationsbeschreibung (Beschreibung des Umfelds des Projektes: geographisch, politisch, wirtschaftlich, sozio-kulturell, religiös-pastoral)
- Projektbeschreibung (es sollte detailliert aufgeführt werden, für welche Maßnahmen eine finanzielle Unterstützung beantragt wird)
- Kostenvoranschlag
- Finanzierungsplan (Gesamtkosten, Eigenleistung, Beihilfe von anderen Organisationen und erbetene Hilfe von Missio München)
- Empfehlung (durch den Ortsbischof oder den/die zuständige Höhere/n Ordensoberen/Ordensoberin).

Projekte, die per e-mail geschickt werden, werden von Missio München nicht bearbeitet, bis ein schriftlicher Antrag, der vom Antragsteller unterschrieben wurde und die nötigen Empfehlungen ent-

hält, folgt. Eine evtl. Förderung hängt nicht von einer bestimmten Gesamtsumme o.ä. ab. Auch kleine Projektvorhaben (z.B. für € 1.000,-) haben eine Chance zur Förderung.

Im Jahr erreichen Missio München ca. 2.000 Projektanträge. Ca. die Hälfte hiervon kommt aus Afrika (Schwerpunktländer sind hier die Dem. Rep. Kongo, Uganda, Kenya, Tanzania, Nigeria, Zambia, Zimbabwe, Südafrika, Sudan, Burkina Faso). Asien bildet hier den zweiten großen Block. Schwerpunktländer sind hier v.a. Indien und die Philippinen. In Ozeanien bildet Papua New Guinea das Schwerpunktland.

Die Abwicklung eines Projektantrages vom Eingang bis zur Ablage sieht folgendermaßen aus:

- Registrierung (Erfassung über EDV)
- Studium (evtl. schriftliche Rückfragen zur näheren Information)
- Einholung von Gutachten (z.B. bei Bibel- oder Medienprojekten)
- Ausarbeitung der Projektvorlage für die Projektsitzung
- Entscheidungsfindung in der Projektsitzung (Leitung durch den Präsidenten von Missio München)
- Rückmeldung an den Projektpartner
- Vermittlung an mögliche Spender bei dafür geeigneten Projekten
- Projektbegleitung (Überweisung, Rückmeldung durch den Projektpartner, Zwischenberichterstattung, Schlussberichterstattung)

Natürlich spielt auch für eine partnerschaftliche Beziehung eine gute Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten eine große Rolle. So unternimmt jeder Referent/in, einmal im Jahr eine mehrwöchige Reise in eines unserer Partnerländer.

Die Auslandsabteilung Missio Münchens arbeitet im Inland mit verschiedenen Hilfswerken (wie z.B. Missio Aachen, MISEREOR, CARITAS, Adveniat, Evangelisches Missionswerk Neuendettelsau, etc.), den Missionsreferaten der Bayerischen Bistümer, den Missionsorden bzw. deren Prokuren und Fachstellen (wie z.B. der Kath. Bibelföderation, CAMECO, Missionsärztliches Institut) zusammen.

Auch pflegen wir eine gute Zusammenarbeit mit Hilfswerken im Ausland (z.B. Dka Austria, Schweizer Fastenopfer, CAFOD in England), Fachstellen und Beratern (Vertrauensleute in den Ortskirchen) und natürlich mit unseren Projektpartnern.

Jährlich besuchen uns ca. 300-350 Gäste, davon ca. ein Drittel Bischöfe. Die Besucherbetreuung umfasst Gespräche zur Lage im Land und der Ortskirche, zur sozialen und pastoralen Arbeit in der Diözese oder Ordensprovinz, zu einzelnen Projektvorhaben. Auch nutzen viele Besucher Missio München als Anlaufstelle für ihre Reisen zu den Hilfswerken in Europa und sie können mit Hilfestellung bei der Reiseorganisation rechnen. Wenn Gäste mehrere Tage im Haus bleiben (übernachten), stehen ihnen Gästezimmer zur Verfügung. Die „Niederbronner Schwestern“ unterstützen die Auslandsabteilung bei der Betreuung und Bewirtung der Gäste. Durch die persönlichen und brieflichen Kontakte hat sich zu einer Reihe von Kirchenvertretern eine vertrauensvolle, partnerschaftliche Beziehung aufgebaut, die wiederum der Arbeit des Werkes zugute kommt.

Zum Kollegium der Auslandsabteilung: Wir sind ein Team von acht Kolleginnen und Kollegen – die Abteilungsleiterin, vier Referenten/-innen (2 \_ für Afrika, zwei für Asien und Ozeanien), eine Sachbearbeiterin für die Förderprojekte und zwei Fremdsprachensekretärinnen.

Kontakt und Information:

Missio München, Pettenkoflerstraße 26, 80336 München, Tel.: 089/51 62 0, Fax: 089/51 62 335  
e-mail: [missio@missio.de](mailto:missio@missio.de), Internet: [www.missio-muenchen.de](http://www.missio-muenchen.de)

Stephanie Schüller, München

Über die Autorin: Stephanie Schüller (Diplom-Soziologin) ist in der schönen Eifelstadt Prüm aufgewachsen. Nach ihrem Studium in Trier hat es sie in den Süden nach München verschlagen. Seit nunmehr 4 \_ Jahren ist sie in der Auslandsabteilung Missio Münchens und zuständige Referentin für den Bereich Südostasien, Ozeanien und das Südliche Afrika.



## *Erklärt!*

### Das Missionswerk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

MWB – eine der unzähligen Abkürzungen im kirchlichen Bereich, die es in sich haben. Hinter diesen drei Buchstaben verbirgt sich die größte Einrichtung der Bayerischen Landeskirche mit einer höchst interessanten Geschichte und einem universalen Auftrag: das „MissionsWerk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“.

Die Wurzeln des heutigen Missionswerkes gehen zurück auf Wilhelm Löhe, der Mitte des 19. Jahrhunderts in dem kleinen Dorf Neuendettelsau, ca. 40 km südwestlich von Nürnberg gelegen, als Dorfpfarrer seinen Dienst versah. Mission in einem umfassenden Sinn war für ihn ureigenstes Anliegen der Kirche. *„Mission ist nichts anderes als die Aufgabe, die Kirche Jesu zu berufen, zu sammeln, zu erleuchten und zu erhalten...“* (Wilhelm Löhe, 1850).

Mit dem Ziel, weltweit Menschen in diese Kirche Jesu Christi zu sammeln und einzuladen, sandte er im Jahre 1842 erste „Nothelfer“ nach Nordamerika, die dort mit den unzähligen Auswanderern zusammenarbeiten sollten. Fünf Jahre später, 1847, begann er in einem eigens eingerichteten Missionsseminar mit der Ausbildung von Missionaren. Die „Gesellschaft für innere Mission im Sinne der lutherischen Kirche“ – 1849 von Löhe gegründet – schickte erstmals 1852 sog. „Sendlinge“ nach Osteuropa aus. Gut 20 Jahre später wurden ab 1875 Missionare auch nach Australien gesandt, wo sie unter den zahlreichen Auswanderergemeinden evangelistische und diakonische Aufgaben wahrnahmen. Nach vielen Umwegen gelang es dann 1886 in der damaligen deutschen Kolonie „Kaiser-Wilhelms-Land“, dem heutigen Papua-Neuguinea, ein neues Missionsgebiet zu eröffnen. Etwa zur gleichen Zeit begann die Hersbrucker Mission mit in Neuendettelsau ausgebildeten Missionaren ihre Arbeit in Ostafrika, dem heutigen Tansania.

Theologisch ging Löhe von der einen weltumspannenden Kirche aus, die den Auftrag hat, alle Menschen zur Gemeinschaft mit Gott einzuladen. Die Vision dieses einfachen Dorfpfarrers hat in ungeahnter Weise Früchte getragen. Aus den ehemaligen „Missionsgebieten“ sind inzwischen längst eigenständige Kirchen hervorgegangen. Neuguineische Christen sagen es heute so: „Früher seid ihr unsere Mutterkirche gewesen – heute sind wir geschwisterlich miteinander verbundene Partner“. Folgerichtig sprechen wir heute auch nicht mehr von „Missionsfeldern“, sondern von „gleichberechtigten Partnerkir-

chen“, die mittlerweile über eigene kompetente Führungskräfte, eigene Verantwortungs- und Verwaltungsstrukturen verfügen. Für die Missionsgesellschaften bedeutete dieser Prozess freilich eine deutliche Herausforderung, die vielerorts als „Krise der Mission“ empfunden und bezeichnet wurde. Man kann es aber auch positiv sagen: *„Die Krise der Mission ergab sich aus ihrem faktischen Erfolg – weil aus ihrer Arbeit junge Kirchen wuchsen, die nun selbst missionarische Kirchen und Glieder der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen sein wollten.“* (G. Brennecke)

Während in Übersee der Wandel von Missionsgebieten zu eigenständigen jungen Kirchen stattgefunden hatte, kam es auch innerhalb der bayerischen Landeskirche zu tiefgreifenden Neuansätzen. Herkömmlich lag das Thema „Mission“ in den Händen verschiedener Missionsgesellschaften, die zwar mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) verbunden, aber im Grunde als eigenständige Vereine organisiert waren. Im Klartext bedeutete dies, dass die Verzahnung zwischen verfasster Kirche und Mission nicht allzu intensiv war. Seit den 50er Jahren setzte sich mehr und mehr die (eigentlich alte) Erkenntnis durch, dass Mission und Kirche nicht zwei unterschiedliche Dinge sind, die nebeneinander her existieren, sondern dass Mission ein Wesenselement der Kirche ist. Diese Einsicht, *„dass das In-die-Welt-gesandt-sein, die Weltmission, zum Wesen der Kirche gehört“* (W. Freytag), hat dazu geführt, dass 1961 in Neu Delhi der Internationale Missionsrat (gegr. 1921) und der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK, gegr. 1948) zusammengeführt wurden. Damit waren die Weichen für ein Ineinander von Kirche und Mission gestellt. Strukturelle Früchte hat diese Einsicht in der ELKB dann 1971 getragen, indem die Synode der ELKB mit ihrem „Kirchengesetz über Weltmission und ökumenische Arbeit“ die Gründung des heutigen MWB beschlossen hat.

Heute ist das MWB mit seinen etwa 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern v.a. in drei Bereichen engagiert:

- im Arbeitsbereich Deutschland
- im Arbeitsbereich Afrika und
- im Arbeitsbereich Papua-Neuguinea-Pazifik-Ostasien (PPO) (hier ist die Pazifik-Infostelle angesiedelt)

In allen drei Bereichen geht es um den einen ganzheitlichen Auftrag, den die EKD-Synode 1999 so formuliert hat: *„Wir haben den Auftrag, Menschen die Augen zu öffnen für die Wahrheit und die Schönheit der christlichen Botschaft. Wir wollen sie dafür gewinnen, dass sie sich in Freiheit an Jesus Christus binden und sich zur Kirche als der Gemeinschaft der Glaubenden halten.“* Im Grunde geht es also darum, dass Menschen in ihrem Leben dem dreieinigen Gott begegnen, an ihn glauben und sich in ihrem Glauben entfalten können. So gesehen findet Mission überall da statt, wo wir Menschen einladen, den Schritt heraus aus dem Unglauben hinein in den Glauben an Jesus Christus zu wagen. Das geschieht in den drei Arbeitsbereichen des MWB auf ganz unterschiedliche Weise.

Im Arbeitsbereich Deutschland bietet das MWB ein breites Spektrum von Aktivitäten an, angefangen von Bildungsveranstaltungen zu missionarischen und ökumenischen Themen über Einsätze in Schulklassen und Konfirmandenstunden bis hin zu Ausstellungen und literarischen Veröffentlichungen. Dabei geht es immer auch darum, die Anliegen von Mission und Ökumene sowie unserer Partnerkirchen in Kirche und Öffentlichkeit deutlich zu vertreten, für arme und „vergessene“ Menschen die Stimme zu erheben und für ein gewaltfreies Miteinander der Anhänger verschiedener Religionen einzutreten. Innerhalb der ELKB begleitet und fördert das MWB Dekanatsbezirke und Gemeinden bei der Wahrnehmung ihrer missionarischen Verantwortung. Dies geschieht vor allem durch die Begleitung der Arbeit von derzeit etwa 80 Partnerschaftsgruppen in Bayern.

Und nicht zuletzt steht das MWB in der Fürbitte für unsere Partnerkirchen ein, die mit zum Teil dramatischen Veränderungen in ihren jeweiligen Ländern zurechtkommen müssen und den Menschen Halt und Orientierung geben wollen.

Die Arbeitsbereiche in Übersee, insbesondere in Afrika und im asiatisch-pazifischen Raum sind alle dahingehend konzipiert, dass sie die Eigenständigkeit unserer Partnerkirchen fördern und stärken sollen. Im Gegenüber und in der Abgrenzung zu einer Vielzahl von neuen Kirchen und Sekten versucht das MWB gemeinsam mit den Partnern das lutherische Selbstverständnis so zu profilieren, dass eine kontextuelle „lutherische Identität“ vertieft und nach aussen hin transparent gemacht wird. Darüber hinaus reicht das Engagement des MWB von der Unterstützung missionarischer Aktivitäten unter Ungetauften bis hin zur Förderung nachhaltiger Entwicklungsprogramme und -projekte zur Verbesserung der elementaren Lebensgrundlagen von Menschen v.a. in ländlichen Gebieten.

Da im internationalen zwischenkirchlichen Beziehungsnetz die Begegnung von Menschen ein erstrangiges Medium der Verbundenheit darstellt, fördert das MWB in erster Linie den Austausch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zur Zeit sind es jeweils etwa 40 Mitarbeitende im Bereich Afrika und PPO, die in ganz unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern unserer Partnerkirchen eingesetzt sind. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt dabei auf der Aus- und Fortbildung von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Bereichen kirchlichen Handelns, um die einheimische Kompetenz in Gemeinden und Institutionen zu fördern. So erstrecken sich die Tätigkeitsfelder z.B. auf das Unterrichten an theologischen Seminaren, die Arbeit in Krankenhäusern und im gesamten Gesundheitsbereich über die Betreuung landwirtschaftlicher Entwicklungsprojekte bis hin zur Beratung und Begleitung in Verwaltungsangelegenheiten.

In erster Linie zielen die Beziehungen mit unseren Partnerkirchen aber auf den geistlich-theologischen Austausch sowie auf Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur. Finanzielle Angelegenheiten sind dem zu- und nachgeordnet. Gestaltet werden diese partnerschaftlichen Beziehungen mit Christen und Kirchen in der Ökumene vorrangig im Rahmen von internationalen Kooperationsgremien, in denen neben dem MWB auch Kirchen aus Australien, Amerika und anderen Ländern vertreten sind.

Da Partnerschaft kein „Einbahnstraßen-System“ ist, fördert das MWB verstärkt den mehrseitigen Austausch qualifizierter Mitarbeitender, nicht nur in Nord-Süd - Richtung, sondern zunehmend auch in Süd-Nord- und Süd-Süd - Richtung. So gibt es inzwischen fünf Mitarbeitende aus Afrika und Papua-Neuguinea, die als Austauschpfarrer in Gemeinden der ELKB eingesetzt sind. Als ökumenische Mitarbeiter bringen sie ihre Gaben und Erfahrungen in die Gemeinschaft der Christen ein und sind Brückenbauer zwischen den Kirchen und Kulturen.

Denn wie es für einzelne Christinnen und Christen gilt, so sieht sich auch das MWB als Glied am Leib Christi und damit als ein Teil der einen weltweiten Kirche Jesu Christi, die sich verpflichtet weiß, *„die Botschaft von der versöhnenden und friedensstiftenden Liebe Gottes in Jesus Christus in Wort und Tat weiterzugeben. Daraus folgt der missionarische Auftrag, Menschen in die Gemeinschaft mit Gott zu rufen, damit sie durch Glaube und Taufe Glieder am Leib Christi werden. Verbunden ist damit die ökumenische Aufgabe, an der sichtbaren Einheit der Christenheit mitzuarbeiten. Mission und Ökumene sind damit Wesensmerkmale und Lebensäußerungen der Kirche.“* (Kirchengesetz über Mission und Ökumene, 1995)



## Feuilleton

Nach meiner Rückkehr aus dem Pazifik Mitte Oktober entspannte sich zwischen mir und einigen Mitgliedern des Pazifik-Netzwerk-Vorstandes eine angeregte Diskussion per Email über den Sprachgebrauch in unseren Publikationen. Die Diskussion entzündete sich an einem Beitrag im online Australian Newsletter zum Begriff „Aborigines“. Der Redakteur, selbst australischer Staatsbürger, hatte Argumente gesammelt, um auf die korrekte Bezeichnung der australischen Ureinwohner aufmerksam zu machen. Im newsletter heißt es:

*„Europäische Berichterstattung über Aborigines in jeder Form steht unbewusst in der Tradition kolonialistischer Publizistik der letzten beiden Jahrhunderte. Auch wenn Journalisten und erzählende Besucher sich voller Engagement mit der Geschichte auseinandersetzen und für aktuelle Belange und Probleme einsetzen, so leidet die Sprache doch unter dem unbewussten Vorhandensein latent rassistischer Begriffe. Auch größere Veröffentlichungen über Begegnungen in aboriginalen Gemeinschaften, denen eine umfangreiche Recherche vorangegangen ist, sind meist nicht frei von Schubladendenken, stereotyp-rassistisch gefärbter Sprache und Begrifflichkeit.*

*Das größte Problem liegt im allgegenwärtigen Begriff "Aborigines" - es gibt in deutschen Medien offenbar nur diese Bezeichnung für Schwarzaustralier, die zur Abwechslung gerne auch mal "Ureinwohner" genannt werden. Der Begriff "Aborigines" kommt aus dem Lateinischen und benennt die Menschen, die sich von Anfang an an einem Ort aufhielten. Die australischen "Aborigines" sind also diejenigen, die vor den Europäern das Land besiedelten und von ihm lebten. Es handelt sich also um einen Überbegriff, eine Kategorie, die den Menschen von außen gleichermaßen gewaltsam aufgezwungen wurde. Diese Schublade lässt wenig oder keinen Platz für Unterschiede und beinhaltet alle Implikationen der "terra nullius"-Idee.*

*Bei den Völkern, die sich vor 1788 in Australien und Tasmanien aufhielten, handelt es sich aber nicht um eine kulturelle Einheit, wie der Begriff nahe legt, sondern um verwandte, aber klar differenzierte Gruppen mit unterschiedlichen Sprachen und Traditionen. Diese Vielfalt besteht in anderer, zwangsläufig reduzierter Form auch heute fort. Der Begriff geht auch von einer kulturellen Statik aus, welche die Menschen auf die Stunde null der weißen Besiedelung Australiens festlegt. Aus diesen Gründen lehnen australische Aborigine den stark vereinfachenden Dachbegriff Aborigines ab. Sie nutzen ihn selbst nicht zur kulturellen Identifikation. Keiner würde sagen: "I am an Aborigine". Sie bevorzugen die Begriffe der lokalen bzw. regionalen Sprachen und bezeichnen sich selbst z.B. als Koori oder Nyoongah. Die Tatsache, dass die australischen Völker als homogene, einheitliche Kultur dargestellt und unter einem Sammelbegriff gefasst werden, ist die wichtigste Stereotypie, ein Klischee dieser Menschen, denn: sie sind nicht alle gleich!*

*Der von Europäern aufgezwungene Begriff Aborigines war in der Vergangenheit mit rassistischem und sozial-darwinistischem Gedankengut verknüpft und ist daher im englischen Sprachgebrauch stark negativ besetzt. Diese Terminologie hat in der Vergangenheit zum einheitlich negativ geprägten Gesamtbild des schwarzen Australiens beigetragen. Nicht umsonst ist die Verkürzung auf die ersten drei Buchstaben ein starkes Schimpfwort in Australien.*

*Ein weiteres Problem ist die mit dem Begriff Aborigines verbundene Vorstellung, die Kulturen des schwarzen Australien seien uralte und befänden sich noch immer im Idealzustand ("edle Wilde") von 1788, als Captain Cook zum ersten Mal die Gestade des Fünften Kontinents betrat. Richtig ist vielmehr, dass in Australien die längste ununterbrochene Kulturgeschichte über 40.000 Jahre hinweg verzeichnet werden kann. Dennoch sind und waren diese Kulturen immer Außenkontakt und damit Wandel unterworfen - wie alle anderen Kulturen der Welt auch. Es verbietet sich deshalb, mit Floskeln von*

*"uralten Kulturen" deren Unbeweglichkeit zu beschwören und damit zu unterstellen, dass sie sich nie verändert hätten. Letztlich dienen sie nur dazu, die traditionelle aboriginale Lebensweise im Busch zu idealisieren. Auch nach dem verheerenden Kontakt mit den Briten sind die noch bestehenden Kulturen nicht degeneriert, sondern haben sich durchaus fruchtbar weiterentwickelt. Ein Zitat des schwarzen Aktivisten Jack Davis mag dies illustrieren: "what we're talking about today is just as important as the culture of our forefathers, before the white man came here, because that culture is still growing." Auch als Gast in Australien sollte man dies akzeptieren und die eigenen, romantisch-idealisierenden Vorstellungen vom traditionellen Leben im Busch über Bord werfen.*

*Von der üblichen Terminologie sollte man sich verabschieden: Weder der Begriff Aborigines noch der Begriff Ureinwohner sind im Hinblick auf die Geschichte nicht wirklich politisch korrekt und werden auch in Australien immer weniger verwendet. Stattdessen bieten sich mehrere Alternativen an: Farbige, Schwarzaustralier, Indigene und Aborigines (oder Aboriginale). Die Substantivierung des Adjektivs aboriginal bietet sich besonders an, weil sie am wenigsten kategorisierend wirkt und dem Einzelnen die gesamte Bandbreite an kulturellen Definitionsmöglichkeiten ermöglicht.*

*[...] Eine Übernahme dieser Terminologie kann mit geringem Aufwand einen latent rassistischen Sprachgebrauch vermeiden, der in der Regel ohnehin nur aus Unkenntnis verwendet wird. Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, das schwarze Australien sei kulturell vor 200 Jahren stehen geblieben, sollte gerade in Reiseberichten über Begegnungen im Busch auf alternative Formen aboriginalen Lebens in anderen Bereichen hingewiesen werden. Neuere Entwicklungen innerhalb der aboriginalen Gemeinschaften sind auch für den hiesigen Leser interessant und vermitteln ein realistischeres Bild von Black Australia."*

Der oben genannten Argumentation konnte ich folgen, so dass ich ebenfalls den Begriff „Aborigines“ für die künftige Publikationstätigkeit vorschlug. Daraufhin erreichten mich unterschiedliche Reaktionen aus dem Vorstand. Marion Struck-Garbe schrieb in ihrer Email: *„...der Austausch von Buchstaben am Ende des Wortes ändert nichts daran, dass es sich bei der Bezeichnung insgesamt um eine koloniale Erfindung und/oder Zuschreibung handelt, die ein Machtverhältnis demonstriert. ...Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Neugestaltung eines Wortes auch mit der Neugestaltung des Denkens bzw. der Schubladen einhergeht. Das finde ich naiv! Und warum soll frau/man nicht mehr „Ureinwohner“ sagen? Das ist doch eine Übersetzung des Begriffs „Indigene“.*

Ingrid Schilsky (Kassenwartin) schrieb: *„Mir stieß das Wort „Aborigines“ irgendwie sauer auf, Dein (J.R.) Unbehagen an dem Wort „Ureinwohner“ kann ich nicht ganz nachvollziehen. Ganz anders wäre das bei dem Begriff „Eingeborene“, aber „indigene Völker“ halte ich für unsere Publikationen für ok.“*

Mir persönlich verursacht der Begriff „Ureinwohner“ ein gewisses Unbehagen. Das hat sicher mit meiner ethnologischen Sozialisation zu tun, wo wir diese Begriffe zu vermeiden pflegten und in einer Art euphemistischer Umschreibung Neudeutsch von „indigenen Völkern“ sprachen (die aber tatsächlich nichts anderes sind als Ureinwohner). Genauer betrachtet könnte man unvoreingenommen ebenfalls den Begriff Eingeborener benutzen, denn wörtlich bedeutet er: „in einen Ort hineingeboren zu sein.“ Aufgrund der kolonialistischen Implikationen des Begriffes „Eingeborener“ ist diese Bezeichnung jedoch heute gänzlich unakzeptabel und in keinster Weise „politisch korrekt“.

Die internen Diskussionen nutzte ich zum Anlass, im Land selbst nachzufragen. Ein Kollege (Ethnologe an der Universität Canberra) sprach sich für den Begriff „Aborigines“ aus, dieser sei in Australien akzeptiert und hätte- im Gegensatz zu der abwertenden Kurzform „Abo“ - keine negative Konnotation. Das „Centre for Aboriginal Economic Policy Research“ an der National University in Canberra benutzt das Adjektiv „aboriginal“ und bezeichnet die Menschen als „indigenous Australians“. Außerdem wird

zur Beschreibung bestimmter Gruppen der Überbegriff „Aboriginal and Torres Strait Islander“ benutzt.

Eine Recherche auf der Internetseite von „Australian Anthropology and Aboriginal Australia“ unterschied zwischen dem Adjektiv „aboriginal“ und dem Substantiv „Aborigines“. Beide Recherchen waren nicht wirklich befriedigend, so dass ich mich an den französischen Linguisten und promovierten Ethnologen Frédéric Viesner wandte. Viesner hat monatelang unter verschiedenen Aborigines-Gruppen gelebt und sich vier verschiedene Lokalsprachen angeeignet. Er stellte ganz klar fest: *„Der Begriff „Aboriginals“ ist keinesfalls politisch korrekt. Aboriginal ist ein Adjektiv, das Wort „Aborigines“ dagegen ein Substantiv. Um Menschen zu beschreiben, benutze doch bitte „Aborigines“, für alle weiteren Bezeichnungen das Adjektiv, also z.B. „aboriginal Land Rights“, aber „Land Rights of the Aborigines.“*

Die australischen Ureinwohner waren nicht die einzigen, die uns in unseren online-Diskussionen beschäftigt haben. Ähnlich kann man nach der korrekten Bezeichnung fragen bei Moruroa oder Mururoa, dem Kioto-Protokoll/Kyoto-Protokoll, den Kanaken/den Kanaky, Fidschi oder Fiji etc.

Wir möchten den oben genannten Beitrag als Aufruf an alle LeserInnen nutzen. Was ist „politisch korrekt“, was ist kolonialistisch, was ist abwertend? Sollen wir uns an die deutsche Rechtschreibung der Länder halten (also Fidschi statt Fiji, Kioto statt Kyoto), oder wollen wir gleich die einheimischen Bezeichnungen nutzen unter der Gefahr, dass einige Leser dann nicht mehr wissen, über welches Land wir schreiben? Französisch-Polynesien hieße dann „Te Ao Maohi“.

Alle Leserbriefe können als Email oder als „normaler“ Brief an die Pazifik-Infostelle geschickt werden, sie werden in der nächsten Ausgabe des Rundbriefes an gleicher Stelle veröffentlicht.

Quellen: [http://www.australien-info.de/aborigines\\_presse\\_info.html](http://www.australien-info.de/aborigines_presse_info.html), <http://www.ausanthrop.net/>, <http://www.anu.edu.au/caepr/>, Email-Korrespondenz zwischen Julia Ratzmann, Jon Altman, Marion Struck-Garbe, Ingrid Schilsky und Frédéric Viesner.



### *Neues aus den Regionalgruppen*

◆ Der Berliner Pazifik-Stammtisch NEU! NEU! NEU! NEU! NEU! NEU!

Liebe Pazifik-Leute,

nach unserem ersten Stammtisch im September machen wir weiter. Wir haben uns entschieden, vor Weihnachten noch einen Termin zu machen:

Donnerstag, 28. November um 19.30 Uhr im griechischen Lokal "Kreuzberger Weltlaterne", Kohlfurter Str. 37, Nähe U-Bahn Kottbusser Tor.

Kontakt und Information über Monika Berg, Tel. 611 62 81 oder Email: [Mo-Berg@web.de](mailto:Mo-Berg@web.de)

◆ Der Pazifik-Stammtisch Tübingen

Auch im Südwestdeutschen gibt es nun endlich wieder einen Pazifikstammtisch. Wir treffen uns alle sechs bis acht Wochen in der Südstadt von Tübingen. Unser nächstes Treffen findet statt am Freitag, 29. November um 18 Uhr im Loretto Weinkeller in der Katharinenstr. 22. Wir freuen uns über alle Pazifik-Interessierten im „Ländle“.

Kontakt und Information über Lynn Jensen-Schnapper, Schwabstr. 24, 72074 Tübingen, Tel: 07071 / 22961, Email: [Lynn\\_Jensen-Schnapper@gmx.de](mailto:Lynn_Jensen-Schnapper@gmx.de)

## ◆ Der Pazifik-Stammtisch Bonn

Der nächste Stammtisch trifft sich am Donnerstag, 19. Dezember um 19:30 Uhr bei Klaus Schilder in der Breiten Straße 43 in 53111 Bonn.

Kontakt und Information bei Klaus Schilder, Tel: 0228/ 9691247 oder Email: [schilder@gmx.de](mailto:schilder@gmx.de)

## ◆ Der Hamburger Pazifik-Stammtisch

Ein bunter Kreis von Ethnologen, kirchlich engagierten Menschen und Leuten, die mit Privatfirmen, zu Forschungszwecken oder auf Weltreise im Pazifik waren oder entsprechendes planen, trifft sich alle vier bis sechs Wochen zum Informations- und Meinungs austausch im Lokal 'Variable' in der Karolinenstraße 23 in 20357 Hamburg (gegenüber U-Bahn-Station Messehallen).

Der nächste Stammtisch findet statt am Montag, 2. Dezember ab 19 Uhr im Lokal 'Variable'. Neue Gesichter sind jederzeit herzlich willkommen!

Kontakt und Information über Ingrid Schilsky, Erich-Kästner-Ring 17, 22175 Hamburg, Tel. 040 / 640 83 93; Fax 040 / 640 83 39, Email: [ueckert-schilsky@t-online.de](mailto:ueckert-schilsky@t-online.de)

## ◆ Der Nürnberger Pazifik-Stammtisch

Die Nürnberger Pazifikgruppe ist jetzt auch ein Stammtisch. Nachdem die Beteiligung an der Pazifikgruppe mit Treffpunkt im Jugendzentrum Untere Talgasse in Nürnberg mit der Zeit stark zurückgegangen war, haben wir uns für diese gesellige Form des Gedankenaustausches entschieden. Die vielen neuen Gesichter bei den ersten Treffen des Stammtisches in verschiedenen Nürnberger Kneipen waren ein voller Erfolg!

Das nächste Treffen ist am Mittwoch, 11. Dezember ab 19 Uhr in der Gaststätte Majorka, Willy-Brand-Platz 4, gegenüber vom Hauptbahnhof.

Kontakt und Information über Peter Birkmann, Tel: 0911/ 59 23 29, Email: [dp.birkmann@nefkom.net](mailto:dp.birkmann@nefkom.net)

Die jeweils nächsten Treffen der regionalen Pazifikgruppen können auch auf der homepage unter <http://www.Pazifik-Infostelle.org/Regional> nachgelesen werden.



### *Mitteilungen aus dem Pazifik-Netzwerk e. V.*

Die nächste öffentliche Vorstandssitzung des Pazifik-Netzwerkes findet am Freitag, 14. Februar 2003 ab 14 Uhr in Haus Humboldtstein in Remagen bei Bonn statt. Adresse: Haus Humboldtstein, Am Humboldtstein, 53424 Remagen, Tel. 02228/932-0, Fax 02228/932-100. Dort beginnt am gleichen Tag ab 18 Uhr das Jahresseminar und die Mitgliederversammlung des Netzwerkes. Die genaue Tagesordnung der Vorstandssitzung kann ab Anfang Februar bei Klaus Schilder (Tel: 0228/ 9691230, Email: [schilder@gmx.de](mailto:schilder@gmx.de)) erfragt werden.

Ein Flyer und eine Anmeldekarte zur nächsten Mitgliederversammlung und zum Seminar des Pazifik-Netzwerkes vom 14. bis 16. Februar 2003 befinden sich in diesem Rundbrief. Bitte meldet euch rechtzeitig zu „Gewalt im Pazifik - Ursachen, Folgen und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung“ an.

Für den Ersten Ökumenischen Kirchentag vom 28. Mai bis zum 1. Juni 2003 in Berlin brauchen wir noch dringend fleißige HelferInnen, und zwar für 1) das Basteln unseres Standes in der Werkstatt im Missionswerk Neuendettelsau, 2) die Gestaltung der Texttafeln (Bild und Text) und 3) für die Betreu-

ung unseres Standes am Donnerstag, Freitag und Samstag jeweils von 10:00 bis 18:00 Uhr. Die „Standbetreuer“ erhalten freien Eintritt zum Kirchentag (Dauerkarte: 79,- €) und müssen auch nicht die ganze Zeit über am Stand sein! Bitte meldet euch in der Infostelle!

---

Kurzprotokoll der Bergbau-AG vom 17.9.2002, Bonn

Anwesend: Marion Struck-Garbe, Roland Seib, Klaus Schilder, Volker Böge

TOP Ok Tedi/NA:

Marion berichtet von der Aktionärsversammlung und von dem Vortrag des NA-Betriebsarztes (Norddeutsche Affinerie, NA) über die Gesundheitsstation im Minengebiet bei dem Treffen von „Rettet die Elbe“. Es steht eine neue Gesprächsrunde mit dem NA-Vorstand an. Wir (d.h. Marion, die für uns am Gespräch teilnehmen wird) wollen dort zentral zwei Themen ansprechen: die Gesundheitsstation und ökologisch sowie sozial akzeptable Bedingungen des Erzabbaus.

In Sachen Gesundheitsstation steht im Zentrum unserer Kritik die Nicht-Nachhaltigkeit des Unterfangens. Folgende Fragen sind zu stellen: Wie werden die laufenden Kosten für Ausbildungsprogramme bestritten? Gibt es überhaupt solche Programme? Gibt es AusbilderInnen? Wie läuft die Kooperation mit der Kirche vor Ort? Wie ist die Einbettung in nationale Gesundheitsprogramme? Welche Bevölkerungsgruppen werden erreicht – und welche nicht?

In Sachen ökologische und soziale Bedingungen des Erzabbaus steht im Zentrum unseres Anliegens die Gewährleistung der Nachhaltigkeit in der gesamten Produktionskette: Auch upstream muss ökologisch und sozial verträglich produziert werden. Unsere Vorstellungen von Verpflichtungen gehen also weit über das im GMI-Kontext (Global Mining Initiative, GMI) Entwickelte hinaus. Selbst im Rahmen der EIR (Extractive Industries Review) (Weltbank) und insbesondere bei diversen NGOs gibt es weit reichende Vorschläge. Darüber wollen wir perspektivisch reden, und da soll sich die Norddeutsche Affinerie einbinden, weil alle Glieder der Produktionskette Verantwortung tragen. Ziel: künftige Ok Tedis verhindern! Vorab wäre im kommenden Gespräch zunächst einmal zu klären, wie hoch der Anteil des Ok Tedi – Erzes gegenwärtig am NA-Erz überhaupt ist (und wieviel von Freeport aus Westpapua kommt).

TOP OECD-Leitsätze:

Wir verfolgen die Option, die NA wegen Verstoß gegen die OECD-Leitsätze (OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) beim nationalen Kontaktpunkt im Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) zu verpetzen (Beschwerde einzureichen). Im deutschen Rahmen gibt es bisher nur zwei Verfahren: TotalFinaElf – Westsibirien (Beschwerdeführerin Greenpeace) und Continental – Mexiko (Germanwatch). Das steckt alles noch sehr in den Anfängen, die Verfahren sind noch nicht klar formalisiert. Klaus gibt einen Überblick darüber, wie es in etwa läuft/laufen kann. Stichworte: Beschwerde – formale Prüfung – Annahme als Fall – Gespräche mit stakeholders – Runder Tisch – Mediationsverfahren – Gerichtsverfahren – Sanktionen (wobei der Prozess an jedem dieser Punkte abbrechen kann).

Ein solches Vorgehen gegen die NA hat vielfältige Reize. Gleichwohl geben wir der NA noch Zeit und eine Chance, bevor wir endgültig entscheiden, diesen Weg zu gehen.

Es stellen sich folgende Aufgaben: a) Formulierung einer begründeten Beschwerde (ca. 10 S., Roland S.); b) Identifikation von Partnern in Papua-Neuguinea; c) Öffentlichkeitsarbeit in Hamburg und bundesweit; c) Kontakte zum BMWi einerseits, zu NGOs andererseits – und wenn es denn läuft: Gespräche mit BMWi, Präsenz am Runden Tisch usw. – Das ist viel Arbeit, und wir müssen stets reflektieren, ob sich der Aufwand lohnt.

TOP Ok Tedi – Kirchen:

Es soll ein Brief an die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen in Sachen Verbindung Ok Tedi – NA geschrieben werden mit Bitte um einen Gesprächstermin. Zuständig: Vorstand/Klaus.

TOP Ausstellung und Konferenz im Asien-Haus:

Wir können Foto-Material für die geplante Ausstellung beisteuern. Wir können auf dem Symposium einen Vortrag halten. Julia möge sich kümmern.

TOP Faltblatt über die Tätigkeit der Bergbau-AG:

Soll aus ABP-Geldern finanziert werden. Das Faltblatt soll über Bergbau und einzelne Bergbau-Projekte im Pazifik, über Verbindungen zu Deutschland, über Aktivitäten des Pazifik-Netzwerks und dessen Bergbau-AG informieren. Klaus kümmert sich.

TOP Verschiedenes:

Klaus erklärt sich bereit, das Protokoll der nächsten AG-Sitzung zu schreiben.

Nächster Termin der Bergbau AG: Freitag, 13. Dezember 2002, in Bonn.

Volker Böge, Bonn



### *Von Mitglied zu Mitglied*

Lorenz Gonschor aus Tübingen schickte folgende Hinweise für alle Pazifik-Netzwerker:

Der Roman „Breadfruit“ der tahitianischen Schriftstellerin Célestine Hitiura Vaite, den ich in meinem Aufsatz über die entstehende Literatur Französisch-Polynesiens (Dossier Nr. 61) erwähnt habe, ist unter dem Titel „Unter dem Frangipani-Baum“ ins Deutsche übersetzt worden und im Buchhandel erhältlich (was man für die australische Originalausgabe nicht behaupten kann, denn ich wartete auf die Bestellung mehr als drei Monate, bevor ich sie schließlich frustriert stornierte). Mit diesem Roman wurde zum erstenmal ein Werk zeitgenössischer tahitianischer Literatur ins Deutsche übersetzt. Leider hatte ich bisher noch keine Zeit, das Buch zu lesen, aber da es einige gute Rezensionen von Experten pazifischer Literatur bekommen hat, kann ich es jedem Pazifik-Begeisterten (und dabei insbesondere den an Französisch-Polynesien interessierten) nur empfehlen.

Vaite, Céléstine H.: Unter dem Frangipani-Baum. Übersetzt von Carsten Mayer. Blanvalet-Verlag/Goldmann, München 2002. ISBN 3-442-35583-4. Preis 8,90 EUR

Ebenfalls an alle an Französisch-Polynesien Interessierten empfehle ich, einmal in das tahitianische Radio „Tiare FM“ hineinzuhören, das live im Internet unter <http://www.tiarefm.pf> zu empfangen ist. Neben Nachrichten aus Tahiti in französisch und tahitianisch kann man dort vor allem zeitgenössische tahitianische Musik sowie bei uns kaum bekannten französischsprachigen Reggae hören, allerdings ab und zu auch normale westliche Popsongs. Der Direktor dieses Radios ist der tahitianische Musiker und Journalist Aldo Raveino (den ich ebenfalls in meinem Dossier Nr. 61 vorgestellt habe), weshalb man auch gerade seine Lieder des öfteren zu hören bekommt. Da der Empfang weitergeht, auch wenn man

auf andere Internet-Seiten wechselt, eignet sich das Radio gut als Hintergrundmusik beim online-Arbeiten.

---

Klaus Schilder bietet an: Beim Aufräumen habe ich die kompletten Jahrgänge 1996 - 2002 (12. Bände) der englischsprachigen Zeitschrift „*The Contemporary Pacific*“ gefunden. Diese Bände gebe ich gerne an Interessenten ab. Bitte bei mir melden unter Email [schilder@gmx.de](mailto:schilder@gmx.de) oder Telefon 0228/ 9691230.



### *In Memoriam Bert Mulders*

Am 17. Oktober 2002 starb Bert van Mulders. Bert war viele Jahre Vertreter der belgischen Pazifiknetzwerksolidarität und hat an etlichen EPS- Koordinierungstreffen teilgenommen. Einige deutsche Pazifik-Netzwerker im Ausschuss und Vorstand kannten Bert persönlich. Ich veröffentliche hier einen Nachruf auf Englisch von „Broederlijk Delen“.

Dear friends,

Thursday evening we received some very painful news.

On the International Day of the Fight against Poverty (17/10) our dearest colleague and friend Bert Van Mulders died. For several months, Bert had been going through a very difficult period. He had great doubts concerning his work, life, and himself. It would have been good for him if he could have taken some time for himself ... but he felt so highly committed to his work, which was inextricably bound up with his life, that this was a difficult decision for him.

Bert was married to Greet Demuyck and had two dear children: Ineke and Tim.

For over 20 years Bert was active on all fronts Broederlijk Delen was active on. Currently he was responsible for all partners and projects in Asia. In former years he had been head of the Education Department. He was active on the front of politics, peace initiatives, domestic poverty and spirituality. He committed himself to solidarity work concerning the Middle-East and Haiti. For many people inside Broederlijk Delen and outside he was an ally, who always kept in mind the concrete situation of the ordinary and everyday people.

The fight against poverty and injustice filled his entire life. Completely exhausted of this fight he left us.

We will miss him.

Luc Claessens, Director



## Termine

### Ausstellungen

19. bis 21. Februar 2003: Pacific Design and Manufacturing Show. Anaheim Convention Center, Anaheim, Kalifornien

### Veranstaltungen/Seminare

6. bis 8. Dezember 2002: Mahlzeit! Ernährungssicherung und das Recht auf Nahrung. Wochenendseminar in der Tagungsreihe ‚Mission und Entwicklung‘, Information und Anmeldung bei Anneliese Reuter, Missionskolleg, Hauptstr. 2, 91564 Neuendettelsau, Tel: 09874/91501, Email: mk@Missionswerk-Bayern.de

2. bis 3. Dezember 2002: 7th Papua New Guinea Mining and Petroleum Investment Conference: Meeting the Challenges. Sheraton on the Park Hotel, Sydney/Australien

### Vorträge

12. Dezember 2002: Vortrag von Prof. Dr. Dieter Havlik: El Nino: Witterung und Klima im äquatorialen Pazifischen Raum. Vorlesung der Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien, Institut für Geographie, Hörsaal 5, 18:00 bis 19:30 Uhr, Uni Aachen

19. Dezember 2002: Vortrag von Rolf Jordan: Globale Ökonomie und transnationale Migration in Südostasien: Das Beispiel Singapur, Malaysia und Indonesien. Institut für Geographie, Hörsaal 5, 18:00 bis 19:30 Uhr, Uni Aachen

16. Januar 2003: Vortrag von Elisabeth Strohscheidt-Funken: Flüchtlingspolitik in Australien: Die Pazifische Lösung? Institut für Geographie, Hörsaal 5, 18:00 bis 19:30 Uhr, Uni Aachen

6. Februar 2003: Vortrag von Prof. Dr. Chris Balme: The Pacific is Burning: Gender Crossing in Polynesian Performances. Institut für Geographie, Hörsaal 5, 18:00 bis 19:30 Uhr, Uni Aachen

13. Februar 2003: Vortrag von Dr. Heiko Faust: Fiji: Ethnische und soziale Desintegration und ihre Folgen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Institut für Geographie, Hörsaal 5, 18:00 bis 19:30 Uhr, Uni Aachen



## Neuere Literatur

Anderson, Atholl, Helen Martinsson-Wallin und Paul Wallin (Hrsgs.): The prehistory of Kiritimati (Christmas) Island, Republic of Kiribati. Excavations and Analyses. Norwegen 2002, Kon-Tiki Museum (ISBN 0802 6491)

Byer, Doris und Hugo A. Bernatzik: South Pacific. 2002, Hardcover (ISBN 8874 390 025)

Bourke, Myra Jean, Susanne Holzknecht und Annie Bartlett (Hrsgs.): Weaving a Double Cloth. Stories of Asia-Pacific Women in Australia. 198 Seiten, 29,95 AUS \$, Canberra 2002, Pandanus Books (ISBN 174076 018 2)

Billings, Dorothy K.: Cargo Cult as Theater: Political Performance in the Pacific. 296 Seiten, Lanham 2002, Lexington Books

Brookfield, H., C. Padoach, H. Parsons und M. Stocking (Hrsgs.): Cultivating Biodiversity: Understanding, Analysing and Using Agricultural Diversity. 292 Seiten, London 2002, ITDG Press (ISBN 185339 393 9)

Creed, Barbara und Jeanette Hoorn (Hrsgs.): Body Trade. Captivity, Cannibalism and Colonialism in the Pacific. London und New York 2002, Routledge

Drozdzow-St. Christian, Douglass: Elusive Fragments: Making Power, Propriety, and Health in Samoa. Durham 2002, Carolina Academic Press

Herle, Anita et alii (Hrsgs.): Pacific Art. Persistence, Change, and Meaning. 350 Seiten, 2, University of Hawai'i Press

Kaufmann, Christian, Christin Kocher-Schmid und Sylvia Ohnemus: Admiralty Islands: Art from the South Seas. Ausstellungskatalog Museum Rietberg, Zürich 2002 (ISBN 3 907077 024)

Kay, Rob: Hidden Tahiti and French Polynesia. 4. Auflage 2002, Paperback (ISBN 15697 52966)

Kneubuhl, Victoria Nalani: Hawaii Nei: Island Plays. Serie Talanoa Contemporary Pacific Literature, 2002, 19,- US \$, Paperback (ISBN 0824 82539x)

Leith, Denise: The Politics of Power: Freeport in Suharto's Indonesia. 23,- US \$, Paperback, erscheint im November 2002 (ISBN 0824825667)

Loose, Renate und Stefan und Werner Mlyneck: Indonesien- Ein Travel Handbuch. 800 Seiten, 23,95 €, DuMont Reiseverlag

Lynch, John, Malcom Ross und Terry Crowley (Hrsgs.): The Oceanic Languages. 924 Seiten, Richmond 2002, Curzon Press

Penders, C.L.M: The West New Guinea. Dutch Decolonisation and Indonesia 1945- 1962. 490 Seiten, Adelaide 2002, Crawford House Publishing (ISBN 1 86333 2057)

Rumsey, Alan und James Weiner (Hrsgs.): Mining and Indigenous Lifeworlds in Australia and Papua New Guinea. 294 Seiten, Bathurst 2002, Crawford House (ISBN 1863331238)

Saltford, John: The United Nations and the Indonesian Takeover of West Papua, 1962 - 1969. September 2002, 256 Seiten, 60,- Pfund, RoutledgeCurzon (ISBN 070071751 X)

Siebert, Rüdiger: Deutsche Spuren in Indonesien. Zehn Lebensläufe in bewegten Zeiten. 246 Seiten, 14,80 €, Horlemann Verlag

Smith, Michael French: Village on the Edge. Changing Times in Papua New Guinea. Honolulu 2002, University of Hawai'i Press (I SBN 08248 25217)

Tabani, Marc Kurt: Les pouvoirs de la coutume à Vanuatu: Traditionalisme et édification nationale. 306 Seiten, 25,- €, Paris 2002, L'Harmattan (I SBN 27475 27956)

Wareham, Evelyn: Race and Realpolitik: The Politics of Colonisation in German Samoa. Frankfurt/M. und New York 2002, Peter Lang Verlag (I SBN 3631 392806)

### Zeitschriften:

The Papuan Villager. Das Mitteilungsblatt der Briefmarkenfreunde Neuguineas in deutscher Sprache. Informationen dazu unter <http://home.planet.nl/~schmi081/>, oder über Email bei Jakob Schmitt unter [j.k.n.schmitt@lycos.com](mailto:j.k.n.schmitt@lycos.com)

---

### *Neuere Bildbände*

Hermann Mückler (Text) und Ferdinand Karl (Fotografie): Oasen der Südsee- Die größten Kleinststaaten der Welt. Bildband zu Mikronesien, 160 Seiten, 49,90 €, Weishaupt Verlag 2002

Der Ethnologe Hermann Mückler vom Institut für Ethnologie, Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien in Österreich hat sich der Inselwelt Mikronesiens angenommen. Der Band befasst sich mit dem östlichen Teil Ozeaniens, der von den Marshall- und Gilbertinseln bis zur Insel Nauru reicht. „Viel Wasser und wenig Land kennzeichnen die Region, deren schwierige Lebensbedingungen nicht dem gängigen Südseeklischee entsprechen“, so Mückler. Die eindrucksvollen Bilder des Wiener Fotografen Ferdinand Karl bieten darüber hinaus Einblicke in die Alltagskultur und kulturellen Leistungen der Mikronesier. Der Autor versteht sein Werk als Insel- und Kulturgeschichte, nicht als Reisehandbuch. So erhellt der Textteil die wechselvolle Geschichte der Inseln mit kulturellen und gesellschaftspolitischen Aspekten und mit Umweltproblemen, die gerade anhand des Beispiels Nauru akut sind.

Auf qualitativ hochwertigem Papier, mit einem „klassischen“ Auslegerkanu als Frontcover-Photo, sind Texte und Fotos sehr ansprechend angeordnet. Mückler hält die Waage zwischen zu viel und zu wenig Text. Seine Informationen sind gebündelt, wirken jedoch nicht aufgesetzt oder bewusst angestrengt „wissenschaftlich“. Ein Buch, dass man immer wieder gerne zur Hand nimmt, und sei es nur, um den grauen Novembertagen ein Schnippchen zu schlagen!

---

### *Neue Dossiers/Videos/Audios*

### Dossiers:

Nr. 64 Roland Seib: *Inap nau, taim bilong stretim kantri bilong yumi*. Die Parlamentswahlen 2002 in Papua-Neuguinea. September 2002, 21 Seiten, 1,- €

Videos/Audios:

Karl Rössel: Pazifische Klänge aus einem unfriedlichen Land -Ein musikalischer Streifzug durch die Geschichte der Salomon-Inseln. August 2002, 2 CD's. 115 Minuten, WDR 5 Musikwelten

Dossiers und Blickpunkte können in der Infostelle bestellt werden.

Alle Videos/Audios können in der Infostelle gegen eine Portospende ausgeliehen werden.

*Internetadressen*

<http://www.peoplefirst.net.sb> (Solomon Island People First Network): Nicht der technische/grafische Aspekt dieser homepage ist von Bedeutung, sondern die Idee als solche. Das People First Network (Pfnet) auf den Salomonen ist eine Non-Profit-Organisation mit Sitz in der Hauptstadt Honiara auf Guadalcanal. Es handelt sich beim Network im wesentlichen um ein Email-System, mit dem die Menschen in den neun Provinzen schnell und kostengünstig kommunizieren können. Dazu reichen ein einfacher Computer, Solarstrom und ein Kurzwellenradio. Der Versand einer Email kostet 2,- Solomon Dollar (30 Cents) und liegt mit diesen Kosten weit unten den teuren und unzuverlässigen Telefonanrufen. Pfnet Manager Randall Biliki will das System zukünftig auch zum E-learning (Lernen aus der Distanz, Fernkurse) einsetzen. Das Projekt wird vom Entwicklunghilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) finanziell unterstützt. In den nächsten Jahren sollen sich zu den bisherigen vier Außenstationen auf den Inseln Choiseul, Ulawa, Santa Cruz und Isabel weitere 22 Emailcafés gesellen. (Quelle: Pacific Magazine, 10/02)

<http://www.iratiwanti.org/home.php3>: Dies ist die homepage von Ältesten der Kupa Piti Kungka Tjuta, einer Gruppe australischer Aborigines in Coober Pedy, Südastralien. Die Frauen - Betreiberinnen der Seite - und ihre Familien waren von 1952 bis 1967 den Atomwaffentests der Briten in der Maralinga Wüste und den Emu Fields ausgesetzt. Die australische Regierung will nun auf dem Stammesgebiet eine Lagerungsstätte für radioaktiven Müll einrichten. Dagegen protestieren die Ältesten Frauen, u.a. mit Hilfe dieser eindrücklichen homepage. Die grafische Aufmachung ist wunderschön, die Darstellung übersichtlich. Der inhaltliche Aufbau der Seiten spiegelt die Denkweise der Aborigines wieder. So werden nicht einfach Fakten und Daten knallhart aufgetischt, sondern die Frauen erzählen ihre Lebensgeschichte und ihren Bezug zu dem Land, in einfachem Englisch, mit sehr persönlichen Photos. Diese homepage ist ein gutes Beispiel für die Chancen und Möglichkeiten einer globalisierten Welt. Der Protest der Frauen erklingt auch bei uns.

<http://www.iwda.org.au> (International Women's Development Agency): Die in Australien ansässige Nichtregierungsorganisation engagiert sich weltweit in Frauenprojekten. IWDA arbeitet für Frauen, die unter Unterdrückung und Armut leiden und setzt sich für eine geschlechtergerechte Welt mit gleicher Verteilung aller Ressourcen ein. Die homepage ist übersichtlich, vor allem jedoch knapp und präzise formuliert. Frauenprojekte gibt es u.a. in Papua-Neuguinea und in Vanuatu. Sie zielen auf Fort- und Weiterbildung für Frauen, Gesundheit und sexuelle Aufklärung, nachhaltige Entwicklung der Umwelt und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Die link-Liste verweist auf Themen wie Gewalt gegen Frauen, Kleinkreditevergabe, Frauen- und Kinderhandel und Flüchtlinge. IWDA versteigt sich nicht in ellenlange Texte, sondern bietet ein gut strukturiertes Einstiegsportal in frauenspezifische Themen.



### *Neues aus der Infostelle*

Nach meiner sechswöchigen Abwesenheit aus der Infostelle habe ich nahezu zwei Wochen benötigt, um wieder „Klar-Schiff“ zu machen. Hunderte von Emails waren abzuarbeiten, mehr als 20 abonnierte Zeitungen zu lesen und viele Briefe und Anfragen zu beantworten. Zum Glück konnte ich mich auf meine Kolleginnen im Sekretariat des Pazifikreferates/Missionswerk verlassen. Sie hatten in dieser Zeit die Verschickung von Dossiers, Büchern und Infobroschüren übernommen und auch das ein oder andere für mich erledigen können.

Ende Oktober besuchte Sophia Gegeyo für zwei Tage das Missionswerk. Sophia ist Generalsekretärin des Nationalen Kirchenrates in Papua-Neuguinea. Ich hatte sie bereits auf der Pacific Conference of Churches in Rarotonga kennen- und schätzengelert. In einem Interview befragte ich sie vor allem zum Verhältnis zwischen den Nichtregierungsorganisationen und den großen christlichen Kirchen im Land. „Am Rande“ frischten wir unsere Erinnerung von den Rarotonganischen (Fr)Essorgien und dem Konferenzgeschehen auf.

Am 11. November trafen sich in Hamburg die Ausschussmitglieder der Pazifik-Infostelle. Im Ausschuss sitzen je vier Vertreter des Pazifik-Netzwerkes (Ingrid Schilsky, Ortrun Alius, Christel Fensterseifer und Volker Böge) sowie je vier Vertreter der geldgebenden Missionswerke (Sabine Plonz vom Evangelischen Missionswerk, Gernot Fugmann vom Missionswerk Bayern, Rudolf Lies vom Nordelbischen Missionszentrum und Stephanie Schüller von Missio München). Der Ausschuss trifft sich zweimal im Jahr, um die Arbeit der Infostelle zu besprechen. Thema war u.a. das „neue“ Gesicht der pazifik aktuell, eine Kunstaussstellung mit Werken von Künstlern aus Papua-Neuguinea, die Aktivitäten unseres Vereins (Bergbau AG und Postkarten) und die vielen interessanten Tagungen während meiner Reise. Vor dem offiziellen Treffen hatten wir uns übrigens zum Abendessen beim Inder verabredet, mangels eines „pazifischen“ Restaurants in Hamburg.

Meine rund 250 Dias der Reise habe ich nun bereits zweimal halb öffentlich - halb privat gezeigt, vergangene Woche im Filmsaal des Missionswerkes. Da ich völlig untypische Dias aufgenommen habe (kein einziger Palmenstrand, keine Cocktailbar, keine „Hulamädchen“), sind die Zuschauer zunächst schwer enttäuscht. Bilder von Atomtestveteranen, Abholzung und Müll hatten sie nicht mit dem Pazifik assoziiert. Dias sind eine gute Möglichkeit, Klischeevorstellungen in den Köpfen der Menschen aufzubrechen.

Inzwischen habe ich mich ausführlicher mit html, der „Internetsprache“, beschäftigt. Dank der Hinweise auf pazifikrelevante Adressen im world wide web durch Netzwerkmitglieder kann unsere homepage kontinuierlich ausgebaut werden. Bis dato hatten wir knapp 3.000 Nutzer, für einen kleinen Verein wie das Pazifik-Netzwerk eine beachtliche Zahl. Von einigen Nutzern höre ich, wie gerne sie den Dienst der Fernseh- und Hörfunktipps in Anspruch nehmen, da dieser das oft mühevoll Durchblättern der Programmzeitschriften erspart. Über die homepage laufen inzwischen auch die meisten Bestellungen unserer Publikationen.

Julia Ratzmann, Neuendettelsau



## *Das besondere Weihnachtsgeschenk*

Der österreichische Fotograf Werner Gallhammer hat für das Jahr 2003 einen Südseekalender gestaltet. Er schreibt dazu:

„Für das Jahr 2003 erscheint ein prachtvoller Bildkalender mit je sechs Bildern zu Landschaften und mit je sechs Bildern zur Kultur. Der Kalender dokumentiert auf hochwertigem Papier alle drei ethnogeographischen Teile – Polynesien, Melanesien und Mikronesien – des ozeanischen Archipels. Grandiose Bilder von Neukaledonien wechseln sich mit Portraits von Vanuatu und Neuseeland. Ebenso sind die Überwasserbungalows von Bora Bora fotografiert wie auch eine Männertanzgruppe von Samoa.



Die geographische Lage der Inselstaaten mit Einwohnerzahl und Daten der Unabhängigkeit runden den informativen Teil ab. Der Kalender 2003 ist ein idealer bildlicher Überblick für jeden Südseeinteressierten.

Auf der homepage <http://fly.to/pacificphoto> können Sie Bilder der einzelnen Monatsblätter besichtigen und den Kalender auch zum Preis von € 10,- plus Versandkosten bestellen.“

Werner Gallhammer



Herausgegeben von der Pazifik-Informationstelle  
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874/91220,  
Fax- 93120, Email: [Info@Pazifik-Infostelle.org](mailto:Info@Pazifik-Infostelle.org)  
Internet: <http://www.Pazifik-Infostelle.org>  
Redaktion: Julia Ratzmann

